PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Auflage: 54 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA, Karlsruhe, KtoNr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 3.12.1974 fertiggestellt.

5. Dezember 1974 Jg.2 Nr.27 50 Pfennig

Gerüstet wird gegen die Arbeiter

Tägliche Massenentlassungen und ein sprunghaftes Steigen der Arbeitslosenzahl, ständige Preissteigerungen und heftige Angriffe der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker mit Helmut Schmidt an der Spitze gegen Lohnerhöhungen; gleichzeitige Erhöhungen der Gas–, Strom–, Wasser– wie der anderen öffentlichen Tarife bei Einstellungsstopp und ständiger Verschlechterung der Versorgung durch den Öffentlichen Dienst, das hat eine Lage geschaffen, in der man nicht mehr gut von "Innerem Frieden" reden kann. An zahllosen Punkten, wo sich die Arbeiter gegen diese Lage wehren, kommt es zu Zusammenstößen und erbitterten Kämpfen. Der Streik bei Steinway in Hamburg dauert bereits über vier Wochen. Die Arbeiter wehren sich gegen einen Lohnabschluß, der für sie eine Verschlechterung des Reallohns bedeutet. Bei Hüller in Ludwigsburg haben die Arbeiter gegen eine Lohnkürzung gestreikt. An zahlreichen einzelnen Punkten gibt es Auseinandersetzungen um Druckmaßnahmen der Kapitalisten, die die Waschzeiten wegnehmen, die Pausen kürzen und den Akkord erhöhen.

In der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst bereiten sich die Lohnabhängigen auf eine harte Auseinandersetzung vor. Auch außerhalb der Betriebe finden zahlreiche Kämpfe statt gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen durch den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat. Wenn die bürgerlichen Politiker heute den "Inneren Frieden" beschwören, dann bereiten sie sich auf den Sturm vor.Das sieht man an all ihren Maßnahmen: Herrscht im Öffentlichen Dienst in vielen Städten Einstellungsstopp, z.B. in Hamburg und Braunschweig, dann gilt dies nicht für einen Zweig des Öffentlichen Dienstes: die Polizei. Hier finden ständig neue Einstellungen statt und die Ausgaben für den Polizeiapparat wachsen ständig. Wenn der Bundesgrenzschutz die Besetzung von Betrieben übt und in der Bundeswehr zunehmend Manöver stattfinden, in denen die Unterdrückung des Volkes geübt wird, dann riecht das nicht nach innerem Frieden, sondern nach innerem Krieg. Wenn an den Rechten der Gewerkschaften herumgemacht wird und im öffentlichen Dienst das Streikrecht für alle beseitigt werden soll, dann ist das ebenfalls die Vorbereitung auf den Kampf von Seiten der Kapitalistenklasse, dann wedeln sie nicht mit der Friedenspalme, sondern schwenken den Knüppel. Wenn die CDU/CSU das Demonstrationsrecht verschärfen will und wenn sich alle bürgerlichen Parteien darauf einigen, die Kontrolle über die staatliche Unterdrückerpolitik noch weiter einzuschränken – und zu nichts anderem dient das Verteidigerausschlußgesetz und andere, ähnliche Maßnahmen, – dann hat die Arbeiterklasse keinerlei Grund, auf die Beschwörung des inneren Friedens zu lauschen, sondern dann hat sie allen Grund, die Taten der Kapitalistenklasse und ihres Staates zu untersuchen.

Es ist Zeit, sich klarzumachen, daß die Kapitalistenklasse nicht gegen eine Handvoll Anarchisten rüstet, sondern daß sie gegen die Arbeiterklasse rüstet.

In den Gewerkschaften muß angegangen werden gegen den Geist der Behaglichkeit und Versöhnung, den die höherstehenden Sozialdemokraten verbreiten und der nur der Entwaffnung der Arbeiter dient. Das ist nur die Kehrseite der Aufrüstung, die die Sozialdemokraten in der Regierung des Bundes und der Länder treiben. Konzentrieren muß sich die Arbeiterklasse auf ihre Interessen, muß untersuchen, was vorgeht und darf sich nicht einlullen lassen durch die Gesänge eines Scheel und die Bußpredigten eines Helmut Schmidt.

Notwendig ist die Organisierung der Arbeiterklasse, ihre Organisierung in den Gewerkschaften und die Umwandlung der Gewerkschaften in Kampforgane der Arbeiterklasse; organisieren müssen sich die fortschrittlichen Arbeiter auf dem Boden des kommunistischen Kampfprogramms. Notwendig ist es, der Aufrüstung der Kapitalistenklasse die Aufrüstung der Arbeiterklasse entgegenzustellen: Das ist die Organisierung in den Gewerkschaften und der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei.

–J.S.–

drückung des Volkes geübt wird, dann riecht das nicht nach innerem Frieden, sondern nach innerem Krieg. Wenn an den Rechten der Gewerkschaften herumgemacht wird und im

dern daß sie gegen die Arbeiterklasse rüstet.

In den Gewerkschaften muß angegangen werden gegen den Geist der Be-

Arbeiterklasse entgegenzustellen: Das ist die Organisierung in den Gewerkschaften und der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei.

–J.S.–



Solidarität mit Vietnam

Veranstaltung mit Vertretern des vietnamesischen Volkes in Köln

Am 1.12. fand in Köln auf Initiative in Indochina existiert, die in diesem

Solidarität mit Vietnam

Veranstaltung mit Vertretern des vietnamesischen Volkes in Köln

Am 1.12. fand in Köln auf Initiative des Initiativkomitees für die Stärkung des vietnamesischen Film- und Fernsehwesens eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes statt, mit der Uraufführung des englischsprachigen Films "Introduction to the Enemy" (Heranführung an den Feind). Ca. 1 300 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Als Gäste haben auf dieser Veranstaltung ein Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), Ho Xuan De, ein Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, Duong Dinh Ba, und Jane Fonda als Vertreterin der amerikanischen Antikriegsorganisation Indochina Peace Campaign gesprochen.

Seit Jahren ist dies das erste Mal, daß die Einreise von Vertretern des vietnamesischen Volkes in die BRD durchgesetzt werden konnte.

Der Vertreter der DRV stellte die großen Erfolge beim Aufbau des Sozialismus in allen Bereichen des Lebens in Nordvietnam dar, aber auch die dabei auftretenden Schwierigkeiten, vor allem auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet.

Zur gegenwärtigen Situation in Südvietnam berichtete der Vertreter der PRR über die Erfolge im Aufbau und der Festigung der befreiten Gebiete. Der Vertreter der PRR der Republik Südvietnam machte insbesondere deutlich, daß allein die fortgesetzte Aggression der US-Regierung und des Saigoner Thieu-Regimes an der Nichtverwirklichung von Frieden, Demokratie und Unabhängigkeit Südvietnams schuld ist.

Die südvietnamesische Bevölkerung und die PRR fordern deshalb die sofortige Beendigung der Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Südvietnams, den Sturz des Thieu-Regimes und die Bildung einer Verwaltung in Saigon, die bereit ist, mit der PRR ernsthaft über die Verwirklichung des Pariser Friedensabkommens zu verhandeln.

Als Vertreterin der Antikriegsbewegung in den USA wies Jane Fonda nach, daß sowohl das Thieu-Regime als auch das Lon Nol-Regime in Kambodscha nicht von den USA "unterstützt", sondern von den USA ins Leben gerufen wurden und allein die US-Regierung für den Krieg in Indochina verantwortlich ist. Sie machte deutlich, daß auch in den USA eine breite Bewegung gegen die Fortsetzung der amerikanischen Aggression in Indochina existiert, die in diesem Jahr den Kongreß gezwungen hat, über eineinhalb Milliarden Dollar 'Hilfe' an Thieu zu streichen. Diese Herabsetzung der Kriegszahlungen der US-Regierung an Saigon versucht jedoch Ford dadurch auszugleichen, daß er andere kapitalistische Länder, vor allem auch die BRD, zur Mitfinanzierung Thieus herangezogen hat.

Weiter steigende Steuerausplünderung

Wie Presse und Regierung die Tatsachen verdrehen

Mitte der letzten Woche veröffentlichte die Bundesregierung Einzelheiten der neuesten Steuerschätzung, in die erstmals die Auswirkungen der am 1.Januar 1975 in Kraft tretenden "Lohn- und Einkommenssteuerreform" eingearbeitet sind. Diese Einzelheiten wurden dann am Wochenende durch die bürgerliche Presse dem Leser mit der Überschrift: "Weniger Steuereinnahmen für den Bund" und den alarmierenden Worten präsentiert, daß durch die Steuerreform "allein in der Lohnsteuer 1975 ein Loch von sechs Milliarden Mark" entstehen würde (Badische Zeitung, 23./24.11.). Im folgenden wurden amtliche Unterlagen herangezogen, welche besagen, daß sich das Finanzministerium in der Vorausberechnung des Lohnsteueraufkommens von 1974 zu 1975 um sechs Milliarden Mark zuungunsten des Staatshaushaltes verkalkuliert hat.

> **Weniger Steuereinnahmen .**
>
> **Allein in der Lohnsteuer 1975 ein Loch von sechs Milliarden Mark**
>
> **pjv. Bonn. Rund 6 Mrd. DM weniger Lohnsteuer, als noch im Juni dieses Jahres angenommen, müssen die Bundesbürger im kommenden Jahr bezahlen. Dies geht aus den Einzelheiten der letzten Steuerschätzung hervor, in die erstmals die Auswirkungen der Lohn- und Einkommenssteuerreform, die am 1. Januar 1975 in Kraft tritt, eingearbeitet sind.**
>
> Für den Staat ergeben sich die stärksten Einbußen bei der Lohn- und Umsatzsteuer Ursprünglich hatte man im kommenden Jahr mit einem Lohnsteueraufkommen von 87,7 Mrd. DM gerechnet. Diese Zahl wurde jetzt auf 81,7 Mrd. revidiert. Auch die zurückhaltende Schätzung von 73,5 Mrd. für 1974 wurde auf 72 Mrd. DM zurückgenommen.
>
> In den neuen Schätzungen für die Umsatzsteuer spiegelt sich noch immer die erwartete Kaufzurückhaltung der Bevölkerung wider. Die Steuerschätzer erwarten im kommenden Jahr Umsatzsteuereinnahmen von insgesam 34,5 Mrd. Das sind 5 Mrd. weniger als in der Juni-Schätzung. Für das laufende Jahr wurden die Erwartungen von 36,4 Mrd. auf 33,4 Mrd. DM revidiert. Das entspricht 1975 einer Steigerungsrate von nur 3,3 %. Bei der Lohnsteuer wird das Wachstum mit 13,5 % angegeben.
>
> Weniger Geld wird auch die Einkommensteuer in die Staatskassen spülen: lediglich 27,5 Mrd. DM gegenüber erhofften 29,9 Mrd. werden für 1975 erwartet. Die revidierte Schätzung für 1974 weist statt 28 Mrd. jetzt 26,5 Mrd. DM auf.
>
> In den anderen Einzelsteuern ergeben sich folgende Veränderungen:
>
> - **Gewerbesteuer:** 1975 19 Mrd. statt 19,8 Mrd. DM, für 1974 18,8 statt 19 Mrd. DM.
> - **Vermögenssteuer:** 1975 3,4 Mrd. statt 4,3 Mrd. DM, für 1974 3,45 Mrd. statt 3,7 Mrd. DM.
> - **Körperschaftssteuer:** 1975 11 Mrd. statt 11,5 Mrd. DM, für 1974 10,4 statt 11 Mrd. DM

Erst wenn man sich von den fettgedruckten Zeilen löst und die sachlichen, ohne Kommentar versehenen Zahlen sprechen läßt, erfährt man, daß das Mehraufkommen an Lohnsteuern wohl unverschämt hoch überschätzt worden ist, die Staatseinnahmen an Lohnsteuern aber trotz der Steuerreform von 72 Milliarden Mark im Jahr 1974 auf 81,7 Milliarden Mark 1975, also um 9,7 Milliarden Mark innerhalb eines Jahres anwachsen werden. Genau diese Tatsache wird nun von der Regierung als auch der bürgerlichen Presse bewußt verschleiert. Da schiebt man die reißerische Schlagzeile geringeren Steueraufkommens vor die in diesem Lande herrschende Wahrheit, nämlich daß die Masse der Lohnabhängigen, besonders durch diese Steuerreform, von Tag zu Tag mehr von einer im Kapitalinteresse handelnden Regierung ausgeplündert wird und sie durch diese sogenannte Reform innerhalb eines Jahres über 13 % (9,7 von 72 Milliarden) mehr Lohnsteuern abführen muß.

Desweiteren erfährt man, daß neben den Lohnsteuerzahlern auch die zur Einkommenssteuer veranlagten Gehaltsempfänger – wenn auch geringer – zur Kasse gebeten werden. Sie müssen aufgrund der Steuerreform 1975 insgesamt 27,5 Milliarden Mark gegenüber 26,5 Milliarden Mark im Jahre 1974 zahlen, das sind 1 Milliarde bzw. fast 4 % mehr als im Vorjahr. Wirft man letztendlich einen Blick auf die klassische Steuer der Kapitalisten, nämlich auf die Vermögenssteuer, so erkennt man, von welcher Seite die Regierung 1975 tatsächlich weniger Steuern zu erwarten hat. Nicht etwa von den Lohnsteuerpflichtigen oder Einkommenssteuerveranlagten, sondern ausschließlich von den Parasiten und Nutznießern dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst. Sie führen statt in diesem Jahr 3,45 Milliarden Mark, 1975 nur noch 3,4 Milliarden Mark, also 50 Millionen bzw. fast 1 % weniger als im Vorjahr ab (alle Zahlen aus der Badischen Zeitung, 23./24.11.).

Als Leser der KVZ möchte ich in diesem Zusammenhang nur noch auf den Steuerreform-Artikel in der KVZ Nr. 17, Seite 4 verweisen, in dem diese massive Steuerausplünderung gerade durch die Steuerreform völlig richtig mit den Worten analysiert wurde, daß "die Besteuerung der Lohnabhängigen schneller zunehmen wird als bisher (vor der Reform – der Verf.), während der Anteil der Kapitalisten am Steueraufkommen weiter zurückgehen" wird. Diese Voraussage ist nur allzuschnell wahr geworden; das Volk aber erkennt von Tag zu Tag mehr den Betrug mit dieser Steuerreform und wird sich der Steuerausplünderung zur Wehr setzen.

–Ho.Ve., Freiburg–

Aus dem Inhalt:

SPD: „Nichts geht mehr"

Am 31. Oktober 1974, vier Tage nach den Wahlniederlagen in Hessen und Bayern, hat die Bundesschiedskommission der SPD einen Spruch erlassen, wonach "die zuständigen Parteivorstände das Recht haben, Erklärungen und Handlungen von Arbeitsgemeinschaften, deren Organen und Funktionären, mit denen diese Arbeitsgemeinschaften nach außen wirksam werden, zu untersagen". Ferner können danach "die für die Herstellung des Einvernehmens in der Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Vorstände der Partei Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften in ihrem Organisationsbereich jedenfalls dann abberufen, wenn sie gegen den Grundsatz des Einvernehmens in der Öffentlichkeitsarbeit verstoßen".

Diese drastische Einschränkung von Rechten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD richtet sich vor allem gegen die Jungsozialisten, die satzungsmäßig eine Arbeitsgemeinschaft der SPD sind. Gleichzeitig kam es in verschiedenen Städten zu einer parteiinternen Mobilisierung gegen die SPD-Linke. In Köln blieben die Linken in der Minderheit und mußten am Ende von der nordrhein-westfälischen Parteiprominenz davor beschützt werden, auch dann noch ganz aus dem Vorstand ausgeschaltet zu werden, als sie schon längst klein beigegeben hatten. In Frankfurt sind die Vertreter der SPD-Linken im Unterbezirksvorstand seit Wochen mit nichts anderem beschäftigt, als ihre Anhänger zur Mäßigung und Zurückhaltung aufzurufen. Und in München wurde am 26. November mit 199 gegen 109 Stimmen ein gegen die Linken gerichtetes "Einigungspapier" verabschiedet. Parteivorsitzender Brandt hat gleichzeitig deutlich gemacht, was mit denen geschehen soll, die sich der verordneten "Einigung" widersetzen. "Wo es einzelne gibt, ... die sich weder an das politische Programm noch an die Statuten unserer Partei halten, da muß man sich von ihnen trennen" ("Vorwärts" vom 21. November).

Ganz offensichtlich haben die Wahlniederlagen in den letzten Monaten die innere Auseinandersetzung in der SPD verschärft. Es wird nach Schuldigen für die Niederlage gesucht, und da viele Wähler zur CDU/CSU, also im offiziellen Parteiensystem nach rechts abgewandert sind, heißt es, die Parteilinken hätten sie verscheucht. Also bekommen die Linken in der SPD gegenwärtig Prügel. Und das nicht zu knapp.

Vor zwei Jahren war das noch anders: Als die SPD mit dem Versprechen von Reformen angetreten ist und damit Wahlen gewonnen hat, hatten die Linken in der SPD gute Zeiten. Unbestritten nahmen damals die Jungsozialisten das Recht wahr, sich als Arbeitsgemeinschaft der SPD auch abweichend vom offiziellen Parteikurs zu äußern. Und in einigen Unterbezirken konnten diese Linken sogar die Mehrheit erobern. Sind nun etwa seitdem diese Linken radikaler geworden? Das kann man nicht sagen! Sie sind sogar ausgesprochen ruhig und beinahe friedlich geworden. Wenn sie heute Prügel bekommen, so liegt das also nicht daran, daß sie einen mutigen Angriff auf die bürgerlichen Positionen der SPD unternommen hätten.

Verändert haben sich in diesen zwei Jahren die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Krise des Kapitalismus hat die Bundesrepublik erfaßt und die Verhältnisse zwischen den Parteien und das Verhältnis der Massen zu den Parteien verändert. Der SPD-Reformismus hat in großem Tempo bankrott gemacht und auf weite Strecken nichts als Enttäuschung hinterlassen. Keines der Probleme, die er zu lösen versprochen hat, hat er lösen können. Von der Bildungsreform, der Reform des Gesundheitswesens, dem Umweltschutz, von der "Demokratisierung von Staat und Gesellschaft" ist nicht viel übrig geblieben. Und weitere Probleme, die der Kapitalismus hervorbringt, die Arbeitslosigkeit und die Teuerung, hat die SPD nicht verhindern können. Bis in die Reihen der alten SPD-Anhänger hinein ist die Beunruhigung darüber erstarkt. Hieß es nicht 1966, die CDU habe die Krise bewußt herbeigeführt? Hieß es nicht im Bundestagswahlkampf 1972, die CDU wolle die Arbeitslosigkeit, die SPD aber werde sie vermeiden? Alles das war leeres Stroh. Und trotz vieler Ermahnungen, nicht den Mut zu verlieren, will sich die rechte Siegeszuversicht bei den Anhängern der SPD nicht mehr einstellen.

Alle, die damals angetreten waren, um die Veränderung und Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse über eine SPD in der Regierung voranzutreiben, bekommen heute gesagt, daß nichts mehr geht, daß auf Jahre hinaus Schluß sein müsse mit den teuren Reformen. Peter von Oertzen, ehemals einer der Sprecher der Parteilinken, erklärt, "zur Politik des globalen Bremsens", wie sie Helmut Schmidt betreibe, gebe es gegenwärtig keine Alternative (Frankfurter Rundschau vom 21. November).

Tatsächlich ist es so, daß die Parteilinke keine Alternative gegenüber der Schmidt'schen Krisenpolitik hat. Diese besteht darin, durch die verschiedenartigsten Formen staatlicher Unterstützung die Kapitalistengewinne zu fördern und gleichzeitig alle Mittel einzusetzen, um die Löhne zu drücken, sowie alle Staatsausgaben gering zu halten, die für die Reproduktion der Arbeitskraft verwendet werden (Schulen, Krankenhäuser usw.). Die Linken in der SPD beharren demgegenüber darauf, daß auch künftig die öffentlichen Haushalte weiter wachsen und zusätzliche Steuern erhoben werden sollen. So fordert der Bundesausschuß der Jungsozialisten eine Exportsteuer. Weiter wollen sie die Mitbestimmung, die zur Behebung der kapitalistischen Krise nichts beitragen kann.

Ein solches Programm ist völlig irreal: Es findet weder bei der Arbeiterklasse noch bei der bürgerlichen Klasse Unterstützung. Dem Kapitalismus hilft es nicht über den Berg und aus seiner Krise heraus. Den Arbeitern hilft es nicht, den Kapitalismus zu bekämpfen, der immer wieder solche Krisen hervorbringt. Es ist ein Programm, womit man sich in der kapitalistischen Krise rasch zur lächerlichen Figur machen kann, wie es verschiedenen SPD-Linken derzeit auch ergeht. Darum raten die vorsichtigen unter diesen SPD-Linken auch davon ab und empfehlen, still zu halten und bessere Zeiten abzuwarten. Der niedersächsische Parteivorsitzende und Vorsitzende der SPD-"Langzeitkommission", ein Mann, der unter Sozialdemokraten als Theoretiker gilt, gibt seinen Genossen zu verstehen: "Wir haben zwar seit 1969 viel über Theorie diskutiert, aber wir haben jetzt nichts parat" für eine Politik, die aus der Krise herausführen könnte (Frankfurter Rundschau vom 21. November 1974).

Gerade in einer Zeit also, wo die Untauglichkeit des Kapitalismus zur Befriedigung auch nur der dringendsten Bedürfnisse der arbeitenden Massen mit Händen greifbar wird und bald eine Million Lohnabhängige keinen Ausbeuter ihrer Arbeitskraft mehr findet, zu diesem Zeitpunkt sehen die SPD-Linken alle Möglichkeiten schwinden, für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Es handelt sich bei ihnen im Grunde um Leute, die ein ganz ungebrochenes Vertrauen in den Kapitalismus und seine Reformierbarkeit haben. Und um Leute, die überhaupt kein Vertrauen in die arbeitenden Massen haben. Nicht die wachsende Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft der Massen gegen die Übel des Kapitalismus ist für sie die Kraft, wovon die Umwälzung der bürgerlichen Ausbeuterordnung ausgeht, sondern sie setzen darauf, daß der Kapitalismus sich bald wieder so glänzend entwickelt, daß auch für die arbeitenden Massen dann einige Brocken abfallen. Sie nehmen keine revolutionären Positionen ein, sondern die Haltung von treuen Kammerdienern, die den Arbeitern und Angestellten raten, wenn es ihren kapitalistischen Herren gut geht, auch zuzulangen, und wenn sich deren Geschäfte schlechter entwickeln, zu darben: Wenn Arbeiter und Angestellte das nicht mitmachen wollen und ihrer Unzufriedenheit durch Wahl der CDU Ausdruck geben, dann soll niemand sagen, sie gingen nach rechts. Man muß sich erinnern, wen sie verlassen haben. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, hat kürzlich in Siegen vor einer Kapitalistenversammlung erklärt: Es gebe gegen die SPD kein Rechtskartell der Industrie. "Diese Regierung ist rechter als manche CDU-Regierung, die kommen wird", hat er die versammelten Kapitalisten belehrt.

Dabei hat er sich auf die Krisenpolitik der Bundesregierung bezogen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages weiß, was er sagt: Eine CDU-Regierung müßte sich heute auf den Widerstand der Gewerkschaftsführung einrichten, wenn sie das Realeinkommen der Lohnabhängigen senken will. Zu erwähnen ist noch: Dieses Lob der SPD vom Vorsitzenden eines Kapitalistenverbandes ist in der Presse nicht weiter aufgetaucht.

W.M.

CDU: Wahlkampf in Rheinland-Pfalz

Wie man Schüler zu "mündigen Staatsbürgern" erzieht.

Unter dem Titel "Schulreform und Lehrerbildung" fand in Trier eine Wahlveranstaltung der CDU statt. Hanna Laurien, Staatssekretärin im Unterrichtsministerium war die Referentin.

Daß die Situation an unseren Schulen denkbar miserabel ist (Lehrermangel, zu große Klassen, ungenügendes Unterrichtsmaterial etc.) weiß jeder. Doch nicht Überlegungen, wie solche Zustände zu verbessern sind, standen im Mittelpunkt von Frau Lauriens Vortrag, sondern eher die Frage, wie man die Lehrer diesen Zuständen anpaßt und jede kritische Regung unter den Lehrern schon an der Wurzel bekämpft.

Ein Mittel dazu ist die Lehrerbildung und wie sich Frau Laurien diese vorstellt, sei hier kurz geschildert.

Was der Lehrer erst einmal lernen muß, ist, daß Erziehung ein "Entbarbarisierungsprozeß" ist. D. h. kleinen Barbaren, die vom Elternhaus her nur Dialekt sprechen können, die hochdeutsche Sprache aufzwingen, oder ihnen beizubringen, daß die Lotte-Schule deswegen Lotte-Schule heißt, weil Lotte von Weimar eine der zahlreichen Geliebten von Goethe war. (Frau Laurien bejammerte nämlich als Beispiel für die Kulturlosigkeit mancher Lehrer und Schüler die Tatsache, daß viele Schüler einer Lotte-Schule in Marburg nicht wußten, warum ihre Bildungsanstalt so und nicht anders heißt.)

Der Lehrer muß lernen, daß verschiedene Schüler verschieden begabt sind, er darf also nicht alle Schüler gleich behandeln, denn "aus Dreck kann man keinen Berg machen".

Vor allem darf der Lehrer nie politisch werden, denn "dann wird die Kenntnisvermittlung unerträglich". Er darf also bei der Behandlung der Kernenergie z. B. nichts über die Gefährlichkeit des Baus von Kernkraftwerken für die betroffene Bevölkerung und über den Widerstand, der solchen Projekten entgegengesetzt wird, berichten, denn dann wirds ja schon wieder politisch, weil die meisten Politiker in unserem Land (und sicher auch Frau Laurien) der Meinung sind, daß man in diesem Fall die Interessen der Bevölkerung zugunsten des Profitinteresses der Industrie ruhig übergehen darf.

Der Lehrer soll zwar Kenntnisse vermitteln, die Staatssekretärin bestimmte aber gleichzeitig, welche er nicht vermitteln darf, nämlich Kenntnisse über die wirklichen Verhältnisse in unserer Gesellschaft. So las sie aus einem hessischen Lehrbuch vor, in dem der Bundestag als ein "Konglomerat (zusammengewürfelter Haufen) von nicht kontrollierbaren Volksvertretern" bezeichnet wurde. Die Verbreitung solcher Gedanken entsprechen ihrer Ansicht nach "nicht dem Auftrag der Schule, der darin bestehen soll, die Schüler zur Selbstbestimmung vor Gott und den Menschen zu erziehen".

Sind aber die Mitglieder des Bundestages wirklich kontrollierbar? Etwa bei der ständigen Heraufsetzung ihrer Diäten, die aus mühsam erarbeiteten Steuergeldern der Bevölkerung stammen, etwa bei ihren Bestechungsaffären? Sind sie denn ihren Wählern rechenschaftspflichtig, können sie jederzeit abgewählt werden, wenn sie die Interessen ihrer Wähler nicht vertreten? Nichts von alledem ist der Fall; wird aber eine solche Wahrheit in der Schule benannt, dann ist das – so Laurien: "Indoktrination".

Eine der wichtigsten Tugenden des Lehrers ist "kollegiales Verhalten", d. h. bei Frau Laurien, er soll es ja nie wagen, die Mißstände an seiner Schule in die Öffentlichkeit zu tragen, oder mit Eltern bzw. Schülern darüber zu diskutieren, denn das stört das Betriebsklima, schafft dem Unterrichtsministerium und der Schulleitung Unannehmlichkeiten und birgt außerdem die Gefahr in sich, daß sich Eltern und Schüler überlegen, wie sie selbst initiativ werden können.

Frau Laurien beendete ihre Hetze gegen jeden fortschrittlichen Ansatz in der Schul- und Unterrichtspolitik mit dem salbungsvollen Satz: "Die Tatsache, daß an der Schule menschliche Zusammenarbeit notwendig ist, sei für sie aufregend und tröstend zugleich."

Wenn Eltern und Schüler sich gemeinsam mit den Lehrern, die wirklich für ihre Interessen eintreten gegen die Zustände an den Schulen zur Wehr setzen, wird Frau Laurien ein gewisses Maß an Aufregung nicht erspart werden können. Als tröstliches Element bleiben vorerst noch die Diäten und sonstige Vergünstigungen, die solche "Volkszertreter" erhalten.

–C.T., KSB Trier–

Wenn die Professoren von "wir" reden

Nach den fünf Weisen melden sich immer weitere Propheten der Kapitalistenklasse zu Wort, die immer nur einen Spruch verkünden: Senkung des Reallohns der Lohnabhängigen, Steigerung der Auspressung der Arbeitskraft unter Ausnutzung der hohen Arbeitslosigkeit als Druckmittel, das ist der Stein der Weisen, der die Kapitalistenklasse aus der Krise führt. Jetzt hat sich Professor Dr. Herbert Giersch zu Wort gemeldet, eine bekannte Größe unter den Verteidigern der Marktwirtschaft. Er sagt:

"Inflationsfrei können wir das Verhältnis zwischen Reallohn und Produktivität für die Unternehmen nur verbessern, wenn wir eine Zeitlang auf höhere Reallöhne verzichten, aber die Produktivität steigen lassen oder bewußt steigern." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.74)

Das "**wir**" des Professors ist wirklich großartig, es verbirgt hinter drei Buchstaben den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern: "**wir**", die Arbeiter, sollen "**eine Zeitlang auf höhere Reallöhne verzichten**" und "**wir**", die Kapitalisten, sollen "**die Produktivität steigen lassen oder bewußt steigern**".

Nur: **In dieser Gesellschaft ist man entweder Arbeiter oder Kapitalist, der eine soll bluten und der andere saugt Blut. Ein "wir", das tatsächlich alle umfaßt, kann es nur geben in der klassenlosen Gesellschaft.** –G.S.–

Die GRUNK wird mit der Lon Nol-Clique nicht verhandeln

In der Nacht vom 27. zum 28. November beschloß die UN-Vollversammlung mit 56 Stimmen bei 54 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen, dem Verräter-Regime von Lon-Nol die Vertretung des kambodschanischen Volkes in der UNO weiter zu überlassen. Eine von 33 Staaten – darunter die Volksrepublik China, Albanien, Rumänien und Jugoslawien – eingebrachte Resolution, die den Ausschluß des Lon-Nol-Regimes von der UNO und die Wiedereinsetzung der Königlichen Regierung der nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) in ihre legitimen Rechte forderte, wurde nicht abgestimmt. Die Vollversammlung hat vielmehr die Nichtbefassung dieses Antrags beschlossen mit 58 gegen 56 Stimmen bei 20 Enthaltungen.

Ein Sprecher der Vertretung der Volksrepublik China hat die Tatsache, daß der Antrag auf Nichtbefassung überhaupt gestellt wurde und schließlich durchkam, als Folge der undurchsichtigen Manöver der US-Imperialisten gegeißelt, die alles daran setzten, ihre Statthalter in Phnom Penh vor dem Ausschluß aus der UNO zu bewahren. Um die vollständige Befreiung und Unabhängigkeit Kambodschas zu verhindern, um ihre eigene Niederlage in Kambodscha abzuwenden, haben sie eine Reihe von UNO-Vertretungen massiv unter Druck gesetzt, für den Nichtbefassungsantrag zu stimmen. Sie konnten das aber nur, weil gleichzeitig ein Kompromißantrag vorgelegt wurde, der von der Existenz zweier Regierungen in Kambodscha ausgeht, aber die ganze Frage der Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit in der Schwebe läßt.

Sehr deutlich hat sich bei der Kambodscha-Diskussion wieder gezeigt, daß die Sowjetunion nur in Worten ein Freund der Völker ist, ihre Taten jedoch sind gegen die Interessen der Völker gerichtet. Die Sowjetunion nämlich und die unter ihrem Einfluß stehenden osteuropäischen Staaten haben die Resolution auf Wiedereinsetzung der GRUNK in ihre legitimen Rechte in der UNO nicht unterstützt. Diese Tatsache erleichterte den US-Imperialisten natürlich ihr Intrigenspiel.

Die GRUNK wird mit der Lon-Nol-Clique nicht verhandeln

Die verabschiedete Resolution erkennt nun an, daß es in Kambodscha zwei Regierungen gibt und fordert "beide Seiten" auf, miteinander in Verhandlungen zu treten. Norodom Sihanouk, Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und Leiter der GRUNK, hat diese Aufforderung kategorisch zurückgewiesen. In einer Erklärung, die er am 28.11. abends in Peking abgab, heißt es: "Solche Verhandlungen akzeptieren, würde bedeuten, den USA bis in alle Ewigkeit das Recht zu belassen, ihr kolonialistisches System über einen Teil unseres Landes aufrecht zu erhalten." (Le Monde, 30.11.74) Er erklärte weiter sinngemäß: Keinerlei Manöver der Imperialisten werden unseren Weg zur endgültigen Befreiung unseres Landes aufhalten. Wir wollen einen wirklichen Frieden, keine von den USA gestiftete "Pax Americana". Deshalb werden wir ohne zurückzuweichen und ohne Kompromisse unseren gerechten Kampf fortsetzen, und wenn es sein muß noch zehn, zwanzig oder auch hundert Jahre. (nach einem Telefongespräch des Indochina-Komitees Heidelberg mit der Mission der GRUNK in Paris)

Der Vertreter der Volksrepublik China in der UNO nannte die Entscheidung der Vollversammlung "ein Stück Papier, das völlig null und nichtig und bedeutungslos ist". (Süddeutsche Zeitung, 29.11.)

Diese Einschätzung ist keine Übertreibung. 90 % des Landes und 80 % der Bevölkerung von Kambodscha sind befreit. Das Lon-Nol-Regime ist keine "Regierung", es ist eine Verräter-Clique, die sich auf nichts weiter stützt als die politische und massive Hilfe der US-Imperialisten.

Aus einer Glückwunschbotschaft des Vize-Premierministers der GRUNK, Khieu Samphan, an das Volk, die Vertreter der Buddhisten und die Volksbefreiungsstreitkräfte im befreiten Kambodscha vom 13.11.1974 geht hervor:

"Innerhalb von sechs Monaten, in der Regenzeit, von Mai bis November 1974, haben die Volksbefreiungsstreitkräfte 60 000 Soldaten des Feindes getötet, verwundet und gefangengenommen. Die Einheiten des Marionettenregimes mußten große Verluste hinnehmen. Es mangelt ihnen am Notwendigsten. Allein in der ersten Hälfte des Monats November wurden drei von vier Positionen des Feindes im Nordosten, 13 km von Phnom Penh bei den Dörfern Barong und Snauka erobert. Am 6. November wurde das wichtige System von Positionen des Feindes bei Sre Ampil völlig zerstört. So ist jetzt der gesamte Südwesten Phnom Penhs frei für die Angriffe der Volksbefreiungsstreitkräfte. Was der Feind in der Regenzeit nicht geschafft hat, wird ihm während der Trockenzeit erst recht nicht gelingen, und er wird weitere vernichtende Niederlagen hinnehmen müssen." (Telefonische Übermittlung)

Wie geht es jetzt weiter?

Auf die Frage: "Welche Konsequenzen werden Sie aus der Entscheidung in der UNO ziehen, wie geht es jetzt weiter?", antwortete die Vertreterin der Mission der GRUNK in Paris: "Keine besonderen. Für uns ist die UNO eine Tribüne, auf der wir unseren Kampf propagieren und die Verbrechen der Imperialisten darstellen. Das kambodschanische Volk und seine Befreiungsstreitkräfte sind entschlossen, weitere immer mächtigere Angriffe gegen die US-Aggressoren und die Lon-Nol-Verräterclique zu führen, bis zur endgültigen Befreiung Phnom Penhs und ganz Kambodschas."

–U.T.–

Anschläge auf Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes

In einer ganzen Reihe von Städten wurden von der Polizei in der letzten Wochen überfallartige Hausdurchsuchungen im Morgengrauen durchgeführt. Angeblich ging es darum, Mitglieder und Sympathisanten der RAF aufzuspüren. Tatsächlich ging es darum, die Akten der Verteidiger der angeklagten RAF-Mitglieder durchzuwühlen wie z. B. in der Rechtsanwaltskanzlei Eschen und Ströbele in Westberlin und wie in Hamburg. Weiterhin ging es darum, Angst und Einschüchterung zu verbreitern. Deswegen waren auch die Hausdurchsuchungen ziemlich willkürlich. Meist wurden irgendwelche Personen herausgesucht, deren Namen durch stadtbekannte Provkateure – wie offensichtlich in Heidelberg und Frankfurt – an die Polizei gegeben worden waren. In Keitum auf Sylt durchsuchten 25 Beamte die Wohnung einer Frau, die nach eigener Aussage als Anlaß für den Polizeiüberfall auf ihre Wohnung sieht, "daß wir vor sieben, acht Jahren mal eine Frau gekannt haben, die später gesucht wurde". (SPIEGEL 12.12.74) Während die Überfälle mit äußerster Brutalität durchgeführt wurden und lastwagenweise Material abtransportiert wurde, war der "Erfolg hier wie da – fraglich", wie es im Spiegel heißt. Das ist auch kein Wunder. Denn die Willkür, mit der dieser staatliche Terror durchgeführt wurde, sollte eben in erster Linie demonstrieren, daß jeder diesem staatlichen Gewaltapparat ausgeliefert ist, der sich nicht auf Lebzeiten fest mit diesem verschworen hat (siehe dazu den Bericht auf S.12).

Wo die Bourgeoisie nicht mehr hoffen kann, daß dieser Schwur noch erfolgt, wo sie nicht mehr hoffen kann, daß sich Angeklagte noch für die Interessen der Bourgeoisie "resozialisieren" lassen, da greift sie zu Urteilen wie denen in Westberlin, wo Horst Mahler zu 14 und Ulrike Meinhof zu 8 Jahren Gefängnis wegen Gefangenenbefreiung verurteilt wurden. Dies in einem Prozeß, in dem nichts als der Wille des Staatsapparates in Gestalt des Staatsanwaltes als Beweis für die Verurteilung diente, denn handfeste Beweise für die Verurteilung hatte das Gericht nicht. Zur gleichen Zeit hat die Bundesregierung ein ganzes

hatte das Gericht nicht. Zur gleichen Zeit hat die Bundesregierung ein ganzes

Bündel von Gesetzesmaßnahmen vorbereitet, mit denen die Rechte der angeklagten RAF-Mitglieder wie die aller Menschen, die gegen dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, weiter beschnitten werden sollen.

Bei diesen Gesetzesentwürfen handelt es sich hauptsächlich um folgende Maßnahmen:

- Bisher mußte ein Gerichtsbeschluß zum Ausschluß der Öffentlichkeit aus der Verhandlung öffentlich, vor den Zuhörern bekantgegeben werden. Dies muß jetzt nicht mehr der Fall sein. Praktisch hätte damit ein Gericht die Möglichkeit, während einer Verhandlungspause oder zwischen zwei Verhandlungstagen die Öffentlichkeit auszuschließen ohne zu sagen, warum und aus welchen Gründen.
- Der Gerichtsvorsitzende und nicht nur das Gericht insgesamt wie bisher soll die Möglichkeit haben, gegenüber nicht an der Verhandlung beteiligten Personen, also gegenüber Zuhörern, Ordnungsstrafen zu verhängen.
- Dabei sollen die Ordnungsstrafen gleich drastisch erhöht werden. Statt bisher höchstens 3 Tage soll eine Ordnungsstrafe bis zu einer Woche möglich werden, die Geldstrafen sollen von bisher höchstens 1 000 DM auf 2 000 DM erhöht werden.
- Um die Gerichte soll eine Bannmeile geschaffen werden, d.h. ein Gebiet innerhalb dessen jede politische Betätigung wie z.B. das Verteilen von Flugblättern verboten ist.
- Nicht zur Sache gehörende Äußerungen von Verteidigern sollen vom Gericht unterbunden werden können, das feststellt, was nicht zur Sache gehört.
- Die Gespräche zwischen Verteidiger und Angeklagtem sollen unter Aufsicht eines Richters gestellt werden. Dadurch wird es für den Angekagten praktisch unmöglich, mit seinem Verteidiger umfassend alle Fragen zu besprechen. Sogar noch während der Hauptverhandlung sollen die Gespräche zwischen Verteidiger und Angeklagtem überwacht werden können.
- Ein Angeklagter, der sich vor Gericht "ordnungswidrig' verhält, soll aus dem Gerichtssaal entfernt werden können.
- Die "Propagierung von und die Anleitung zu Gewalttaten" soll unter Strafe gestellt werden. Damit kann z. B. jede Unterstützung des Befreiungskampfes der vom Imperiaismus unterdrückten Völker als Propagierung von Gewalt vor Gericht abgeurteilt werden. Damit kann auch das Programm der Arbeiterklasse, in der diese ihren Weg zur sozialen Revolution darlegt, verboten werden.
- Mußten Zeugen bisher nur vor dem Richter aussagen, so sollen sie jetzt auch gezwungen werden können, vor dem Staatsanwalt auszusagen, der künftig auch selbst Hausdurchsuchungen und das Abhören von Telefongesprächen anordnen können soll. Solche unter Ausschluß der Öffentlichkeit erzwungenen Zeugenaussagen dienen dann dazu, daß die Schuld des Angeklagten schon vor Beginn der Hauptverhandlung zurechtgezimmert ist.

Gegen wen alles sich diese Gesetze richten, wird klar, wenn man sic einmal vorstellt, wie sich diese Gesetzesänderungen auswirken werden. Angeklagte, die z.B. wegen Landfriedenbruch vor Gericht stehen, weil sie sich durch Aktionen gegen den sinnlosen Abriß von bewohnbaren Häusern, gegen die Errichtung eines umweltverseuchenden Bleiwerks oder gegen das weitere Beladen einer Giftmüllkippe zur Wehr gesetzt haben, werden vor Gericht zur Berechtigung ihrer Handlung und zur Volksfeindlichkeit staatlicher Maßnahmen Stellung nehmen. Vielen Menschen wird das zeigen, daß diese Angeklagten richtig gehandelt haben, weil sie ihr Interesse in die eigenen Hände genommen haben. Aber gerade diese Erkenntnis will der Staatsapparat verhindern. Deswegen kann dann auch die Justiz all dieses als "nicht zur Sache gehörig" aus der Verhandlung ausschließen. Bestehen dann Angeklagte und Verteidiger auf ihrem Recht, so können sie mit Ordnungsstrafen belegt und letztlich aus dem Gerichtssaal entfernt werden, während die Verhandlung weitergeht. Jede politische Verteidigung soll aber durch die Gesetzesänderung unmöglich gemacht werden.

Oder ein anderes Beispiel. Schon das Flugblatt einer Bürgerintiative in der diese zur Besetzung eines Bauplatzes wie in Marckolsheim aufruft, kann als "Propagierung von Gewalttaten" unter Strafe gestellt werden, denn die Besetzung kann als Nötigung der Baufahrer, als Gewalt ausgegeben werden. Da die Bourgeoisie jeden Widerstand gegen ihre Maßnahmen als Gewalt versteht, kann sie mit dieser Änderung des Strafgesetzes auch jeden Widerstand vor Gericht schleifen. Man sieht also, daß alle diese Gesetzesmaßnahmen keineswegs spezielle "Baader-Meinhof-Gesetze" darstellen wie es die Bundesregieung glauben machen will, sondern Gesetze, mit denen jede Rebellion, jeder Widerstand gegen die bürgerliche Klassenherrschaft unterdrückt werden soll.

Das ist denn auch so deutlich, daß der Widerstand und die Ablehnung dieser Gesetzesmaßnahmen ziemlich breit ist. Die Standesvertretung der Rechtsanwälte und auch ein Teil der bürgerlichen Presse haben gegen die geplanten Gesetzesmaßnahmen protestiert, weil diese zu weit gingen, und weil in ihren Augen die Auseinandersetzung mit der RAF jetzt zum Vorwand genommen würde, den Rechtsstaat auszuhöhlen. Dabei unterschlagen sie aber, daß die RAF keineswegs zum Vorwand für diese Gesetzesmaßnahmen genommen wurde, sondern daß diese Gesetze genau den Weg zeigen, auf dem die Bourgeoisie gegen jeden Gegner ihrer Klassenherrschaft vorgeht.

Deshalb sind diese Gesetze auch keine speziellen Baader-Meinhof-Gesetze, sondern Gesetze gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Denn nur in Gegnerschaft zu diesem bürgerlichen Staat kann die Arbeiterklasse ihre soziale Befreiung in die Tat umsetzen.

–e.r.–

Leisler Kiep
Schüsse auf die Sauna

Letzten Samstagabend soll auf Walter Leisler-Kiep geschossen worden sein. An Tatsachen steht soviel fest: durch eine Notruf- und Alarmanlage in seiner Sauna hat Kiep die Polizei herbeigerufen. Weiter wurden in der Sauna drei Pistolenkugeln gefunden und sind drei Einschußlöcher in der Tür zur Sauna feststellbar. Außerdem gibt es zwei Telefonanrufe bei einer Nachrichtenagentur: einer am Sonntag, in dem im Namen der RAF die Verantwortung für die Schüsse übernommen wurde und einer am Montag, in dem im Namen der RAF keine Verantwortung für die Schüsse übernommen wurde. Mehr Tatsachen gibt es nicht.

Laut Bundeskriminalamt liegen "noch keine konkreten Anhaltspunkte" für "politische Motive des Mordversuchs" vor. Daraus gemacht wurde: Das Fernsehen und die bürgerliche Presse haben über einen Mordanschlag mit politischen Motiven berichtet und gleich die RAF mithineinverwickelt; alle bürgerlichen Parteien haben Erklärungen abgegeben und bekräftigt, daß man entschlossen "gegen Terror und Gewalt" vorgehen müsse. Kiep selber kann sich nicht vorstellen, "daß ihm aus privaten Gründen jemand nach dem Leben trachte" (SZ, 2.12.). Er vertraue darauf, "daß es durch die Solidarität der Demokraten und den Einsatz der Polizei gelingen werde, mit dem politischen Terrorismus fertig zu werden" (FR, 2.12.).

Walter Leisler-Kiep ist Mitglied der CDU-Bundestagsfraktion, er ist Bundesschatzmeister der CDU und Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung, die die reaktionären Kräfte in Chile finanziell unterstützt. In letzter Zeit hat man von Walter Leisler-Kiep, der aus der hessischen CDU kommt, nicht viel gehört. Es ist still um ihn gewesen. Der hessische CDU-Vorsitzende Dregger hat durch seine reaktionären Reden und durch den Wahlerfolg der CDU bei den Landtagswahlen viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In der CDU selber hat Kiep keine starke Position, Bundesschatzmeister ist er deshalb, weil er selber "begüteter Versicherungskaufmann" (FAZ) ist und sehr gute Verbindungen zu den Kapitalisten hat. Jetzt aber stand Walter Leisler-Kiep wieder im Rampenlicht. Er wurde wiederholt im Fernsehen interviewt, kam in den Nachrichtensendungen zu günstigen Sendezeiten, sein Photo war in allen Tageszeitungen und über ihn wurde ausführlich berichtet. Walter Leisler-Kiep ist wieder ein bekannter Mann geworden.

Erinnern wir uns an die Bundestagswahl von 1972: Kurz vor dem Wahltag wurden die Titelseiten der bürgerlichen Presse von der Schlagzeile beherrscht, daß die RAF den Professor Rubin, einen SPD-Gegner und CSU-Anhänger, entführt hätte. Das war eine gute Gelegenheit für die CDU und die Bildzeitung, den Ruf nach Sicherheit mit der Aufforderung, die CDU zu wählen, zu verbinden und der SPD eins auszuwischen. Nach der Wahl stellte sich rasch heraus, daß der Professor Rubin sich selbst "entführt" hat, gefesselt hat und sich dann an einer Autobahn von der Polizei finden ließ. Nicht vergessen darf man, daß im nächsten Jahr fünf Landtagswahlen stattfinden, darunter die Wahl in Nordrhein-Westfalen, die für die bürgerlichen Parteien große Bedeutung haben. In Zukunft kann man sich also auf allerhand gefaßt machen.

–HJH–



Aus dem gleichen Grund wie Kollegen bei Behr-Thomas in Kornwestheim traten die Hüller-Arbeiter in Streik

Erfolgreicher Streik bei Hüller

Gegen die Anrechnung von 2% Tariferhöhung auf die innerbetrieblichen Zulagen

Ludwigsburg. Am Montagmorgen, 25.11.74, erfuhren die Kollegen der Maschinenfabrik Hüller in Ludwigsburg, daß die Geschäftsleitung nicht bereit war, die im gültigen Tarifvertrag vereinbarte 2 %ige Lohnerhöhung für Dezember 1974 effektiv auszuzahlen. Sie sollten auf die übertariflichen Zulagen angerechnet werden, obwohl innerbetrieblich vereinbart worden war (Anschlag Nr.1029), diese 2 % "auf Grundlohn/gehalt voll weiterzugeben". Die Kollegen bei Hüller hätten also keinen Pfennig mehr rausgekriegt.

Nachdem bekannt war, was die Geschäftsleitung vorhatte, war die Unruhe im Betrieb groß und für Mittwochmorgen wurde eine Betriebsversammlung angesetzt.

Dort schilderte, wie vorauszusehen war, die Geschäftsleitung die wirtschaftliche Lage schwarz in schwarz: die 2 % auf den Effektivlohn weiterzugeben, das koste die Firma jährlich 600 000 DM, und aus Gründen der Konkurrenz könne diese Lohnerhöhung nicht an den Kunden weitergegeben werden, die Konkurrenz sei billiger.

Wie schlecht es Hüller geht, sieht man daran, daß er 1974 ca. 10 Millionen investierte, vor allem in das brasilianische Zweigwerk und weiter Zweigwerke im Ausland errichten will.

Während der Rede des Geschäftsleiters gab es nur wenige Pfiffe und Buh-Rufe, die Kollegen waren unsicher und es schien, als habe die Taktik der Geschäftsleitung Erfolg. Anschließend aber gingen einige Kollegen in Diskussionsbeiträgen auf das unverschämte Vorgehen der Geschäftsleitung ein und hoben heraus, daß wir uns das nicht bieten lassen dürfen. Obwohl die Stimmung unter den Kollegen gut war, löste sich die Betriebsversammlung auf, ohne einen festen Beschluß gefaßt zu haben.

Nur etwa 50 Kollegen blieben im Saal und diskutierten, daß man gegen den Angriff der Geschäftsleitung etwas tun müsse.

Streik für die effektive Auszahlung der 2 %

Ab Donnerstag, 9 Uhr streikten bei Hüller 1 200 Kollegen, alle Arbeiter mit ganz wenigen Ausnahmen und ein Teil der Angestellten. Auch die Spätschicht schloß sich am Nachmittag dem Streik an. Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung blieben ohne Ergebnis.

Am Freitag wurde der Streik fortgesetzt. Die Forderung der Kollegen hieß nach wie vor:

2 % auf Tarif- und Leistungszulage effektiv
Bezahlung der Streikzeit
keine Maßnahmen gegen Kollegen, die am Streik beteiligt waren.

Andere Betriebe solidarisierten sich mit den Streikenden: Es gingen Solidaritätsadressen ein und im 'Ludwigsburger Maschinenbau' führten 700 Kollegen einen Solidaritätsstreik durch.

Am Freitagnachmittag schließlich gab die Geschäftsleitung nach. Es wurde vereinbart:

2 % auf den Tariflohn wird ausgezahlt
die Ausfallzeit durch den Streik wird durch eine Pauschale abgegolten, die nächste Woche verhandelt wird,
gegen einzelne Kollegen werden wegen ihrer Teilnahme am Streik keine Maßnahmen unternommen.

Der Streik der Kollegen hat also weitgehend das Ziel erreicht.

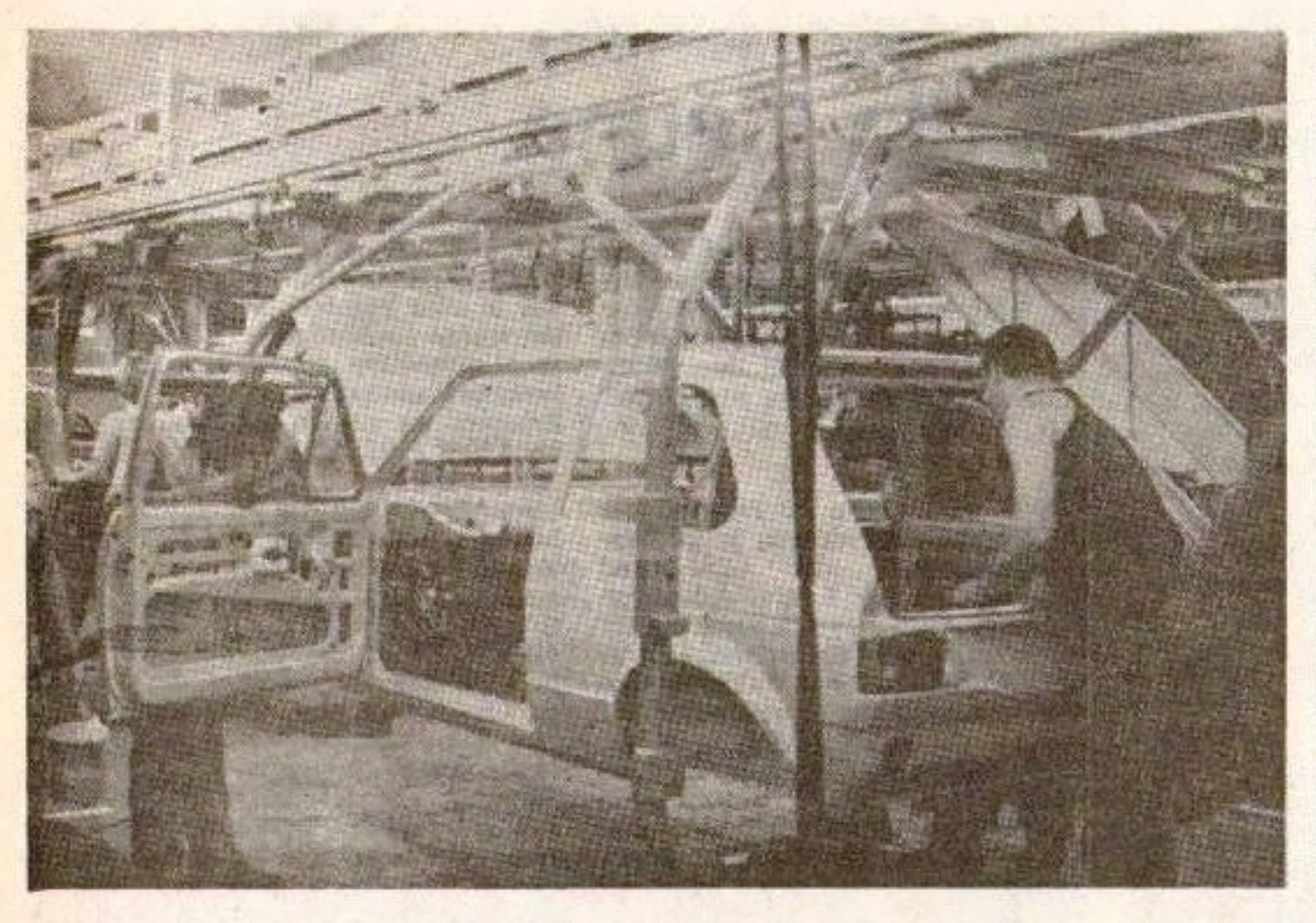
Welchen Zweck verfolgten die Kapitalisten mit diesem Vorstoß?

Die Hüller-Zelle des KBW gab in ihrer Zellenzeitung dazu folgende Stellung ab:

"Abgesehen davon, daß Hüller mit diesem Vorstoß Kosten spart und – wenn er erfolgreich ist – seine Konkurrenzbedingungen verbessert, hat dieser Vorstoß auch noch große Bedeutung für den kommenden Tarifkampf: geben wir jetzt nach und verzichten auf den Lohn, dann ist das für die Kapitalisten das Signal, daß es auch im Tarifkampf nicht anders sein wird. Das heißt: Die Weichen werden von ihnen gestellt. Weisen wir aber entschieden den Plan der Hüller-Geschäftsleitung zurück, und verzichten wir nicht, dann sind die Weichen von uns gestellt.
Insofern ist dies ein Vorgefecht, in dem wir klar zeigen müssen, wohin der Hase läuft, daß wir eine Verschlechterung unserer Lebensbedingungen nicht jetzt und nicht im kommenden Tarifkampf hinnehmen und um den Lohn, den wir brauchen, kämpfen."

Daß die Kollegen von Hüller den Kampf um die 2 % erfolgreich geführt haben, zeigt, daß sie sich von ihren Interessen haben leiten lassen und auf das Geschwätz der Geschäftsleitung vom "Gemeinwohl" und "wirtschaftliche Lage des Betriebs" nicht hereingefallen sind. Obwohl bei Hüller offen von Kurzarbeit und Entlassungen geredet wird, haben sich die Kollegen nicht gegeneinander ausspielen lassen. Die Kollegen von Hüller haben mit ihrem Kampf Zeichen gesetzt für den kommenden Tarifkampf, über den Betrieb hinaus. Das zeigt die Solidarität der anderen Ludwigsburger Betriebe. Sie haben klar gemacht, daß sie Lohnabbau und Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht kampflos hinnehmen.

Hüller-Zelle
OAG Ludwigsburg





VW-Wolfsburg: Endmontage des GOLF

Berichte zur Lage der Arbeiter in der Automobilindustrie

Tatsachen gegen den Lohnverzicht am Beispiel VW

Wolfsburg. Zum 31. Januar 1975 läuft der Haustarifvertrag zwischen den Volkswagen AG und der IG Metall aus. Von den dann beginnenden Tarifverhandlungen wird es abhängen, wie die Familien von 118 000 VW-Arbeitern und Arbeiterinnen 1975 leben werden. Die Ausgangsposition der Arbeiter ist dieses Jahr schwieriger als in den Jahren zuvor. Der Schrecken der drohenden Arbeitslosigkeit lastet schwer auf den Kollegen.

Die Schrecken nutzen die bürgerlichen Politiker und die Kapitalisten zu politischem Druck auf die Arbeiterklasse aus. Auf die Kollegen prasselt eine Flut von Sachverständigenappellen, Regierungs- und Kapitalistendrohungen nieder, daß es dem einzelnen Kollegen kaum möglich ist, sich gegen diese Beeinflussung zu wehren.

Die sozialdemokratischen Führer der IGM haben im VW Werk bisher nichts getan, um der Hetze der Kapitalisten entgegenzutreten, daß die Arbeiter durch ihre hohen Lohnforderungen die wachsende Arbeitslosigkeit selbst verschuldet hätten. Die einzige öffentliche Äußerung war direkt entwaffnend. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Ehlers sagte auf der letzten Betriebsversammlung im VW Werk Wolfsburg, daß das Werk kein Geld habe, aber der VW-Vorstand solle nicht so tun, als ob daran nur die Personalkosten schuld seien, vielmehr seien die Rohstoffkosten doch auch gestiegen. Er wehre sich dagegen, daß unser aller Einkommen nur als Kostenfaktor betrachtet würde. Wer so redet, treibt die Arbeiter direkt in die Fänge der Hetze der Kapitalisten. Natürlich sind die Löhne der Arbeiter für die Kapitalisten nichts weiter als ein Kostenfaktor, den sie im Interesse ihres Profits drücken wollen, während sie die Rohstoffpreise nicht ohne weiteres drücken können. Und natürlich jagt derjenige Kapitalist die Konkurrenz vom Markt, der die Arbeiter am schärfsten ausbeutet. Das tritt besonders in der jetzigen Krise zutage, wo die Kapitalisten die Märkte nicht mehr ausdehnen können. Diese Wolfsgesetze des Kapitalismus wirken sich auf den VW-Konzern genauso aus wie auf jeden anderen. Für die Arbeiter und Angestellten ist der Lohn aber ihre einzige Existenzgrundlage. Deshalb müssen sie entschlossen dafür kämpfen, daß er nicht gedrückt wird. Der Arbeitsplatz kann durch ihren Lohnverzicht nicht gesichert werden, da es die kapitalistische Wirtschaft ist, die die Arbeitsplätze gefährdet. Beim VW-Konzern wird das besonders deutlich. 30 % der VW-Produktion geht in die USA, und gerade dort hat VW den größten Absatzrückgang zu verzeichnen. Geht der USA- Markt den Kapitalisten verloren, werden die Arbeiter in der BRD entlassen. Der VW-Vorstand will den Markt aber auf keinen Fall verlieren. Deshalb plant er den Aufbau der Produktion in den USA. D. h. hier in der BRD wird es ebenfalls Entlassungen geben. Diese Tatsachen habe ich aufgeschrieben und in meiner Abteilung am Schwarzen Brett ausgehängt. Der Aushang hat unter den Kollegen viel Aufsehen erregt, und bestimmt 150 Kollegen haben ihn gelesen und haben darüber diskutiert. Viele Kollegen haben haben mir danach zugestimmt, daß wir nicht auf Lohn verzichten dürfen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre dagegen sagen, wenn man sie auf die Tarifverhandlungen anspricht, man kann dieses Jahr nichts machen, weil die Kollegen Angst haben. Jedoch muß man dazu sagen, wer der Hetze gegen die Arbeiter nicht entgegentritt und sich gleichzeitig über die Unentschlossenheit der Arbeiter beklagt, ist ein Demagoge.

–R., Volkwagenwerk Wolfsburg–

Kurzarbeit bei Karmann

Osnabrück. Auf der Betriebsversammlung am 22. November wurde öffentlich bekanntgegeben, daß ab dem 2. Januar 1975 für 14 Tage Kurzarbeit gemacht wird. Diese trifft die Produktion des "VW-Cabrio". Eine Stückzahlreduzierung bei den Typen "Scirocco" und "Volksporsche" steht ebenfalls im neuen Jahr an.
Haben die Kollegen bis jetzt das Letzte aus sich herausgeholt, haben bis zu vier Überstunden pro Tag geleistet, haben teilweise unter Bedingungen gearbeitet, die die Gesundheit gefährden, so werden sie im nächsten Jahr mit Kündigungen, Umsetzungen, allemal aber mit Kurzarbeit rechnen müssen.
Von Entlassungen will heute noch niemand was wissen, doch fest steht: Die "normale" Kündigungszahl in der Woche ist von etwa 20 auf das Doppelte angestiegen. Als Kündigungsgrund wird den Kollegen, die längere Zeit krank waren, nicht die Stückzahlreduzierung, sondern meist "für die Industriearbeit ungeeignet" angegeben.

Betriebszelle Karmann

Ford kündigt Massenentlassungen an

Köln. Seit Monaten wird bei Ford kurzgearbeitet, einzelne werden entlassen und in den Abteilungen wird rationalisiert. Um so erstaunter waren die Kollegen, als sie vor etwa zwei Monaten in der Frühstückspause den "Express" aufschlugen: "Danke! Liebe Ford-Mitarbeiter! Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, daß unsere Fahrzeuge in den letzten Jahren ständig besser geworden sind. Ihr Robert A. Lutz, Vorsitzender des Vorstandes." Und als Gratisgeschenk überreichte der Ford den "lieben Mitarbeitern" einige Zeit später die Ankündigung über Kurzarbeit im September, Oktober und November.

Trotz der vielen Kurzarbeit steckt der Ford noch immer in der Patsche. Denn soviel er auch auf dem Rücken der Kollegen Kosten einspart, seine Autos werden trotzdem nicht in größerer Zahl gekauft: Der Absatz steht tief "im Keller": Waren es 1973 von Januar bis Oktober wenigstens noch etwa 210 000 Autos, die verkauft wurden, so sind es dieses Jahr im gleichen Zeitraum schon über 60 000 weniger!
Für Ford-Oberboß Lutz sind diese Zahlen nicht erfreulich. Mit sorgendurchfurchter Stirn erging er sich auf der Betriebsversammlung am 25. November in düsteren Prognosen.
Für die Kollegen kam im Klartext heraus: neue Kurzarbeit vom 16. Dezember bis 6. Januar für fast alle Bereiche außer der A-Halle. Und die Zeit zwischen dem 24. und dem 31. Dezember wird auch noch vom Jahresurlaub abgezogen.

Dagegen hatten einzelne Kollegen von Ford ein Flugblatt gemacht unter dem Motto: Endlich zusätzlicher Winterurlaub für alle Kollegen! Dieses Flugblatt fand derartige Anerkennung, daß einige Spaßvögel bei der Geschäftsleitung und beim Betriebsrat anriefen und fragten, ob denn schon Sonderzüge und Betten in Sankt Moritz vorbestellt seien.
Allerdings hat sich auf der Betriebsversammlung selber kein breiter Protest gegen die schon fast gewohnheitsmäßige Kurzarbeit erhoben. Für so manchen Kollegen ist es nämlich inzwischen selbstverständlich geworden, mal eine Woche nicht beim Ford zu arbeiten; dabei stimmen dann natürlich die Flocken hinten und vorne nicht mehr. Viele müssen sich in der Zwischenzeit mit unterbezahlten Schwarzarbeiten über Wasser halten. Und wenn mal gearbeitet werden darf, dann heißt es: Schnauze halten und froh sein, daß man noch nicht entlassen ist.

Dieses Klima des Drucks der zahllosen Braun- und Weißkittel hat es sogar geschafft, daß sich keiner mehr richtig traut, auf Betriebsversammlungen mal richtig den Mund aufzumachen (vergl. dazu KVZ Nr. 26, Kündigung eines Opel-Kollegen). Selbst als Oberboß Lutz in seinen weiteren "Ausführungen" noch schärfere Töne anschlug, kam kein breiter Protest.

In den Vorstandsetagen "reifen nämlich folgende Überlegungen heran": Ford sei ja bisher ein führendes, solides Unternehmen gewesen. Nur deshalb sei es seit etwa einem Jahr möglich, einen "Personalüberhang" mit sich zu schleppen, für den an sich gar keine Arbeit da sei. Das sei bisher durch die Kurzarbeit abgefangen worden; jetzt aber käme bald der Punkt, da weitergehende Konsequenzen zu ziehen seien.

Jeder weiß, was damit gemeint ist. Die seit Monaten im Raum stehenden Gerüchte über Massenentlassungen sollen nach dem Jahreswechsel Wirklichkeit werden. Viele dachten sofort bei sich: Vielleicht bin ich auch dabei. Wie soll ich dann noch meine Familie durchbringen. Oder: Hoffentlich erwischt's mich nicht. Ich muß noch zweieinhalb Jahre Raten abstottern. Wie schwarzer Humor kommt es einem vor, daß vor der Betriebsversammlung auf fast allen Plätzen kostspielige Glanzprospekte der "Ford Credit AG" lagen, die verbesserte Möglichkeiten der Ratenzahlung beim Kauf von Ford-Autos anpriesen.

Betriebsrat läßt Kollegen im Stich!

Nach dem Spruch: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts, tat der Betriebsrat so, als ob die Ankündigungen der Geschäftsleitung überhaupt nicht gefallen wären. Er hatte "wichtigere" Sachen zu vermelden: In einer Abteilung gebe es jetzt eine Lärmschutzwand, die den Lärmpegel auf 95 Phon (!) senken würde.
Als Kollegen später in Einzelgesprächen wissen wollten, was denn nun mit den Entlassungen sei, kam vom Betriebsrat die Antwort: "Es ist doch noch gar nichts Konkretes raus. Wir werden erst mal abwarten."
Auf der Betriebsversammlung ist es den Sozialdemokraten wie Lück (Betriebsratsvorsitzender) noch gelungen, die Kollegen ruhig zu halten und den "Betriebsfrieden" zu erhalten. Anders war es aber schon auf der getrennt abgehaltenen Betriebsversammlung von etwa 5 000 türkischen Kollegen, die über vier Stunden dauerte: Hier wurden Forderungen gestellt, und hier kam der Standpunkt der Arbeiter klar zum Ausdruck. Vielleicht hat diese Stimmung dazu geführt, daß auf dieser Versammlung von Personalüberhang und ähnlichem nicht die Rede war. Bei den türkischen Kollegen zieht es die Geschäftsleitung wahrscheinlich vor, die Massenentlassungen nach und nach oder nur über Aushänge bekanntzugeben.
Die Sprecher der türkischen Kollegen haben auf der Versammlung eindeutig erklärt: Wir wollen weder über Weihnachten noch in der Zeit danach Kurzarbeit. Wir sind überhaupt gegen Kurzarbeit. Wir wollen anständig am Tag acht Stunden arbeiten, damit wir endlich wieder normalen Verdienst haben. Deshalb brauchen wir auch mehr Weihnachtsgeld.
Andere Kollegen prangerten die unmenschlichen Wohnverhältnisse in den Heimen des "Ford-Sozialwerks" an: Da ist kein Warmwasser; überall Ungeziefer, und die Mieten sind viel zu hoch: 102 DM pro Mann für ein Dreibettzimmer. Die Kollegen fordern schon seit längerem die Kürzung der Mieten auf 60 DM.

Ford-Aufbauzelle, O.H.

Unfälle bei Klöckner

Bremen. In der Nacht von Sonnabend, den 25. November, auf Sonntag, den 26. November, ereignete sich auf der Klöckner-Hütte ein schwerer Unfall. Ein Elektriker, 25 Jahre alt, mußte im LD-Stahlwerk einen Kran reparieren. Der genaue Unfallhergang ließ sich von uns noch nicht ermitteln, aber offensichtlich war es so: Der Kollege wollte auf einem Kran einen Motor reparieren. Während er an diesem Kran arbeitete, kippte daneben ein anderer Kran Eisenspäne in den Konverter. Dabei schlugen etwa 20 Meter hohe Flammen aus dem Konverter, die den jungen Kollegen erfaßten. Er erlitt Verbrennungen bis zu 68 % an Beinen, Oberkörper, Armen und Kopf. Wie es um ihn steht, ist noch nicht bekannt. Am Donnerstag, den 28. November, soll er nach Stuttgart gebracht worden sein.

Wer ist schuld?

Im Konverter wird aus Schrott und Roheisen Rohstahl geschmolzen. Während der eine Kran von rechts den Konverter mit Schrott beschickt (in diesem Fall offensichtlich Eisenspäne), bringt der andere Kran von links das flüssige Roheisen. Im LD-Werk herrscht ständig Arbeitshetze, besonders zur Zeit, weil die Kapitalisten möglichst viel Stahl auf Lager haben wollen, wenn sie über die Weihnachtszeit einen Teil der Anlagen, den neuen Hochofen, die Stranggießanlage und die Blockbrammstraße generalüberholen lassen. Dieser Arbeitshetze ist auch dieser Kollege zum Opfer gefallen. Hätte die Produktion geruht während der Reparatur, wäre nichts passiert. Aber das hätte "kostbare" Minuten gekostet.

Es ist müßig, danach zu fragen, ob der Kollege nicht vielleicht selbst schuld hat, denn warum geht er überhaupt drauf? Der Kollege war erst wenige Wochen bei Klöckner und schon alleine auf Schicht, ohne mit den Gefahren und Arbeitsbedingungen vertraut zu sein. Und als Neuer wird er sich nur schwer zu wehren verstehen, wenn Meister oder Vorarbeiter ihm sagen, daß er da rauf soll. Außerdem stellt Klöckner seit kurzem ständig neue Elektriker ein, wo bisher keine zu bekommen waren und chronische Unterdeckung herrschte. Im LD ist Zeit Geld und die Sicherheit der Belegschaft zählt wenig. Die Kollegen können sich nur schützen, wenn sie gemeinsam Front machen gegen die Kapitalisten und ihre Unteroffiziere. Sie müssen derartige Arbeiten verweigern, wenn die Produktion läuft. Nur wenn sie sich gemeinsam wehren und bei derartigen Aufträgen sofort den Betriebsrat einschalten, können solche Unfälle verhindert werden.

Betriebszelle Klöckner Bremen, D.

DGB-Rechtssekretär wieder gekündigt

Mannheim. Nachdem das Arbeitsgericht die fristlose Kündigung für unwirksam erklärte, hat der DGB den Rechtssekretär S.Baier ohne Angabe von Gründen erneut entlassen, diesmal fristgerecht. Beim ersten Mal wurde ihm Mitgliedschaft im KBW vorgeworfen. Am 28.Oktober hatte sich die weitaus überwiegende Zahl der Redner auf der Kreisdelegiertenversammlung für seinen Verbleib ausgesprochen. Nach seiner ersten Kündigung hatte Baier die Zulassung als Rechtsanwalt beantragt. Er erfuhr am 27.November, daß seine Zulassungsurkunde vom Justizministerium angehalten worden sei. Wegen seiner Mitgliedschaft im KBW bestünde der Verdacht, er würde die freiheitlich-demokratische Grundordnung in strafbarer Weise bekämpfen.

Neckargemünd. Die Kündigung von 5 Ärzten im Rehabilitationszentrum, die mit ihren Unterschriften gegen die Kündigung von 5 Sozialpädagogen protestiert hatten, wurde zurückgenommen. Auf einer Betriebsversammlung wurde für die anderen 5 ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Eine wiedereingestellte Ärztin wurde mit großer Mehrheit in den Wahlausschuß für die Betriebsratswahlen gewählt.

Rationalisierung bei Felten & Guilleaume

Kurzarbeit und Entlassungen

Die Kollegen organisieren die Schritte des Widerstandes im Betrieb

Die gegenwärtige Entwicklung bei Felten & Guilleaume in Köln-Mülheim ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Kapitalisten die Krise für ihre Zwecke nutzen wollen. Gleichzeitig zeigt sich bei F & G, daß die Krise zwar eine bestimmte Verschlechterung der Kampfbedingungen darstellt, daß aber andererseits gerade durch die Krise die Frage nach der Alternative zum Kapitalismus unmittelbar gestellt wird. Die Betriebsversammlung bei F & G am 27. November hat das deutlich gezeigt.

Die Konjunkturkrise ist ein willkommener Vorwand für Rationalisierungen

Bei F & G versucht die Geschäftsleitung gegenwärtig, Kurzarbeit und Entlassungen einzig und allein auf die Konjunkturkrise zurückzuführen.
Tatsache ist, daß die gegenwärtige Konjunkturkrise die Absatzchancen der Kabelindustrie verschlechtert hat. Auf einer Besprechung im Bundespostministerium am 8. November wurde den anwesenden Betriebsräten und Unternehmern aus der Kabelindustrie mitgeteilt, daß die Post 1975 25 % weniger Doppeladerkilometer abnimmt als 1974.
Tatsache ist aber auch, daß bei F & G 1972 eine Organisationsabteilung in der Konzern-Holding eingerichtet wurde, die Vorschläge für die Neuorganisation des Konzerns ausgearbeitet hat.
Es stand also schon lange vor der gegenwärtigen Wirtschaftskrise fest, daß hier in Mülheim Teile des Werkes dichtgemacht werden sollen.
Seit 1972 verringerte die Geschäftsleitung die Belegschaft im Kabelwerk von 5 200 auf 3 800 Mann; in der gleichen Zeit stieg der F & G-Umsatz über die Milliardengrenze und liegt 1974 bei 1,2 Milliarden DM. Im Oktober 1974 hat die Geschäftsleitung einen weiteren Personalabbau für 1975 angekündigt. Insgesamt 200 Mann sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Die F & G-Kapitalisten benutzen also die gegenwärtige Wirtschaftskrise als Vorwand, um langfristig geplante Entlassungen durchzuführen.

Die Taktik der Geschäftsleitung

Im Moment sind sie in einer relativ günstigen Situation. Durch die Krise ist die Angst vor der Arbeitslosigkeit unter den Kollegen größer geworden. Mit der Einführung von Kurzarbeit versucht die Geschäftsleitung diese Angst noch weiter zu schüren. Nachdem der Betriebsrat im Oktober den Antrag auf Kurzarbeit abgelehnt hatte, stimmte die Einigungsstelle unter Vorsitz des Siegburger Arbeitsgerichtsdirektors Friedrich dem Antrag zu. Danach sollen rund 400 Kollegen in der Fernmeldeproduktion im Dezember 6 Tage kurzarbeiten. Der Betriebsrat hat beim Arbeitsgericht Widerspruch eingelegt.
Um den angestrebten Personalabbau möglichst geräuschlos über die Bühne zu bringen, gehen die F&G-Kapitalisten auf zwei Wegen vor:
1) Keine Massenentlassungen; denn Entlassungen von mehr als 50 Kollegen im Monat müssen vom Arbeitsamt genehmigt werden. Stattdessen flattern dem Betriebsrat jeden Tag bis zu 5 Kündigungsanträge auf den Tisch.
2) Gleichzeitig werden "überflüssige" Kollegen auf schlechtere Arbeitsplätze umgesetzt. Man hofft in den Vorstandsetagen, daß die Kollegen die Nase bald voll haben und freiwillig kündigen.

Bisher hat die Geschäftsleitung mit ihrer Taktik nicht viel Erfolg gehabt, denn der Betriebsrat verweigert die Zustimmung zu den Kündigungsanträgen. Das ist gut so. Genauso ist es richtig, daß er die Zustimmung zur Kurzarbeit verweigert hat. Aber es ist klar, daß der Betriebsrat alleine nicht viel machen kann. Gegen die Verunsicherungs- und Spaltertaktik der Kapitalisten müssen die Kollegen Solidarität und Geschlossenheit in den eigenen Reihen herstellen. Wie das aussehen muß, haben die Kollegen aus der Schlosserei im Kupferwerk gezeigt.
Vor etwa 4 Wochen wurde dort von der Betriebsleitung eine Liste ausgegeben, auf der der Lohnschreiber Kollegen für die Kündigung vorschlagen sollte. Wie so etwas aussieht, weiß man ja. Auf solchen Abschußlisten stehen solche Kollegen ganz oben, die sich nicht alles gefallen lassen oder die öfter krank sind. Diese Schnüffelei haben sich die Schlosser nicht bieten lassen. Sie haben aufgehört zu arbeiten, über die Schweinerei diskutiert und verlangt, daß die Denunziantenliste vernichtet wird. Das ist auch sehr schnell passiert.

Klare Fronten auf der Betriebsversammlung

Vorstandsmitglied Simon versuchte auf der Betriebsversammlung die alten Märchen unter die Leute zu bringen. Von "gemeinsamen Anstrengungen" war viel die Rede. Und die Hetze gegen die "linken Blätter vor dem Tor" durfte auch nicht fehlen. Vor allem wandte er sich dagegen, daß wir in der EINHEIT (Betriebszeitung unserer Zelle) aufgedeckt hatten, daß die Auswirkungen der Rationalisierung für die Kollegen im Kapitalismus nur Nachteile bringen. Er meinte wohl einen ganz großen Treffer zu landen, als er die Notwendigkeit der Rationalisierungen begründete: "Sie waschen ja auch nicht mehr mit dem Waschbrett wie vor 80 Jahren, sondern mit der Waschmaschine." Ein Betriebsrat hat ihm sofort die richtige Antwort gegeben: "Wir haben die Waschmaschine aber nicht angeschafft, um unsere Frauen wegzurationalisieren."
Der Betriebsratsvorsitzende Feckler forderte in seinem Beitrag den 7-Stundentag, "dann wären auch keine Entlassungen nötig".
Daß den Kapitalisten kein Trick zu schmutzig ist, zeigte ein Betriebsrat aus Kabel 1 auf. Der Betriebsleiter war mit 5 Kündigungsanträgen zu ihm gekommen; Begründung: zu hohe Fehlzeiten. Als der Betriebsrat mit den betroffenen Kollegen darüber sprach, stellte sich heraus, daß einer Arbeiterin ihr Schwangerschaftsurlaub als Fehlzeit angerechnet worden war. Er hat selbstverständlich die Kündigungen abgelehnt. Über diese Sauerei empörten sich alle Kollegen auf der Betriebsversammlung.
Wenn man die Betriebsversammlung als Barometer für die Stimmung unter den F&G-Kollegen nimmt, dann läßt sich folgendes feststellen:
Die Geschäftsleitung ist vollständig auf die Nase gefallen mit ihrem Versuch, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Kurzarbeit und Entlassungen zu überzeugen. Es ist deutlich geworden, daß viele Kollegen erkannt haben, daß es im Kapitalismus niemals sichere Arbeitsplätze geben kann, daß es niemals eine Gemeinsamkeit von Arbeitern und Kapitalisten geben kann. In allen Beiträgen wurde das ganze System in Frage gestellt. "Wenn die Unternehmer die Lust am Investieren verlieren, können wir ja den Laden übernehmen", "Auf die Unternehmer können wir gerne verzichten", "Wir werden hier sowieso nur als Kostenfaktor behandelt", so oder ähnlich lautete die Meinung der Kollegen. Hier müssen wir Kommunisten ansetzen und in den Gesprächen auf konkrete Fragen konkrete Antworten geben.
Gegenwärtig kommt es darauf an, die Front gegen Kurzarbeit und Entlassungen im ganzen Betrieb aufzubauen, nicht nur in den betroffenen Abteilungen. **Der erste richtige Schritt dazu ist getan worden. Zwei Tage nach der Betriebsversammlung haben die Kollegen, die in Kabel 1 ab 2.12. kurzarbeiten sollen, einstimmig beschlossen, am 2.12. in den Betrieb zu kommen und Arbeit zu verlangen.** Die Kollegen haben erkannt: Der Widerspruch des Betriebsrats gegen die Entscheidung der Einigungsstelle war richtig; aber im Kampf gegen die Kurzarbeit und Entlassungen kann man sich nicht auf die bürgerlichen Gerichte verlassen, man muß auf die eigene Kraft vertrauen und sich zusammenschließen.

Aufbauzelle F&G



Streikposten vor der Hamburger Klavierfabrik Steinway. In der fünften Woche streiken die Kollegen. Am Donnerstag, 28.11.74, fand ein Gespräch zwischen Arbeitgeberverband, Gewerkschaft und Senator Weiß statt. Bis Redaktionsschluß der KVZ am Dienstag, 3.12., lag kein Ergebnis vor.

IG-Metall Forderungen

Teves Gifhorn: Facharbeiterabteilungen fordern: 300 DM mehr

Der Nordrhein-Westfalen Stahlabschluß und die Forderungen in Hessen, Bremerhaven, Nordrhein-Westfalen und Bayern im Metallbereich von 11 bis 12 % brachten die Diskussion unter den Kollegen in Gang. Viele Kollegen meinten, daß die Forderungen zu niedrig sind und daß man eine höhere Forderung aufstellen müßte, obwohl die Durchsetzung einer höheren Forderungen wohl nicht recht möglich sei, weil man auf die Verhandlungen keinen Einfluß hätte. Einige Kollegen überlegen: Wenn bei einer 11 %-Forderung ein Stabilitätsangebot von 9 % gemacht wird, würde wohl kaum ein Kollege um 2 % den Streik aufnehmen und somit die Verhandlungen beeinflussen. Denn: Um 2 % lohnt sich das Streiken nicht bei einer ohnehin zu niedrigen Forderung.
Deshalb wurde in den Facharbeiterabteilungen eine Resolution für **300 DM linear** von 90 % der gewerkschaftlich organisierten Kollegen unterstützt, die an den Vertrauenskörper und die Tarifkommission geleitet werden soll. Diese Resolution geht weiter im Betrieb herum und es steht zu erwarten, daß sie auch in den Produktions- und Verwaltungsabteilungen in gleicher Weise unterstützt wird.

–KBW-Teveszelle Gifhorn–

**Mainz. Auf der Sitzung der Großen Tarifkommission Rheinhessen/Pfalz der IGM, auf der eine Lohnforderung von 11 % beschlossen wurde, wurde auch über die verschieden hohen Tarifgruppen gesprochen. In einem Bericht von der Sitzung, der die KVZ erreichte, heißt es: "Ein Ludwigshafener Kollege führte aus, daß die Unterschiede zwischen den Gehältern der Tarifgruppen zu groß sind, siehe Ludwigshafen-Mannheim. Er stellte fest, daß wir in Rheinland-Pfalz unterbezahlt sind. Sepp Rosenthal stellte daraufhin die K 5-Gruppen zum Vergleich, in der in Rheinland-Pfalz mehr verdient wird. Die Diskussion darüber verlief im Sande, da man sich plötzlich einig war, daß diese Unterschiede zu groß seien, um sie abschaffen zu können."
Die Delegierten geben also von vornherein den Kampf für die Verbesserung der Tarifgruppen auf.**

Am 28.11.1974 fand bei Siemens Hofmannstraße München eine Mitgliederversammlung der IG Metall statt. Auf dieser Versammlung, zu der ca. 100 Kollegen erschienen waren, wurde das Vorgehen der IGM-Führung scharf kritisiert und ebenso die 11 %-Forderung zurückgewiesen. Die erschienenen Kollegen verabschiedeten gegen die Stimmen der Mehrheit der Betriebsräte und des Ortsvorstandes der IG Metall München die Forderung 50 DM und 14 %.

Ludwigsburg:
Die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Ludwigsburg hat in ihrer Sitzung vom 30.11.74 folgende Tarifforderung aufgestellt: 12 % Lohn- und Gehaltserhöhung, mindestens aber 80 Pf/Std. Für Auszubildende 110 DM für alle Lehrjahre.

Waiblingen: Kein Beschluß ohne Diskussionen im Betrieb

Am 19. November fand die vierte Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Waiblingen, in diesem Jahr statt. Die Lage in der Metallindustrie des Rems-Murr-Kreises: In den 25 Metallbetrieben mit über 300 Mann Belegschaft sind bis jetzt etwa 20 % der Kollegen von Kurzarbeit betroffen, das sind rund 2 500 Arbeiter und 400 Angestellte. Von diesen 25 Betrieben sind bisher rund 3 % der Kollegen entlassen worden. Andererseits werden in der Hälfte dieser Betriebe noch Überstunden gearbeitet. Die Versammlung beschloß, daß noch keine konkrete Lohnforderung aufgestellt werden soll, weil die Große Tarifkommission von Nordwürttemberg-Nordbaden erst am 18. Dezember tagen wird und vorher die Lohnforderungen aufgrund der Diskussion im Betrieb aufgestellt werden sollen.
Welche Lohnforderung ist notwendig?
In den Stellungnahmen der weiteren Redner kamen folgende Gesichtspunkte zum Ausdruck: Die unteren Lohngruppen müssen stärker angehoben werden, weil die von der wirtschaftlichen Verschlechterung am stärksten betroffen sind. Die Forderung muß zweistellig sein, Lohnverzicht darf keiner geübt werden. In einigen Beiträgen wurde ein Betrag von 150 DM bzw. 180 bis 200 DM angesprochen, der mindestens für jeden herauskommen sollte.

Wann geht der Ofen aus?

Arbeitsplätze im Siemens-Martin-Werk bedroht

Das Gewerbeaufsichtsamt Oberhausen hat der Thyssen Niederrhein AG hier in Oberhausen die Auflage gemacht, das Siemens-Martin-Werk zu entstauben. Das muß bis Ende 1976 geschehen sein und würde die Thyssen-Kapitalisten mehrere Millionen Mark kosten. Betroffen wären von einer Stillegung rund 2 000 Arbeiter. Da sich die Herren weder mit dreckiger Luft noch mit den Interessen der Arbeiter auseinanderzusetzen haben, wird wohl die Entstaubungsanlage nicht eingebaut werden. Die Stahlerzeugung nach dem Siemens-Martin-Verfahren ist veraltet. Während 1961/62 rund 50 % des Stahls im Thyssen-Konzern nach Siemens-Martin hergestellt wurden, so waren es 1973 nur noch 12 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil des Oxygenstahls von 4 % auf 84 % an. Außerdem wurde ins Oberhausener Siemens-Martin-Werk seit 1968 keine müde Mark mehr hineingesteckt. Die Stahlerzeugung ist den Thyssen-Kapitalisten hier in Oberhausen einfach zu teuer. Da aber im Augenblick der Stahl weggeht wie warme Semmeln, lohnt es sich noch, hier zu produzieren. Sollte allerdings die Stahlkonjunktur nachlassen, ist hier wohl im wahrsten Sinne des Wortes der Ofen aus. Da man im Augenblick noch einen schönen Reibach machen kann, ist man vom Vorstand aus bemüht, uns bei der Stange zu halten. Auf der letzten Belegschaftsversammlung, wo die Kollegen eine klare Antwort haben wollten, wurde von den technischen Schwierigkeiten gesprochen. Es wurde weder Ja noch Nein gesagt. Die Stimmung bei den Kollegen ist Wut und Unsicherheit. Viele, vor allem jüngere Arbeiter, haben gekündigt. Sie haben Lohneinbußen in Kauf genommen, um aus dieser Knochenmühle herauszukommen und nicht morgen auf der Straße zu liegen. Wer die Arbeitslosenzahl in Oberhausen kennt, weiß, daß es nicht leicht ist, hier Arbeit zu finden. Eins kann man aber schon heute sagen: viele Kollegen werden sich 1976 wiedersehen, allerdings auf dem Arbeitsamt.

H., Arbeiter bei Thyssen,
Niederrhein Oberhausen

Für Thyssen ein Spitzenjahr

Duisburg. Das Geschäftsjahr 1973/74 bis 30.9. ist ein neues Rekordjahr für die Stahlkapitalisten geworden. Die August-Thyssen-Hütte will die Dividende von 10 auf 14 % erhöhen. Außerdem werden die Rücklagen erhöht. Dieser Höchstsatz ist bisher erst einmal gezahlt worden, und zwar 1969/70.
(Nach: Kölnische Rundschau 20./21.11.)

Kündigung – wie es der Bundesanstalt für Arbeit gefällt

Frankfurt. Die Rationalisierungswelle in bundesdeutschen Betrieben hat inzwischen auch den Frankfurter Aspekte-Verlag erreicht. Vier Angestellte wurden gekündigt. Dabei wurde auf gesetzliche Bestimmungen keine Rücksicht genommen und die Kündigungsfrist nach dem Gutdünken der Verlagsleitung gekürzt. Unter den Gefeuerten befand sich auch ein älterer Arbeitnehmer, der häufig wegen langwieriger Erkrankungen gefehlt hatte.
Und noch eine Information: Der Frankfurter Aspekte-Verlag untersteht direkt der Bundesanstalt für Arbeit.

–dt–

"Augen aufgeleuchtet"

Stuttgart. Der Ortsjugendausschuß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, welcher am 16.9.1974 von den Jugendlichen der HBV gewählt wurde, ist am 13.11.1974 vom Ortsvorstand der HBV aufgelöst worden mit der Begründung, der OJA würde mit linksextremistischen Gruppen zusammenarbeiten. Die Zusammenarbeit mit linksextremen Gruppen leitet sich daher ab, so meinte der Ortsvorstand, daß Mitglieder des OJA gesehen worden wären, als diese eine Zeitung einer solchen Organisation gelesen hätten und ihre Augen beim Lesen aufgeleuchtet seien.

–U.–

Lehrlinge nicht übernommen

Bisher wurden von der Firma Weingarten AG alle Lehrlinge, die ihre Ausbildung in der Firma beendet hatten, in ein Arbeitsverhältnis übernommen.
Doch dieses Jahr werden allein von den ungefähr 24 gewerblichen Lehrlingen 12 Lehrlinge nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen. Die Geschäftsleitung gibt schlechte Leistungen der Lehrlinge als Grund für die Nichtübernahme in ein Arbeitsverhältnis an. Doch das ist nichts anderes als eine üble Lüge, und das läßt sich beweisen:
Von 12 Lehrlingen haben zwei Elektriker in der letzten Zwischenprüfung im praktischen Teil ein Sehr gut bzw. Gut. Neun weitere haben Zeugnisdurchschnitte von 2,5 bis 3,5. Auch die Berichte aus den Partien in der Produktion waren anfangs zugunsten der Lehrlinge, bis die Geschäftsleitung die Partieführer massiv einschüchtern ließ.
Der wahre Grund für die Nichtübernahme sind also nicht die schlechten Leistungen, sondern die kapitalistische Krise. Die Weingarten-Kapitalisten versuchen in ihr durch Abbau der Belegschaft und Verlagerung der Produktion ins Ausland ihre Profite zu sichern. Während die Kapitalisten so ihre Bilanzen bereinigen, stehen wir entweder auf der Straße oder sind einer verstärkten Disziplinierung (z.B. durch zunehmende Verwarnungen) im Betrieb und verschärften Angriffen von Seiten der Kapitalisten ausgesetzt.
Gegen diese Angriffe müssen wir deshalb den Kampf aufnehmen unter der Forderung nach Aufnahme aller Lehrlinge in ein Arbeitsverhältnis!
Dabei müssen wir jede Trennung in gute, weniger gute und schlechte Kollegen vermeiden, denn hier werden die Weingarten-Kapitalisten versuchen, uns zu spalten.

Zelle Maschinen-Fabrik
der Sympathisantengruppe des KBW
Ravensburg/Weingarten

Solidarität braucht Grundlagen - Geschlossenheit ohne richtige Forderung ist nicht möglich

Einige Argumente zur gegenwärtigen Auseinandersetzung in der ÖTV.

Im folgenden beschäftigen wir uns mit Argumenten, die einem "Schnellbrief" des Bezirksvorstandes der ÖTV vom letzten Freitag entstammen. Diese Argumente laufen darauf hinaus, daß man jetzt alle Differenzen zurückstellen muß, damit man gegenüber der Regierungsseite ein geschlossenes Bild abgibt. Diese Argumente sind deswegen wichtig, weil sie erhoben werden im Zusammenhang mit einer Kritik am Vorgehen des Hauptvorstandes und einer Rechtfertigung der Hamburger Vertreter in der Großen Tarifkommission, die sagen, daß sie sich halt nicht hätten durchsetzen können.

Wir zitieren die Schlußpassage des Eilbriefes:
"Unsere Vertreter in der Großen Tarifkommission sind mit ihren Auffassungen in der Minderheit geblieben. Die Entscheidung der Großen Tarifkommission ist gefallen. Es ist selbstverständlich, daß diese Entscheidung auch für uns verbindlich ist. Jetzt kann es um nichts mehr anderes gehen, als die beschlossene Forderung durchzusetzen. Nachdem die Tarifbewegung für 1975 begonnen hat, darf es unter uns keinen Streit geben. Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen schwächen nur unsere Kraft und nutzen nur unseren Gegnern. Wir müssen gemeinsam und solidarisch handeln. Nur so wird es uns gelingen, auch in der Tarifbewegung 1975 erfolgreich zu sein."
Demgegenüber muß festgehalten werden, daß selbst die richtigsten Prinzipien in Unsinn umschlagen, wenn sie für eine falsche Sache herhalten müssen. Denn:

– Ein tatsächlicher Erfolg ist in der Tarifbewegung 1975 schlecht möglich. Voll durchgesetzt bedeutet diese Forderung bei 1 300 DM (und es sind zehntausende, die in dieser Größenordnung verdienen) lumpige 128 DM **brutto** und einmal im Jahr 300 DM. Selbst die volle Forderung wird dazu führen, daß einige tausend Ratenzahlungen nicht erfüllt werden können. Daß einige tausend ihr Auto verkaufen werden müssen. Wenn einer in der Familie arbeitslos wird, dann wird es wirklich knapp. Und selbst ein voll **durchgesetztes Urlaubsgeld** wird bei sehr, sehr vielen Kollegen dazu dienen müssen, das eine oder andere Kleidungsstück für die Kinder anzuschaffen. Nix wird sein mit "Urlaubsgestaltung". Dies trifft nicht für alle Kollegen zu. Aber für viele trifft es genau zu. Auch in der Tarifbewegung für 1975 *"erfolgreich"* sein, das ist unter solchen Bedingungen ein schönes Wort. Aber das falsche Wort.

– *"Wir müssen gemeinsam und solidarisch handeln."* Richtig, das müssen die Lohnabhängigen, sonst wird mit ihrer Arbeitskraft Schindluder getrieben. Aber, gemeinsam hat man Interessen. Solidarität ist eine handfeste Sache. Wenn die Grundlagen für Gemeinsamkeit und Solidarität nicht handfest sind, wie soll man sich da fest zusammenschließen. So wie die Forderung jetzt steht, bringt sie einen handfesten Betrag bloß für diejenigen, die überdurchschnittlich verdienen.
Und das wird im Gang der Verhandlungen noch ärger werden. Die Regierungsseite wird sofort die Spaltungsmöglichkeiten erkennen. Sie wird auf das Urlaubsgeld losgehen, das für alle gleich sein soll, sie wird den Sockelbetrag angreifen, der auch für alle gleich sein soll. Es wird sich eine Lage ergeben, wo der Abschluß für die unteren Lohngruppen völlig unerträglich ist, während für die höheren Löhne die Sache sowieso gelaufen ist. So etwas ist kein guter Nährboden für die Entwicklung von Gemeinsamkeit und Solidarität.
– *"Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen schwächen nur unsere Kraft und nützen nur unseren Gegnern."* Das ist doppelt falsch. Denn, zum ersten sind Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen völlig unvermeidlich, wenn man eine Forderung aufstellt, die die eigenen Reihen spaltet. Das wirkt sich jetzt noch nicht so stark aus, wird sich aber sofort auswirken, wenn die Verhandlungen beginnen. Zweitens werden angesichts einer solchen Forderung immer Kollegen aufstehen, die die Auseinandersetzung suchen, weil sie sehen, daß es anders keine Einheit geben wird. Bekanntlich fällt die Gewerkschaftseinheit den Arbeitern niemals in den Schoß, sondern die Kapitalisten, in unserem Fall die Regierungsseite, haben stets versucht, durch entsprechende Entlohnung zu spalten. Die gegenwärtige Forderung kommt diesem Interesse der Regierungsseite entgegen. Hier "Einheit", "Einheit" zu rufen, auf der "Schädlichkeit von Auseinandersetzungen" herumzureden, bedeutet, zu verlangen, daß die Beschäftigten blindlings dem Hirten nachlaufen, der sie zur großen Schur treibt. Dies "nützt unseren Gegnern", keineswegs aber die Auseinandersetzung um einen Kurswechsel.
– *"Jetzt kann es um nichts anderes mehr gehen, als die beschlossene Forderung durchzusetzen."* Das ist falsch. Nach wie vor sind die Interessen der Beschäftigten das Grundlegende und nach wie vor muß man davon ausgehen, wie sie zur Geltung zu bringen sind. Niemals kann die Große Tarifkommission beschließen, worin die Interessen der Beschäftigten bestehen. Sie kann sie bloß in einer Forderung zusammenfassen oder nicht. Auf Anraten des Hauptvorstandes hat sich die Große Tarifkommission entschlossen, die Interessen des Hauptvorstandes in einer Forderung zusammenzufassen. Jetzt werden sich die Interessen der Beschäftigten einen Weg suchen müssen. Denn fest steht, sie sind nicht weg und von den politischen Zwecken Heinz Klunckers kann niemand seine Raten zahlen oder die Miete. Worum es jetzt geht, ist: wie die Interessen der Beschäftigten durchgesetzt werden können unter der erschwerenden Bedingung dieser Forderung.

– *"Die Entscheidung der Großen Tarifkommission ist gefallen. Es ist selbstverständlich, daß diese Entscheidung auch für uns verbindlich ist."* Was heißt da verbindlich? Wenn ein Abschluß herauskommt, der Lohnabbau bedeutet, dann wird in den Betrieben, Ämtern sowieso versucht werden, nocht etwas herauszuholen. Dagegen kann sich ein Gewerkschafter gar nicht aussprechen. Wenn die Beschäftigten nicht mehr durchsetzen können im Lohnkampf, eine schöne Sorte Verbindlichkeit, die ihnen das verbieten wollte. Darüber hinaus wird die Regierungsseite die beschlossene Forderung der Großen Tarifkommission keineswegs für "verbindlich" nehmen, sondern wird alle Möglichkeiten nutzen, um noch weiter herunter zu kommen. Das weiß jeder. Warum soll es da der Kampfkraft der Gewerkschaft, ihrem Ansehen schaden, wenn die Beschäftigten alle Mittel und Wege benutzen, um von dieser Forderung wegzukommen. Bekanntlich besteht das Ansehen und die Kraft einer Gewerkschaft darin, daß sich die Kapitalisten oder in unserem Falle die Regierung von ihren Mitgliedern fürchtet. Warum sollte es also schaden, wenn nachdrücklich aus den Betrieben verlangt wird, daß eine Mindestforderung nachgeschoben wird? Das kann bestenfalls dem Ansehen des Hauptvorstandes schaden. Das aber ist wirklich weniger schlimm, als wenn die Mitglieder mit ansehen müssen, wie ihnen der Lohn verkürzt wird.

– Viele Sozialdemokraten sagen, ihr wollt bloß stänkern und es fällt euch selber nicht viel ein. Es geht doch im Grunde gegen die Regierungsseite, ihr aber wettert bloß gegen Hauptvorstand und Tarifkommission. Wir haben in den vorhergehenden Punkten erklärt, warum nichts übrig bleibt als den Hauptvorstand und seine Forderung von links her anzugreifen. Weil man nämlich sonst die Spaltung **im Betrieb** hat und wenn die Belegschaften Streit mit dem Hauptvorstand haben, ist das weniger schädlich, als wenn sich die Belegschaften uneinig sind. In der Tat aber würden die Kommunisten versagen und blanke Querulanten abgeben, wenn ihnen sonst nichts einfiele.
Uns geht es darum, die Kollegen im öffentlichen Dienst gegen die Regierungsseite zusammenzuschließen. Dabei sind wir der Auffassung, daß dies bloß möglich sein wird, wenn wir festhalten, daß ein jeder Abschluß unter 200 DM für die Masse Lohnabbau, Lohnraub bedeutet. Wir glauben nicht, daß gewerkschaftliches Selbstbewußtsein geschaffen werden kann auf der Basis einer Erfolgslüge. Daher wird es auch nicht möglich sein, die Forderung des Hauptvorstandes stehen zu lassen. Sie muß kritisiert werden und man muß an ihr schieben, um sie, wo irgend möglich, umzuschmeissen. Wo aber Gewerkschafter dafür eintreten, heute Kundgebungen, Veranstaltungen, Leserbriefaktionen gegen die Lohnraubpolitik der Regierung durchzuführen, dann werden wir mit ihnen gut zusammenarbeiten. Denn dies ist tatsächlich die Hauptsache.

M.F.

Briefe an den ÖTV-Vorstand

Ulrike Martinez, Freiburg, Brief an den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV mit der Bitte um Weiterleitung an die Große Tarifkommission. Dieser Brief wurde von 9 ÖTV-Mitgliedern unterzeichnet. "Die Große Tarifkommission ist am Dienstag in ihrem Beschluß der Empfehlung des Hauptvorstandes nachgekommen. Dabei ist es ganz ausgeschlossen, daß sie sich in ihrer Entscheidung auf die vorangegangene Befragung unter den Mitgliedern gestützt hat. Zumindest in fast allen größeren Städten der BRD haben die Mitglieder Festbetragforderungen zwischen 180 und 250 Mark aufgestellt. Selbst wenn in einzelnen Bereichen die Forderungen noch anders ausgesehen haben, so kann das keinen wesentlichen Einfluß auf die Höhe und den Charakter der Forderungen gehabt haben. Die Entscheidung der Großen Tarifkommission kommt den Vorstellungen der Mitglieder jedoch ganz und gar nicht entgegen. Sie ist gänzlich unzureichend, da sie für die Durchschnittsgehälter höchsten 140 Mark bringt und ist zudem ungeeignet, die Einheit im Tarifkampf herzustellen. Wir fordern die Große Tarifkommission auf, die Verhandlungen mit dem Ziel anzugehen, kein Abschluß unter 200 Mark!
ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich der Uni Freiburg, 9 Namen.

Weiter wurde ein Leserbrief aus Freiburg geschrieben, gerichtet an die Redaktion des ÖTV-Magazins in Stuttgart: "... Wie kann eine Forderung von 6 % und 50 DM Sockel den Angriff unserer Gegner parieren? Überhaupt nicht! ..."

Ludwigshafen. Der ÖTV-Sekretär Uhrig erklärte auf Anfragen von ÖTV-Mitgliedern am Städtischen Krankenhaus, eine Mitgliederversammlung zu machen, daß man keine Zeit habe, eine MV durchzuführen.

Oldenburg
Die Vertrauensleute der Universität Oldenburg verurteilen den Beschluß der Großen Tarifkommission zur Tarifrunde. Die aufgestellte Forderung ist so niedrig, daß ein Lohnabbau für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht zu vermeiden ist. Wir fordern die Große Tarifkommission deshalb auf, die aufgestellte Forderung mit einer Mindestforderung zu versehen, so daß niemand aus der Lohnrunde mit weniger als 200 bis 250 Mark rauskommt. Zugleich fordern wir, daß ein Mitglied der Großen Tarifkommission vor den Mitgliedern der ÖTV Kreis Oldenburg Stellung nimmt zu den Beschlüssen der Großen Tarifkommission und dazu, wie der Lohnkampf weitergeführt werden soll.

Vertrauensleuteversammlung der DPG

Wie die Forderung der Postgewerkschaftsführung durchgesetzt wurde

Donnerstag, den 21.11. fand bei uns eine Vertrauensleuteversammlung der Deutschen Postgewerkschaft statt, auf der die Forderung der Tarifrunde beraten wurde. Da es bisher keine gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit gegeben hatte, waren die Vertrauensleute nicht von den Kollegen gewählt, sondern Freiwillige.

Vom Ortsvorstand wurde auf dieser Sitzung zuerst ein Bericht über die Forderungen der Ortsausschüsse gegeben (Ortsjugendausschuß, Ortsarbeiterausschuß, Ortsangestelltenausschuß). Diese Ausschüsse hatten eine Mischforderung von 5 %/ 40 DM Sockelbetrag beschlossen. Die Begründung für diese niedrige Forderung waren wirtschaftliche Schwierigkeiten der Post; daß eine hohe Forderung noch mehr Rationalisierung hervorruft. Eine weitere Begründung war, daß keine Streikgelder für die Durchsetzung einer hohen Forderung da seien. Von der Deutschen Postgewerkschaft wurde auch erst jetzt auf ihrem Kongreß die Einrichtung einer Streikkasse beschlossen. Nachdem dieser Vorschlag vom Ortsvorstand gemacht worden war, ist die Forderung nach einer linearen Lohnerhöhung von netto 100 DM zur Diskussion gestellt worden. Über diese beiden Forderungen wurde dann diskutiert. Für eine Mischforderung kamen in der Diskussion noch weitere Argumente, z. B. eine Mischforderung sei am besten dafür geeignet, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte sich zusammenraufen können, da eine Festgeldforderung die Arbeiter und Angestellten benachteiligt. Beamte haben nämlich weniger Abzüge. Eine Festgeldforderung würde außerdem gegen das Leistungsprinzip verstoßen und die Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen verringern. Dem wurde gegenübergestellt, daß bei einer einheitlichen Forderung jeder für den gleichen Betrag kämpft, denn die Preissteigerungen sind auch für alle gleich. Außerdem weiß bei einer Mischforderung niemand genau, wieviel bei irgendwelchen Angeboten herauskommt. Dem stimmten auch einige Kollegen zu. Nachdem eine Stunde lang über diese Forderungen diskutiert wurde, faßte ein Kollege, der viel Einfluß und Ansehen hat, die Argumente für eine Mischforderung zusammen. Dann stellte er den Antrag, erst einmal darüber abzustimmen, ob man eine Mischforderung oder einen Festbetrag fordern will. Nach diesem Redebeitrag wurde sofort darüber abgestimmt. Die Abstimmung ergab eine deutliche Mehrheit für die Mischforderung. Jetzt wurde über die Höhe der Mischforderung weiterdiskutiert. Darüber gab es dann auch sehr verschiedene Ansichten. Die einen wollten einen hohen Sockelbetrag und einen niedrigen Prozentsatz, anderen wollten das Umgekehrte. Nachdem sich die ÖTV-Forderung von 6 % und 50 DM Sockelbetrag, 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM für jedes Kind, herauskristallisiert hatte, machte der Ortsvorstand den Vorschlag, diese Forderung an den Hauptvorstand weiterzuleiten mit der Empfehlung, daß mindestens 5 % und 40 DM Sockel herauskommen sollen. Diese Ankündigung einer einkalkulierten Niederlage wurde von den Kollegen mit Empörung abgelehnt. Vor der endgültigen Abstimmung wurde noch der Antrag, eine Prozentforderung – mindestens 180 DM sowie 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM für jedes Kind und 50 % von der Lohngruppe 4 (Arbeiter) für Auszubildende gestellt. Bei der Urlaubsgeldforderung wurde vom Ortsvorstand noch versucht, Verhandlungen auf den Sommer zu verschieben, weil dann vielleicht die wirtschaftliche Lage besser sei. Damit kam er nicht durch. Alle Kollegen waren dagegen. Bei der endgültigen Abstimmung wurde dann die ÖTV-Forderung verabschiedet.
Falsch war es, den Mindestbetrag als Alternative zur Mischforderung zu stellen, obwohl klar war, daß fast alle Kollegen für die Mischforderung waren. Richtig wäre es gewesen, auch bei der Mischforderung für einen Mindestbetrag einzutreten.
Bei der ganzen Diskussion zeigte sich auch das Fehlen einer gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit im Betrieb, bei der die Kollegen die Forderungen mit ihren Vertrauensleuten diskutieren und feste Aufträge erteilen. Es kommt jetzt darauf an, unter den Kollegen eine breite Meinung für eine Mindestforderung zu schaffen und auf der Personalversammlung dafür einzutreten, sowie konkrete Kampfschritte vorzuschlagen (z. B. Kundgebung und Demonstration bei Vorlage des 1.Angebots der Post, Information der Bevölkerung durch Stände in der Stadt und Zeitungsartikel).

Telegramme aus Westberlin

Aus Westberlin wurde an die Große Tarifkommission von der Vertrauensleute-Versammlung des Klinikums Steglitz ein Telegramm einstimmig verabschiedet. Im Inhalt wurde betont, daß die Zustimmung zu der vom Hauptvorstand vorgelegten Richtlinie einer Kapitulation vor der Hetze der Unternehmer und Regierung bedeuten würde. Die Delegierten wurden aufgefordert, "unbedingt einen Festbetrag zu fordern". Es wurde nochmals darauf hingewiesen, daß die Forderung der ÖTV-Betriebsgruppe im Klinikum DM 23 bleibt.
Ein ähnliches Telegramm verschichte der ÖTV-Betriebsgruppenvorstand des Klinikums Westend.

Protesttelegramm

ÖTV-Sprecher protestieren gegen Beschluß des Vorstandes

Bremen. Am 26.11. fand im Gewerkschaftshaus die Sitzung der Vertrauensleutesprecher der Bremer ÖTV statt, um eine Empfehlung zur Tarifrunde zu beschließen. Beginn: 15.45 Uhr. Um 16 Uhr wurde ein Telegramm reingereicht, in dem den versammelten Sprechern mitgeteilt wurde, daß die große Tarifkommission den Vorschlag des Hauptvorstandes (6 % und 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM pro Kind) mit 83 gegen 18 Stimmen angenommen hat.

Empörung und Wut aller Versammelten war die Reaktion darauf: "Vor die Mitglieder können wir damit nicht, sie werden aus der ÖTV austreten, weil es eh' keinen Sinn hat, wenn der Hauptvorstand und die große Tarifkommission tun, was sie wollen." Ein Kollege sagte, was viele dachten: die SPD-Mitglieder der Tarifkommission seien halt im Interessenkonflikt und hätten sich für Bonn entschieden. Das heißt aber bei dieser Forderung, gegen die Kollegen.

Folgendes Telegramm an die große Tarifkommission wurde beschlossen:
1. Die Versammlung der Sprecher der Vertrauensleute verurteilt einstimmig aufs schärfste das Verfahren der großen Tarifkommission in der diesjährigen Traifrunde.
Zum Zeitpunkt der Beschlußfassung war der großen Tarifkommission bekannt, daß zumindest im Bereich Weser Ems die Meinungsbildung in der Mitgliedschaft über die Empfehlung des Hauptvorstandes nicht abgeschlossen war.
Es erscheint den Sprechern der Vertrauensleute für die Gewerkschaft nicht förderlich, wenn so Demokratie praktiziert wird. Dieses Vorgehen schadet der gewerkschaftlichen Arbeit und trägt dazu bei, daß unsere Organisation geschwächt wird.
2. Die Versammlung der Sprecher der Vertrauensleute spricht sich mit großer Mehrheit ebenso entschieden gegen den Vorschlag des Hauptvorstandes aus.
Es ist nicht gelungen, die konkrete Forderung, die auf dieser Sitzung mehrheitlich beschlossen wurde – **220 DM für alle – ins Telegramm aufzunehmen**, da der Kreisvorstand sich mit der Begründung weigerte, das ginge nur über die Bezirksversammlung, die erst am 28.11.tagt.
Eine Versammlung aller Bremer Vertrauensleute, auf der Mitglieder der Tarifkommission Stellung nehmen und den Beschluß begründen sollten, wurde von vielen Kollegen energisch gefordert und von der Kreisverwaltung ebenso energisch verweigert, da eine solche Versammlung in der Satzung nicht vorgesehen sei. Es soll aber baldmöglichst eine Sitzung aller Sprecher und der Delegierten stattfinden, auf der Mitglieder der Tarifkommission Stellung nehmen sollen und die Lage beraten werden soll, die durch den Überfallbeschluß entstanden ist. –n.m., aus Ortsbeilage Bremen

St.Georg, Hamburg

Am 2.12. fand im AK St.Georg eine Mitgliederversammlung der ÖTV statt, die sehr kurzfristig angesetzt war. Es kamen ca. 25 Kollegen. In einer Erklärung verurteilten die Kollegen das undemokratische Verfahren des Hauptvorstandes und der großen Tarifkommission bei der Aufstellung der Forderungen und begründeten ihre Empörung über die aufgestellte Forderung, die ihrer Meinung nach im Charakter und ihrer Höhe völlig unzureichend ist. Eine Aufforderung an die große Tarifkommission wurde leider nicht beschlossen, da die Mehrheit der Kollegen der Meinung war, daß jetzt der Beschluß eben gefällt sei und man nichts mehr daran machen könne.

„Sozialhilfe"

In Bremen sind fast 40 000 Menschen auf "Fürsorge" angewiesen

Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Preistreiberei haben in den letzten Jahren immer mehr Menschen in eine Lage gebracht, wo sie von ihren "normalen" Einkünften, Lohn, Arbeitslosenunterstützung oder Rente nicht mehr ihre Existenz fristen können. Sie fallen in die Hände der staatlichen "Fürsorge".

In den letzten Jahren haben sich die Ausgaben des Staates für die "Sozialhilfe" verdoppelt. Schon 1973 wurde der Stand von 5,66 Milliarden erreicht.

Wie sieht z. B. die Situation in Bremen aus?

Schon von 1971 zu 1972 ist die Zahl der Menschen, die der staatlichen "Fürsorge" ausgeliefert sind, sprunghaft, um 20 % gestiegen. In diesem Jahr kann man mit insgesamt 40 000 Fällen rechnen (bei einer Bevölkerung von ca. 570 000). Davon sind fast 50 % Rentner. Fast 20 000 davon erhalten "Sozialhilfe" als laufende "Hilfe zum Lebensunterhalt", das heißt neben ihrem Lohn oder neben ihrer Rente usw. Dabei ist das Elend keineswegs flüchtiger Art. 80 % sind schon seit mindestens 2 Jahren auf diese Brosamen angewiesen. Diese Tatsache wirft ein Licht darauf, wie sich die absolute Verelendung in der Arbeiterklasse ausbreitet.

Geht man von den Stadtteilen aus, verrät die Statistik noch einiges mehr. Natürlich ist die Zahl der Fälle im Villenviertel Schwachhausen gering, in Kattenturm liegt sie aber schon bei 8,4 % und in Rablinghausen sogar bei 9,5 %. Dort leben die Arbeiter und kleinen Angestellten. In Osterholz-Tenever findet man Straßen, wo 27 % der Bewohner ohne die staatlichen Zugaben verhungern würden. Das liegt vor allem an den wahnsinnigen Mieten, vor denen die vielen kinderreichen Familien dort kapitulieren müssen. Grad viele, die erst jüngst dorthin gezogen sind, weil man sie woanders vertrieben hat, fallen an das entwürdigende Los, beim Staat um Lebensfristung anstehen zu müssen, weil die Bezahlung der eigenen Arbeitskraft nicht reicht. Besonders arg sind die Frauen dran, die mit 3-4 Kindern alleine dastehen, Geschiedene oder Witwen.

Wie wir von einem Bediensteten aus der Behörde erfahren haben, hat der Staat für 1975 nicht vor, die "Sozialhilfe"sätze zu erhöhen. Das Elend wird also zunehmen.

In den Vierteln führt das Elend häufig zu einem zermürbenden Kleinkrieg untereinander. Gerade die, die "Sozialhilfe" zu ihrem Lohn erhalten, sind häufig verbittert über andere, die überhaupt nicht arbeiten und teilweise völlig deklassiert sind. Viele grämen sich aus Scham, von der staatlichen "Fürsorge" abhängig zu sein und leben in ständiger Angst, noch weiter abzusinken. Andere sind völlig verbittert und geben sich auf. "Mir ging es so elend, niemand hat sich um mich gekümmert, jetzt kümmere ich mich auch um nichts mehr", bekommt man zu hören. Unter diesen Umständen kommt es täglich zu Tragödien.

Der Staat predigt die Moral, daß jeder mit eisernem Willen es zu was bringen könne. Die Mehrheit ist davon noch beeinflußt, rückt von den Deklassierten ab. Trotzdem wächst die Zahl derer, die aufstehen und erkennen, daß sie gemeinsam etwas tun müssen.

Aber es kommt vor, daß Mieter, die gegen die Ausplünderung durch die Wohnungsbaugesellschaften zu kämpfen begonnen haben, danach verlangen, daß die "Asozialen" aus der Straße herausgesetzt werden. Und die Gesellschaften greifen das begierig auf, streuen selbst bewußt solches unter die Leute. Sie wissen, daß sie so die Front spalten können.

Sie können die Rebellion von sich ablenken.

Wenn so die Widersprüche im Volk nach vorne gekehrt werden und sich die Feinde des Volkes dahinter verbergen können, wird die spalterische Funktion dieser staatlich verwalteten "Barmherzigkeit" offenbar. Indem der Staat die ärmsten Teile der Arbeiterklasse und des Volkes durch seine bürokratische Gängelei demütigt, sie in einen würdelosen Zustand zwingt, will er sie abspalten und zugleich durch völlige Abhängigkeit der Rebellion den Garaus zu machen.

Die Arbeiterklasse kann dem dadurch entgegentreten, daß sie für alle Fälle des Verlustes der Arbeitsfähigkeit (Unfall, Krankheit, Alter, Invalidität, Schwangerschaft und Geburt, Witwen- und Waisenschaft) und für den Fall der Arbeitslosigkeit alle in Lohnarbeit stehenden Menschen und ihre Familien sicherstellt. Diesen Zweck verfolgen die Forderungen des Programms des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.

GUV-Bremen/Red.



Auf dem Münchener Arbeitsamt

So ergeht es den Arbeitslosen

Die Arbeiter in den Betrieben müssen Kontakt zu den arbeitslosen Kollegen halten

Hildesheim. Ich war wohl der 50ste in der langen Stuhlreihe vor dem Zimmer 34. Es gibt am Hildesheimer Arbeitsamt nämlich nur 1 Zimmer, das die Anträge der Arbeitslosen bearbeitet und das bei ca. 7 000 Arbeitslosen. Neben mir saß ein älterer Kollege: "1 800 DM netto habe ich bekommen," so fluchte er, "jetzt krieg ich noch 587. Und weißt Du warum, nur weil ich vor meiner Kündigung krank war und bekanntlich rechnen die ja nur das aus, was Du in den letzten 20 Tagen verdient hast und davon kriegst Du dann zwei Drittel. Wenn Du aber krank bist, kannst Du die Überstunden- und Akkordarbeit nicht knüppeln und wirst Du dann arbeitslos. Scheiße! Mit der Axt sollte man hier reinhauen! Keine 100 Tage hab ich Arbeitslosengeld bekommen, da ist es wieder gestrichen worden, denn wenn Du nur 9 Monate arbeiten konntest in den letzten 3 Jahren, dann kriegst Du nur die Hälfte Arbeitslosengeld bewilligt.

Jetzt lauf ich hinter meiner Arbeitslosenhilfe her. Die erziehen einen mit diesem Zeug tatsächlich noch zum Revolutionär. Hinter jeder Bescheinigung muß ich herlaufen, denn Arbeitslosenhilfe macht noch mehr Laufereien als Arbeitslosengeld."

Wann kriegt einer Arbeitslosengeld?

Jeder, der 6 Monate in den letzten 3 Jahren beitragspflichtig gearbeitet hat, bekommt Arbeitslosengeld. Wenn Du rausgeflogen bist, mußt Du Dich gleich arbeitslos melden. Das Arbeitsamt überprüft dann, ob Du aus eigenem Verschulden geflogen bist. Es wird ein Formular an den letzten Chef geschickt und der muß den Kündigungsgrund angeben. Bist Du aus eigenem Verschulden gekündigt worden, dann bekommst Du erst mal eine einmonatige Sperrfrist, d. h. keinen Pfennig Geld für einen Monat. Hast Du dann endlich Deinen Bewilligungsbescheid, dann stellst Du fest, daß Du nur für die sog. Rahmenfrist von 3 Jahren Arbeitslosengeld bekommst. Wenn Du 3 Jahre (Rahmenfrist) gearbeitet hast, bekommst Du für 312 Wochentage Arbeitslosengeld. Wenn Du z. B. 26 Wochen gearbeitet hast in dieser Rahmenfrist von 3 Jahren, dann bekommst Du für 78 Wochentage bezahlt. Während Du Arbeitslosengeld bekommst, mußt Du Dich auf Anforderung des Arbeitsamtes melden. Wenn Du diesen Meldetermin versäumst, wirst Du mit 6 Tagen Geldentzug bestraft.

Bekanntlich dauert es aber auch noch wenigstens 6 Wochen, bis Dein Bewilligungsbescheid kommt. In dieser Zeit zwischen der Kündigung und der Bewilligung auf Arbeitslosengeld ist man nicht einmal krankenversichert. Das Arbeitsamt empfiehlt: privatversichern!

Was sich vielleicht mancher beim Anblick der Abfindungssummen für entlassene Kollegen bei VW, Ford usw. gefragt haben ist: bekommen diese Kollegen gleich nach der Kündigung Arbeitslosengeld? Nein, das Arbeitsamt rechnet diese Abfindungen auf das Arbeitslosengeld an. Entsprechend der Kündigungsfrist bekommen die Kollegen erst mal nichts.

Nach dem Bewilligungszeitraum für Arbeitslosengeld muß man wieder neue Anträge auf Arbeitslosenhilfe stellen. Die "Hilfe" ist die Sozialhilfe des Arbeitsamtes. Die Bedürftigkeit wird gründlich nachgeprüft. Bescheinigungen aller Verwandten müssen rangeholt werden und dann stellt man meist fest, daß diese Anverwandten gut und gerne für einen aufkommen könnten. Man bekommt außer einer Empfehlung, sich an seinen Vater, sich an seinen Sohn zu wenden, nichts! Doch damit nicht genug hat man bei der Zahlung des Arbeitslosengeldes das System der Sperrfrist noch weiter ausgetüftelt. Auch wenn Du "zumutbare Arbeit" ablehnst, kann Dich die Sperrfrist treffen. Doch oft lehnen die Kollegen Arbeit nicht deshalb ab, weil sie unzumutbar wäre, sondern weil sie im Stundenlohn drei oder vier Mark unter dem vorherigen Verdienst lag, und wer die heutige Lage kennt, der rechnet sich aus, daß er auch bei der neuen Arbeit schnell wieder arbeitlos sein kann und sein Arbeitslosengeld wird dann aber noch mehr in den Keller gehen.

Die Sperrfrist wird auch eingesetzt, um die Kollegen zu Streikbrecherjobs zu bewegen. Diesen Vorwurf wird sicher jeder Arbeitsamtsdirektor von der Hand weisen. Er wird sagen, daß jeder eine Arbeit dann ablehnen kann, "wenn Arbeit durch Streik und Aussperrung frei geworden ist". Doch dies gilt nur für Arbeitsangebote, die nur für die Dauer des Streiks oder der Aussperrung angeboten werden. Wenn während des Streiks ein "Dauerjob" angeboten wird, mußt Du nach den Gesetzen annehmen. Mit der Sperrfrist droht man als erstes. Bekommst Du aber zweimal Sperrfrist aufgehalst, dann erlischt der gesamte Anspruch auf Arbeitslosengeld. Man merkt deutlich, wo das hinführen soll. Die arbeitslosen Kollegen sollen die Klappe halten und jede Arbeit annehmen, tun sie das nicht, dann droht man mit Entzug jeglichen Anspruchs auf Arbeitslosengeld.

Die Sperrfristen müssen weg!

Die Sperrfristen zeigen zunächst deutlich auf, daß dies auch ein Problem für die Kollegen in den Betrieben ist, denn gegen die soll ja die Reservearmee der Arbeiter auf den Arbeitsämtern ausgespielt werden, ihr Lohn soll gedrückt werden und ihr Streik soll durch die Arbeitslosen gebrochen werden. Die Sperrfristen müssen also verschwinden, denn sie sind eine gefährliche Waffe des Staates gegen die Einheit der Arbeiter. Im Betrieb muß man über diese Sperrfristen rechtzeitig sprechen und dazu sollten wir Leserbriefe an alle Zeitungen und an den Direktor des Arbeitsamtes schicken.

Im Arbeitsamt selbst ist es schwierig, einheitliche Schritte einzuleiten. Der Kontakt zur Gewerkschaft reißt schnell ab und die Kollegen brauchen auch nicht mehr jeden Tag zum Stempeln anstehen, sondern es wird ja bargeldlos überwiesen, dadurch erspart man sich vorläufig noch Unruhe im Arbeitsamt. Es ist wichtig, daß die Vertrauensleute der Betriebe zu ihren entlassenen Kollegen Kontakt halten und sie zu Treffen einladen, wo die entlassenen Kollegen über ihre Situation berichten können.

–J.M., Hildesheim–

Zwei Beispiele

Frau B.: Sie hat 6 Kinder, der Mann ist Fahrer. Sie muß jeden Monat neu Hilfe zum Lebensunterhalt beantragen, wenn der Lohn weniger als der Betrag des Regelsatzes, nämlich 1 774 DM beträgt. Bei Nachtschicht fällt der Lohn höher aus, bei Tagschicht muß er zum Sozialamt.

Sie meinen, daß die meisten Leute wohl infolge der hohen Mieten und durch Ehescheidungen Unterstützung brauchen. Außerdem hätten viele zuvor enge Wohnungen gehabt und seien dann durchs Sozialamt hier in Tenever eingewiesen worden. Dadurch wären aber gerade viele zu "Problemfamilien" geworden.

Das wurde kurz an der eigenen Wohnung demonstriert, die wiederum zu eng ist: 88 qm für 8 Personen. Drei Jungs müssen sich jeweils ein Zimmer teilen, wobei sie nicht einmal gleichzeitig zu dritt an dem Tisch sitzen können.

Frau A.: Sie hat drei Kinder und bekommt Sozialhilfe (SH), seit sie von ihrem Mann kein Geld mehr bekam und vor einem halben Jahr die Scheidung einreichte. Herr A. habe sie und die Kinder verprügelt und er trank. Frau A. meint, er sei mit den Problemen nicht mehr fertig geworden und habe so das Saufen angefangen. Sie meint, daß dies wohl bei vielen Familien der Fall sei. Sie habe sich erst relativ spät zum Sozialamt gewagt, erst nachdem sie von der einzigen Familie, zu der sie Kontakt hat, dazu gedrängt wurde. Sie findet den Zustand, kein selbstverdientes Geld zu haben, schrecklich, sagt das niemand, schämt sich wegen des riesigen Krachs und Theaters mit ihrem Mann, was die Nachbarn mitbekamen. Ihr Mann habe sie öfters auf der Straße überfallen und sie beschimpft und verprügelt. Auch jetzt hat sie noch Skrupel, extra Zuschüsse zu beantragen, selbst wenn sie ihr zustehen. Dafür geht sie jeden Tag zwei Stunden putzen. Das dürfe das Sozialamt nicht herausbekommen, weil es sonst von der Sozialhilfe abgezogen wird.

Auf dem Sozialamt

Da saß ein Kollege der Fa. Trepel, schätzungsweise 50 Jahre alt, der schon 30 Jahre in der Firma beschäftigt war. Jetzt ist er vorübergehend entlassen worden. Es heißt, er könne im Frühjahr weiterarbeiten. Man speiste ihn mit einem Überbrückungsgeld von 90,– DM ab für 2 Erwachsene und 3 Kinder und für 10 Tage. Dann war da ein anderer Kollege, der auch schon 8 Jahre in seiner Firma gearbeitet hat und jetzt entlassen wurde. Ihm wollte man für 10 Tage, 2 Erwachsene und 5 Kinder 100,– DM Überbrückungsgeld geben. Man kann sich leicht ausrechnen, daß das bei den Preisen nicht langt. Das sagte der Arbeiter auch und schließlich nach langem Hin und Her meinte er, dann werde er ja gezwungen, zu klauen. Als ihm daraufhin vorgehalten wurde, er habe ja bereits schon wegen diesem Delikt gesessen, das sei ja nichts Neues bei ihm, platzte dem Kollegen der Kragen und er ging auf den Sachbearbeiter los. Man rief die Polizei, die bald erschien und ihn mit zur Wache nehmen wollte. Jedoch da kam es zu erheblichen Protesten. Wir Wartenden standen alle auf seiten des Kollegen, so daß sich die Polizisten nicht trauten, ihn mitzunehmen, sondern ihm und drei weiteren Arbeitern nur Hausverbot erteilten.

Handgreifliche Auseinandersetzungen sind im Sozialamt an der Tagesordnung, weil die Menschen verzweifelt sind, weil sie mit dem wenigen Geld zurecht kommen sollen und weil sie um jeden Pfennig betteln müssen und das, obwohl sie nicht Schuld haben an ihrer schlechten Lage, sondern die Kapitalisten. Dazu werden sie noch arrogant und herabwürdigend behandelt.

–eine Sozialhilfeempfängerin–

Überstunden auf dem Arbeitsamt Heidelberg

Im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg ist die Zahl der Arbeitslosen von September bis Oktober, also in einem einzigen Monat um 26,4 % gestiegen. Jetzt sind also amtlicherseits 3 566 Menschen arbeitslos, 3 848 machen Kurzarbeit. Fast 80 Neuanträge erreichen täglich das Amt. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß die in den Leistungsabteilungen der Arbeitsämter Beschäftigten trotz erhöhter Anstrengungen den täglichen Arbeitsanfall nicht mehr bewältigen können und die Bearbeitungszeiten inzwischen rund 2 Monate betragen.

Statt der notwendigen Zuteilung neuer Kräfte hat die Amtsleitung Überstunden angeordnet. Für die Masse der im Arbeitsamt Beschäftigten heißt das: Von Montag bis Donnerstag zu der 8 Stunden Normalarbeitszeit 2 Überstunden, zunächst bis in die zweite Dezemberwoche hinein. An fünf benannten Samstagen in diesem Zeitraum sind von den Männern mindestens 8 bis höchstens 10 Stunden und von den Frauen mindestens 5 bis höchstens 10 Stunden zu arbeiten. Die wöchentliche Arbeitszeit bewegt sich somit zwischen 53 und 58 Stunden in Wochen ohne arbeitsfreien Samstag. Die Verweigerung der Überstundenarbeit ist vertrags-, bei Beamten sogar gesetzwidrig und berechtigt zu fristlosen Entlassungen.

Für die Arbeitslosen bedeutet diese Situation, daß sie oft wochenlang keine Unterstützung erhalten. Kein Wunder, wenn sie über die bürokratische Behandlung durch das Arbeitsamt in Zorn geraten. Da hilft es auch wenig, wenn die einzelnen Beschäftigten sich bemühen; als Beschäftigte des Staates sind sie an die bürokratischen Verfahren gebunden. Mit dem ganzen komplizierten Papierkram versucht das Amt die Arbeitslosen regelrecht zu erniedrigen und ihnen Fallen zu stellen, um möglichst wenig von dem Geld rausrücken zu müssen, mit dem die Werktätigen durch ihre Arbeit die Kasse gefüllt haben.

So würde kein Arbeiter seinen Kollegen behandeln, wenn er Hilfe braucht. Die Arbeitsämter müssen in die Hand derer, die arbeiten!

–N., Heidelberg/Red.–

Auf Arbeitssuche in Westberlin

2 Stellen bekam ich vom Arbeitsamt bei Siemens "vermittelt". Dort hatte ich 1961 mal gearbeitet. Ich reparierte damals zusammen mit 3 Kollegen Transportfahrzeuge und Gagelstabler. Stundenlohn: 2,95 DM. Die Kollegen von der Fa. Still bekamen für die gleiche Arbeit jedoch 4,50 DM. Das teilten wir unserem Ingenieur von uns allen unterschrieben schriftlich mit. Daraufhin wurde ich als einziger entlassen. Die Geschichte wirkt noch heute nach. Aus den beiden Siemensstellen wurde natürlich nichts.

Außer den beiden Siemensstellen bekam ich noch 6 andere vermittelt. Bei einer Firma traf ich überhaupt niemanden an, 2 Firmen suchten statt Mechaniker Feinmechaniker und 3 Stellen, zu denen ich vom Arbeitsamt geschickt wurde, waren schon besetzt.

Das ist scheinbar wie bei einem Wohnungsmakler. Um den Eindruck vorzutäuschen, daß ja genug Stellen da sind, wird gleich ein ganzer Haufen Kollegen zu einer Stelle geschickt. Egal, ob man für diese Stelle geeignet ist oder nicht. Egal, ob die Kapitalisten dies ausnützen können, indem sie den Arbeiter, einstellen, der bereit ist, für den niedrigsten Lohn zu arbeiten.

E., Westberlin

Einige Fragen, über die wir Klarheit schaffen müssen

Im Kampf gegen die Isolations- und Vernichtungshaft sind einige Fragen aufgetaucht, über die wir uns ausreichend Klarheit verschaffen müssen. Verschiedene falsche Auffassungen sind aufgetreten, die zurückgewiesen werden müssen. Wir brauchen Klarheit in diesen Fragen, denn sie sind grundsätzlicher Art.

Wie ist das Verhältnis der Kommunisten zur RAF?

Die Kommunisten haben mit der RAF eine Gemeinsamkeit: Auch die RAF kämpft gegen die Kapitalistenklasse und gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Die Kommunisten tun das mit folgendem Ziel: Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse und Aufbau des Sozialismus auf Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bis schließlich mit der Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft die Notwendigkeit jeder Herrschaft abstirbt.

Mit welchem Ziel die RAF angetreten ist, ist weniger eindeutig: Sie geht an die ganze Frage nicht klassenmäßig heran. Es scheint, daß sie außer ihrem Haß auf das "Schweinesystem", worunter sie den Kapitalismus und den Imperialismus versteht, und dem Wunsch, dieses "Schweinesystem" zu beseitigen, keine Grundlage für ihre Aktionen und ihren Krieg gegen den bürgerlichen Staatsapparat hat. Nicht vom Gegensatz zwischen den Klassen, Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse, scheint sie auszugehen, sondern vom Gegensatz zwischen Tieren (Schweinen, Bullen etc.) und Menschen. Bei solcher Betrachtung der kapitalistischen Gesellschaft kann man auch keine klaren Vorstellungen über die Ziele des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaft erwarten. Deshalb haben wir in der KVZ Nr. 24 die Ziele der RAF als "verblasen", das heißt unklar und nebelhaft bezeichnet. Die soziale Basis, auf der sich die Vorstellungen der RAF herausgebildet haben, ist nicht die Arbeiterklasse, sondern das Milieu von Intellektuellen, Künstlern und gehobenen Gelegenheitsarbeitern, das an den Rändern und außerhalb der produzierenden Gesellschaft durch den Imperialismus hervorgetrieben wird und ein Zwischenfeld bildet für alle möglichen Übergänge zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. In diesem Milieu gibt es viel Empörung und Haß gegen die bürgerliche Gesellschaft aber wenig Klarheit und Zuversicht darüber, daß die Arbeiterklasse und zwar auf Grund eigener Erfahrungen diese bürgerliche Gesellschaft umwälzen wird, um den Sozialismus aufzubauen. Teile dieses Milieus wenden sich der Arbeiterklasse zu. Zu diesen Teilen gehört auch die RAF. Aber sie wenden sich der Arbeiterklasse zu als Leute, die die Arbeiterklasse aus ihrer Passivität aufrütteln müssen, während es in Wirklichkeit so ist, daß die Massen an einem Tag sich wesentlich mehr bewegen und dabei wesentlich mehr bewegen, als dieses ganze Milieu jemals in Bewegung bringen wird. Die Arbeiter gehen zur Arbeit, setzen Maschinen in Bewegung, produzieren den materiellen Reichtum der Gesellschaft. Wenn sie streiken, erfahren sie ihre Kraft. Sie können die Gesellschaft umwälzen, weil die Gesellschaft auf ihrer Arbeit beruht.

Die Kommunisten sind Teil der Arbeiterklasse. Sie gehen von deren Standpunkt aus und nicht von irgendwelchen Vorstellungen über die Revolution und die Befreiung einfach so, außerhalb der gesellschaftlichen Produktion.

Wir Kommunisten haben also eine Gemeinsamkeit mit der RAF: wir erkennen an, daß auch sie gegen den bürgerlichen Staat und die herrschende Ausbeuterordnung kämpfen wollen. Soweit sie das tatsächlich wollen, sind wir mit ihnen einig. Wie sie das machen, mit welchen Vorstellungen und welchen Mitteln, darin sind wir uns mit ihnen überhaupt nicht einig. Wir sind der Auffasssung, daß die Massen die Geschichte machen, bewußt oder unbewußt, und treten dafür ein, daß die Massen die Geschichte bewußt machen. Die RAF ist der Auffassung, daß die Massen passiv sind und daß sie an Stelle der Massen die Geschichte machen müßte. Liest man ihre Dokumente, dann taucht darin allerlei auf: "Typen" oder was man will, die Arbeiterklasse taucht jedenfalls nicht auf. Sie gibt es dort gar nicht als bewegende, als revolutionäre Kraft.

Wenn wir bestimmte Strömungen, Auffassungen und Organisationen untersuchen, dann untersuchen wir sie nach zwei Gesichtspunkten: Wir unterscheiden nach gerecht und ungerecht, sowie nach richtig und falsch. In der bürgerlichen Gesellschaft stehen sich zwei Klassen unversöhnlich gegenüber, die Arbeiterklasse und die Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse wird ausgebeutet und unterdrückt und kämpft um ihre Befreiung, die Kapitalistenklasse beutet die Arbeiterklasse aus und unterdrückt sie und will die Befreiung der Arbeiterklasse mit allen Mitteln verhindern. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus läßt sich leicht klären, was gerecht ist und was ungerecht ist. Gerecht ist der Kampf gegen die Ausbeuterordnung, ungerecht ist ihre Verteidigung und Aufrechterhaltung. Die RAF ist gegen die Ausbeuterordnung der Kapitalisten und für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung, sie ist gegen die Aggression des US-Imperialismus in Vietnam, gegen die zionistische Vertreibung der Palästinenser aus Palästina, gegen den Imperialismus und für die unterdrückten Völker. In all diesen Fragen tritt die RAF für die gerechte Sache ein. Insofern steht die RAF auf der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes.

Was trennt uns von der RAF?

Wir müssen aber auch untersuchen, ob die RAF die gerechte Sache, für die sie eintreten will, richtig vertritt oder falsch, ob ihre Handlungen und Aktionen der gerechten Sache dienen oder ihr schaden. Richtig ist, was die Massen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung vorwärtsbringt, falsch ist, was die Massen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nicht vorwärts bringt und zurückwirft. Hier muß man feststellen, daß die RAF meist falsch gehandelt hat und falsch aufgetreten ist, daß es falsch ist, den Kampf für eine gerechte Sache als Privatkrieg und ohne Auftrag und Legitimation durch die Massen zu führen, daß es falsch ist, Aktionen durchzuführen, die nicht genau zwischen den Feinden des Volkes und dem Volk unterscheiden (z.B. Sprengstoffanschläge oder Brandanschläge auf Kaufhäuser), daß es falsch ist, den bürgerlichen Staatsapparat einschüchtern und erschüttern zu wollen durch Anschläge auf einzelne seiner Vertreter, bevor sich die Massen nicht zum Sturm auf den Staatsapparat zu erheben beginnen unter Führung einer Partei, die durch die Massen anerkannt ist und zusammengefaßt durch die Organe der Massen selber (Räte oder Widerstandskomitees, wie sie jetzt in Chile aufgebaut werden).

Wer eine gerechte Sache mit falschen Mitteln verficht, trägt selber dazu bei, daß die gerechte Sache, die er vertreten will, aus dem Gesichtswinkel der Massen verschwindet und daß die Massen nur die falschen Mittel sehen. Die falschen Mittel erscheinen dann als Selbstzweck und werden es häufig auch. Dies ist bei der RAF geschehen. Viele denken, die RAF hat nichts vor und will nur Unordnung schaffen. Weil die RAF selbst daran schuld ist, daß viele so denken, hat sie Schaden angerichtet für die Revolution. Die Kapitalistenklasse versucht mit der RAF die Revolution selber in Mißkredit zu bringen bei denen, die die Revolution machen werden, den Arbeitern. Deshalb ist es schwer, den Massen klarzumachen, daß die RAF eine gerechte Sache verfechten will und bei ihrem Hungerstreik gegen die Isolations- und Vernichtungshaft eine gerechte Sache auch mit dem richtigen Mittel verficht.

Die Bourgeoisie versucht in der Verfolgung und Vernichtung der RAF Methoden anzuwenden, die sie genauso gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen und ihre Führer anwenden will und anwenden wird. Indem die RAF-Häftlinge gegen die Einführung und Anwendung der Isolations- und Vernichtungshaft mit ihrem Hungerstreik vorgehen, vertreten sie nicht nur ein gerechtes Ziel. Sie vertreten dieses Ziel auch mit dem richtigen, weil in ihrer Lage einzig anwendbaren Mittel, dem Hungerstreik. Da die RAF sich selber von den Massen isoliert hat, muß sie durch den Hungerstreik überhaupt erst auf die Isolations- und Vernichtungshaft aufmerksam machen und muß den Kampf dagegen auch mit diesem Mittel einleiten, denn es gibt keine Massenbewegung, die eng mit den RAF-Häftlingen verbunden gegen ihre Isolierung und Vernichtung oder gar für ihre Freilassung eintritt. Deshalb ist es auch für die Katz, die Forderung "Freilassung aller politischen Häftlinge" gleichzeitig als Aktionslosung mit der Forderung "Weg mit der Isolierhaft" zu erheben.

Es geht gegenwärtig darum, den Versuch der Kapitalistenklasse, die Isolations- und Vernichtungshaft einzuführen, zurückzuschlagen. Dafür sind die Ausgangsbedingungen nicht gut, denn die, gegen die sich diese Isolations- und Vernichtungshaft im Augenblick richtet, sind bereits von den Massen isoliert. Trotz dieser schlechten Ausgangsbedingungen und trotz der entschlossenen Versuche der Kapitalistenklasse und des bürgerlichen Staatsapparats, diese Ausgangsbedingungen maximal zu nutzen, muß dieser Kampf geführt werden und müssen die Massen für diesen Kampf gewonnen werden, weil nur die Massen diesen Kampf erfolgreich führen können. Auch im Kampf gegen die Isolationshaft gibt es natürlich richtig und falsch: Falsch ist der Versuch der Geiselnahme und die Erschießung des Richters Drenkmann, weil sie die Aktionen fortsetzt, die die RAF bereits in die Isolation und in die Sackgasse geführt haben; falsch ist es, sich in diesem Kampf gegen die Isolationshaft vor allem auf das Milieu zu stützen, aus dem die RAF hervorgegangen ist und in diesem Milieu stets erneut den Ruf nach Demonstration ertönen zu lassen; falsch ist es, diesen Kampf als Rachefeldzug "für Holger" zu führen; richtig ist es, die Auseinandersetzung auf die Isolations- und Vernichtungshaft zu konzentrieren, für dieses begrenzte Ziel die Massen durch Überzeugungsarbeit zu gewinnen, damit der Hetze der Bourgeoisie der Boden entzogen wird und die Massen selber gegen die Isolationshaft das Wort ergreifen und aufstehen. Nur so können trotz der Fehler der RAF die Ausgangsbedingungen im Kampf gegen die Isolationshaft verbessert werden und die Massen an einem konkreten Punkt gegen den bürgerlichen Staat und die politischen Absichten der Kapitalistenklasse zusammengeschlossen werden.

Wir Kommunisten lassen uns die Methoden im Kampf gegen die Isolationshaft nicht ausgerechnet von denen diktieren, die sich durch ihre falschen Methoden von den Massen isoliert haben. Wir lassen sie uns auch nicht von denen diktieren, die frech von uns und den Massen verlangen, "Solidarität mit der RAF" sei die Voraussetzung für den Kampf gegen die Isolationshaft. Wir sind mit der RAF solidarisch, d.h. einverstanden, soweit sie gegen den bürgerlichen Staatsapparat kämpft. Wir sind mit ihr ganz und gar nicht einverstanden, soweit sie dies mit untauglichen und falschen Methoden tut. Also sind wir solidarisch mit dem Hungerstreik der RAF gegen die Isolationshaft, sind aber überhaupt nicht einverstanden mit Leuten, die jetzt an die Entführung und Erschießung von Richtern und bürgerlichen Politikern gehen – obwohl wir dem Richter von Drenkmann genausowenig wie einem anderen Vertreter der Kapitalistenklasse auch nur eine Träne nachweinen.

Wir sind aber auch überhaupt nicht einverstanden mit denen, für die der Tod von Holger Meins bloß ein Anlaß ist, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und – statt einem gerechten Kampf den notwendigen Respekt zu zollen – ein Melodrama zu veranstalten und den Namen ihrer Organisation auf Kranzschleifen und Bildern unterzubringen.

Der empörte Liberalismus der Gruppe Rote Fahne (KPD)

Es ist eine Auseinandersetzung darum entstanden, ob der Tod von Holger Meins als Mord zu betrachten ist und Holger Meins selbst als Mordopfer der bürgerlichen Justiz. Ob darüber die Agitation gehen soll oder nicht.

Diese Auseinandersetzung wäre belanglos, wenn es sich nur um einen Streit um Worte handeln würde.

In Wirklichkeit geht es aber um die ganze Herangehensweise an den Klassenkampf und seine verschiedenen Erscheinungen.

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse wird geführt für bestimmte Zwecke und bestimmte Ziele, für die Aufrechterhaltung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse auf der einen Seite und für ihre Beseitigung auf der anderen Seite. Entsprechend den verschiedenen Zwecken unterscheiden wir nach gerecht und ungerecht. Empörend ist es, daß im Kampf um gerechte Ziele immer wieder Arbeiter und Revolutionäre ihr Leben lassen müssen. Empörend ist es, daß Holger Meins sterben mußte für das vollständig gerechte Ziel der Aufhebung der Isolationshaft. Empörend ist es, daß die Bourgeoisie Holger Meins lieber hat verhungern lassen, als die gerechte Forderung des Hungerstreiks zu erfüllen. Es ist ein allgemeiner Zug der Bourgeoisie, daß sie gegen gerechte Forderungen auftritt und vor keinem Mittel zurückschreckt, um sie abzuwehren. Es ist eine allgemeine Lehre der Geschichte, daß die Bourgeoisie nur durch Druck und Gewalt zur Erfüllung von gerechten Forderungen gezwungen werden kann, genau wie ihre Herrschaft nur mit Gewalt gestürzt werden kann, um die Ausbeuterordnung zu beseitigen.

Die Bourgeoisie begeht täglich zahlreiche Verbrechen, und sie begeht sie im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung. Da für diese Ausbeuterordnung die Arbeiter nur als Lohnsklaven in Frage kommen und diese Ordnung von ihrer ganzen ökonomischen und sozialen Grundlage her keine "menschlichen Rücksichten" kennt, ist gut verständlich, daß die herrschende Klasse in dieser Ausbeuterordnung vor nichts zurückschreckt, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Wenn wir die Ausbeuterordnung bekämpfen wollen und die Massen für diesen Kampf gewinnen wollen, dann müssen wir jeweils genau sagen, was die herrschende Klasse will und was wir im Gegensatz zur herrschenden Klasse wollen. Denn die Massen setzen sich nur für bestimmte Zwecke in Bewegung. Folglich kommt es darauf an, die Isolierhaft zu entlarven und ihren Zweck herauszustellen vor den Massen und aufzuzeigen, daß es das Ziel der Massen sein muß, diese Isolierhaft zu beseitigen und die Bourgeoisie zu ihrer Aufhebung zu zwingen.

Die Bedeutung des Todes von Holger Meins besteht gerade darin, daß er sein Leben gelassen hat für dieses Ziel, das den Interessen der Massen entspricht. In dem Maße, wie die Massen das erkennen, sind sie über den Tod von Holger Meins und über die fortwährende Aufrechterhaltung der Isolierhaft gegen die anderen RAF-Häftlinge empört, empört in einer Weise, die sie in Bewegung setzt.

Auf dieses Zentrum, die Isolierhaft, müssen wir unsere Agitation konzentrieren.

Eine ganz andere Herangehensweise ist, wenn wir die Massen darüber in Bewegung setzen wollen, daß wir behaupten, Holger Meins sei ermordet worden. Hier konzentrieren wir den Blick der Massen nicht auf die jeweiligen Ziele und Zwecke und damit auf die Klassenfrage, sondern auf einen juristischen Tatbestand, der als solcher eine sehr geringe Bedeutung hat. Wir stellen dann in den Mittelpunkt, daß Holger Meins gestorben ist und nicht, wogegen und wofür er eingetreten ist, solange er lebte. Außerdem überzeugt die Behauptung, daß Holger Meins ermordet worden ist, nicht die Massen. Denn sie sehen: Holger Meins ist nicht einfach an der Isolierhaft zugrundegegangen, sondern hat einen Hungerstreik gegen die Isolierhaft geführt, in dem ihn die Bourgeoisie lieber sterben ließ und weitere sterben lassen will, als die gerechte Forderung des Hungerstreiks zu erfüllen. Er ist nicht einfach ein Opfer des bürgerlichen Staatsapparates, sondern ein Opfer im gerechten Kampf gegen die Maßnahmen des Staatsapparates. Das sehen die Massen richtig und daran müssen wir anknüpfen.

In ihrer Unfähigkeit, an die Fragen des Klassenkampfes nüchtern und vom Standpunkt der Arbeiterklasse, d.h. ausgehend von Interessen und Zwecken heranzugehen, erledigt die Gruppe Rote Fahne (KPD) die Frage von gerecht und ungerecht unter der Hand. Sie spricht von der "Ermordung von Holger Meins" und von der "Erschießung von Richter Drenkmann" (Rote Fahne 27.11.74). Damit löst sie die tatsächliche Aufgabe der Agitation, nämlich den völlig gegensätzlichen Charakter des Todes von Holger Meins und des Richters von Drenkmann herauszuarbeiten, durch ein Wortspiel. Das ist aber keineswegs überzeugend. Der gegensätzliche Charakter des Todes von Holger Meins und von Richter Drenkmann besteht nicht darin, das Holger Meins ermordet und der Richter Drenkmann "bloß" erschossen worden ist, sondern darin, daß Holger Meins im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung gestorben ist, konkret im Kampf gegen die Einführung und Anwendung der Isolationshaft und daß Richter Drenkmann zeit seines Lebens im Dienste der Ausbeuterordnung gestanden hat und im Klassenkampf eindeutig auf der Seite der Bourgeoisie.

Die Bourgeoisie spekuliert mit ihrem Geschrei von Mord und Totschlag und Gewalt auf die pazifistischen Gefühle der Massen und dem kann man nicht entgegentreten, indem man ebenfalls auf diese Gefühle spekuliert, sondern indem man an die Interessen und den politischen Verstand der Massen appelliert und an ihren Gerechtigkeitssinn, der durch diese Interessen geprägt und durch den Verstand auf den Begriff gebracht wird: Gegen wen soll die Isolationshaft eingeführt werden, wem nützt sie, gegen wen richtet sich die staatliche Unterdrückungspolitik und wem dient sie? Haben die RAF-Häftlinge nicht recht, daß sie sich gegen die Isolationshaft wehren und ist es nicht richtig, daß sie sich durch den Hungerstreik wehren? Haben wir Kommunisten nicht recht, wenn wir sagen, die Isolationshaft muß weg und ist es nicht richtig, daß nur der Druck der Massen Erfolge im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat möglich machen? Gegenüber diesem Herangehen sagt die Gruppe Rote Fahne:

"Die Empörung der Massen gegen die Verbrechen der Bourgeoisie, eine der wichtigsten Triebkräfte zur Entwicklung des Kampfes gegen den bürgerlichen Staatsapparat verschwindet hinter Räsoniererei."

Diese Leute meinen, es reiche nicht aus, um die Empörung zu schüren gegen den bürgerlichen Staatsapparat, wenn man Sinn und Zweck der Isolationshaft enthüllt, wenn man zeigt, daß der bürgerliche Staat lieber die RAF-Häftlinge in ihrem Hungerstreik draufgehen läßt, als ihren gerechten Forderungen nachzugeben. Wir meinen, daß die Agitation von den Zwecken des Kampfes ausgehen muß und alles andere nicht Empörung schürt, sondern dem Pazifismus und Liberalismus in die Hand arbeitet. Dem Pazifismus, der sagt, Gewalt darf nicht sein und dem Liberalismus, der von beiden Seiten die Einhaltung der "Spielregeln" fordert.

Es kommt darauf an, die Massen für den Kampf gegen die Isolationshaft zu gewinnen, nicht kommt es darauf an, Holger Meins in ein Mordopfer zu verwandeln in der Furcht, sonst könne man niemand gewinnen für die Forderung, für die er gekämpft hat und gestorben ist. Tatsächlich hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) die Forderung "Weg mit der Isolations- und Vernichtungshaft" aus den Augen verloren. In ihrer Zeitung gibt es Schlagzeilen wie: "Holger Meins - Opfer der Vernichtungshaft. Große Solidaritätsbewegung gegen die Verbrechen der Klassenjustiz" oder: "Demonstration gegen die Ermordung Holger Meins", aber das positive Ziel, "Aufhebung der Isolations- und Vernichtungshaft" spielt in der Roten Fahne keine Rolle. Das ist Beschaulichkeit unter dem Deckmantel der Radikalität, ist aber keine Radikalität.

Die Parole "Bestrafung der Mörder!" ist falsch.

Wir haben uns in der KVZ gegen die Parole "Bestrafung der Mörder" gewandt, weil sie erstens an den unteren Chargen des bürgerlichen Staatsapparats kleben bleibt, die die Dreckarbeit des bürgerlichen Staatsapparates machen, und weil es zweitens keinen Sinn hat, von den bürgerlichen Gerichten die Bestrafung der Handlanger der Bourgeoisie zu fordern. Darauf antwortet uns die Gruppe Rote Fahne (KPD): "Die Forderung, die Verantwortlichen für den Tod von Holger Meins zur Rechenschaft zu ziehen, ist richtig, und die Anwälte des Ermordeten haben mit Strafanzeigen wegen Mordes gegen die verantwortlichen Richter, Strafvollzugsbeamten und Ärzte die richtigen Maßnahmen ergriffen."

In Wirklichkeit ist die Forderung nach Rechenschaft von den Hoheitsträgern des bürgerlichen Staates, von der Regierung und ihren hohen Beamten etwas ganz anderes als die Forderung nach Bestrafung der verantwortlichen Richter, Strafvollzugsbeamten und Ärzte durch die bürgerlichen Gerichte. Warum? Das eine Mal nimmt der Souverän, das Volk, sein Recht wahr, die sogenannten Volksvertreter und hohen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, und zwar selber, nicht mit Hilfe eines bürgerlichen Gerichts. Das Volk tut dies, um zu entscheiden, wie es mit diesen Leuten verfahren soll. Wir Kommunisten stellen die Forderung nach Rechenschaftspflicht aller Hoheitsträger des Staates auf, weil sie dazu dient, daß das Volk sich gegen die bürgerlichen Politiker erhebt, um sich endlich durch den Sturz des losgelösten bürgerlichen Staatsapparates wirklich zum Herren seiner Geschicke zu machen und unter Führung der Arbeiterklasse den Sozialismus aufzubauen.

Die Forderung nach Bestrafung durch die bürgerlichen Gerichte hingegen ist gerade die Forderung danach, daß die gegenwärtigen Herren nicht vor dem Volk Rechenschaft ablegen sollen, sondern untereinander. Deshalb ist diese Forderung nicht nur illusorisch, sie lenkt die demokratischen Bestrebungen der Volksmassen in eine ganz und gar falsche Richtung. Die Verantwortlichen sind in der bürgerlichen Gesellschaft niemals die, die bestraft werden durch die bürgerlichen Gerichte. Das kann auch gar nicht anders sein: Die Verantwortlichen haben es nicht nötig, ihre Verbrechen selbst zu begehen. Auch hier kann sich das Volk nur wehren mit Politik und nicht mit Juristerei.

Rechenschaft verlangen kann das Volk schon bevor es die politische Macht innehat, und das Volk stärkt sich im Kampf um Rechenschaft für die Eroberung der politischen Macht. Bestrafen kann das Volk nur durch seine eigenen Organe; die bürgerlichen Gerichte sind aber bekanntlich keine Organe des Volkes. Wenn man gegen bestimmte Vertreter des bürgerlichen Staatsapparats Strafanzeige vor bürgerlichen Gerichten erhebt, so kann das ein gutes Mittel sein für die Enthüllung der Schandtaten dieser Vertreter des bürgerlichen Staates und des Staatsapparates insgesamt in aller Öffentlichkeit. Mehr aber auch nicht. Verspricht man sich und den Massen mehr vom Gang vor die bürgerlichen Gerichte, dann fesselt man das Rechtsempfinden der Massen an die Rechtsordnung der Bourgeoisie und ihre Organe.

Die Gruppe Rote Fahne verlangt auf der einen Seite vollständige Solidarität mit der RAF – auf der anderen Seite bezeichnet sie die Erschießung des Richters Drenkmann als "konterrevolutionäre Tat wildgewordener Kleinbürger".

Die Führer der Gruppe Rote Fahne sind große Schwindler. Uns werfen sie vor, der KBW wolle sich "in die Protestbewegung gegen die Vernichtungshaft und Isolierfolter und den Mord an Holger Meins einfädeln, ohne wirklich Solidarität zu üben". Sie machen uns diese Vorwürfe, weil wir in keiner Weise bereit sind, unsere Solidarität mit dem Hungerstreik der RAF-Häftlinge, die darin zum Ausdruck kommt, daß wir für die Ziele des Hungerstreiks eintreten, irgendwie zu verbinden mit Zugeständnissen an die falschen Aktionen und falschen Auffassungen der RAF oder derjenigen, die jetzt als Solidaritätsverwalter auftreten und zum Beispiel den eigenen Unsinn zur Bedingung für Aktionseinheiten machen wollen. Wahr ist, daß wir die RAF für eine Organisation halten, die es besser nicht gegeben hätte; wahr ist, daß wir dafür sind, daß die Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisation besser heute als morgen ihre falsche Strategie und Taktik aufgeben. Auf keinen Fall jedoch werden wir uns dazu hinreißen lassen, die Erschießung des Richters Drenkmann schlicht als "konterrevolutionäre Tat wildgewordener Kleinbürger" zu "verurteilen". Konterrevolutionäre sind solche, die gegen die Revolution kämpfen. Diesen Eindruck haben wir nicht bei jenen, die für die Erschießung des Richters Drenkmann verantwortlich sind. Wir meinen, daß sie mit völlig untauglichen Mitteln und auf völlig falsche Weise für die Revolution kämpfen wollen. Wir sind nicht dagegen, daß sie für die Revolution kämpfen wollen, sondern sind dagegen, daß sie dies mit Mitteln tun, die der Revolution nichts nützen, weil sie die Arbeiterklasse, die revolutionäre Klasse, nicht vorwärtsbringen, sondern eher zurückwerfen. Das tun aber auch diejenigen, die wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) angesichts solcher fehlerhafter Aktionen gleich von "konterrevolutionären Handlungen" reden und zu "verurteilen" beginnen. Im übrigen sollte die Gruppe Rote Fahne vorsichtig sein mit Vorwürfen wie wildgewordene Kleinbürger. Jedenfalls spricht aus der Bezeichnung der Erschießung des Richters Drenkmann als "konterrevolutionäre Handlung" wohl nichts anderes als das Nachgeben gegenüber dem ideologischen Druck der Bourgeoisie. Daß dies der Gruppe Rote Fahne passiert, ist leicht verständlich, denn sie geht an keine einzige Frage des Klassenkampfes prinzipiell heran, sondern stets leicht opportunistisch, mal so rum, mal andersrum. Nur Lenin sollten ihre Führer dabei aus dem Spiel lassen. Mit Lenin kann man zeigen, daß die Erschießung des Richters Drenkmann eine völlig falsche Aktion war, basierend auf einer falschen Strategie und Taktik. Mit Lenin kann man aber nicht zeigen, daß sie eine konterrevolutionäre Handlung, das heißt eine Handlung im Sinne und im Interesse der Konterrevolution gewesen ist. Natürlich nützt die Bourgeoisie solche Handlungen aus im Interesse der Verschärfung der Reaktion. Das ist klar. Wir haben die Führer der Gruppe Rote Fahne (KPD) seinerzeit beim Thieu-Besuch, als sie das Bonner Rathaus besetzten und ein Ultimatum an die Bundesregierung stellten, weil die Partei der Arbeiterklasse das Rathaus besetzt halte, als Taugenichtse bezeichnet. Hätten sich die Führer der Gruppe Rote Fahne auf eine solche Kennzeichnung des Richters Drenkmann beschränkt, könnte man nichts dagegen sagen. Sie hat aber mehr getan. Lenin spricht in dem von der Gruppe Rote Fahne (KPD) angeführten Zitat von "Fehlern" der Terroristen. Die Gruppe Rote Fahne aber stellt sie auf eine Stufe mit der Bourgeoisie

Fortsetzung S. 9

Einige Fragen...

Der Rote Morgen dreht durch

Der Rote Morgen hat die Gruppe Rote Fahne angegriffen, weil sie die Erschießung des Richters Drenkmann "verurteilt" hat. Recht hätte er mit diesem Angriff, wenn er ihn richtig führen würde. Stattdessen dient dieser Angriff dem Roten Morgen nur dazu, entsprechend falsches Zeug an den Mann zu bringen: "Wenn aber jemand in Westberlin aus Haß auf die Bourgeoisie, aus Wut über die Ermordung eines Revolutionärs einen Kammergerichtspräsidenten hinrichtet, so hilft das zwar gegenwärtig nicht dem Proletariat, den Weg zur Revolution zu ebnen, aber es offenbart einen tausendmal ehrlicheren Klassenstandpunkt, als das Lamentieren der Führer der Gruppe Rote Fahne über 'konterrevolutionäre Attentate'." (Roter Morgen vom 23. November) Wenn "jemand" einen "hinrichtet", klassischer kann man den kleinbürgerlichen Anarchismus wirklich nicht zum Ausdruck bringen. Wenn "jemand" mal schnell den Souverän spielt, dann kann das den Roten Morgen überhaupt nicht jucken. Fragt sich, welcher Klassenstandpunkt da zum Ausdruck kommt. Bestimmt nicht der Standpunkt des Proletariats, das als revolutionäre Klasse, die eine gewaltige Revolution zu vollbringen hat und eine neue Gesellschaft errichten wird, niemals damit einverstanden sein wird, daß "jemand" mal schnell einen "hinrichtet", weil er gerade einen Haß schiebt und eine Wut im Bauch hat.

Die Erschießung des Richters Drenkmann ist beileibe keine "Hinrichtung", und niemand, der für die Volksrevolution in Westdeutschland eintritt und für ihre Verwirklichung arbeitet, kann heute oder später beanspruchen, den Willen des Volkes auszuführen und eine Hinrichtung durchzuführen, bevor er das Volk gefragt hat und ohne daß die revolutionären Organe der Demokratie, der Volksherrschaft, ihre Entscheidung gefällt haben. Bei der Erschießung des Richters Drenkmann handelt es sich um den Vergeltungsschlag einer Organisation, die die Revolution auf dem Wege des Privatkrieges machen will. Niemals kann ein Marxist-Leninist auf die Idee kommen, diesen Vergeltungsschlag als Hinrichtung zu begreifen und zu verteidigen. Der Rote Morgen ist damit auf den Standpunkt der kleinbürgerlichen Anarchie heruntergekommen. Das Revolutionstribunal in der Form der Bierkaschemme, in der fünf bis sechs Leute sich diese oder jene falsche Aktion ausdenken, auf diese Idee konnte nur der Rote Morgen kommen.

In der revolutionären Bewegung spielt allerlei kleinbürgerlicher Plunder immer noch eine große Rolle.

Während die Arbeitslosigkeit zunimmt, während sich der Klassenkampf verschärft, die Arbeiterklasse in Bewegung kommt und die Volksmassen mannigfache Kämpfe führen, während die Bourgeoisie darangeht, der Arbeiterklasse neue Fesseln anlegen zu wollen und ihren Unterdrückerapparat ausbaut, sind die Revolutionäre auf diese Situation immer noch schlecht gerüstet. All der Plunder, den sich diese oder jene Leute ausgedacht haben und als kleinbürgerliche Idealisten in die Welt gesetzt haben, spukt noch in viel zu vielen Köpfen. Organisationen wie die RAF richten großen Schaden an, und Leute, die sich Marxisten-Leninisten nennen, treten diesem Schaden nicht entgegen. Sie sorgen nicht für Klarheit in den Köpfen der Revolutionäre, damit diese in die Lage kommen, sich mit den Fortgeschrittenen der Arbeiterklasse fest zur marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse zusammenzuschließen, sondern stiften mit ihrem kleinbürgerlichen Mist zusätzliche Verwirrung. Sie können nicht ertragen, daß die Wirklichkeit mit Hilfe des Marxismus-Leninismus untersucht wird und auf Grundlage dieser Untersuchung eine klare politische Linie festgelegt wird. Sie wollen sich um Gottes Willen nicht von allerlei pseudorevolutionärem Gehabe und Gerede trennen. Nach unserer Ansicht wird es unbedingt Zeit, daß diejenigen, die sich Marxisten-Leninisten nennen, wirklich welche werden. Für unsere Frage bedeutet das, daß sie genau unterscheiden lernen zwischen gerecht und ungerecht, zwischen richtig und falsch. Daß sie zuallererst einen scharfen Trennungsstrich ziehen zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und den Interessen der Bourgeoisie und daß sie dann einen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen dem, was der Arbeiterklasse nützt, weil es richtig ist, und zwischen dem, was der Arbeiterklasse schadet, weil es falsch ist. Und daß sie endlich eine Überzeugungsarbeit unter den Massen und in der Arbeiterklasse aufnehmen, die sich auf das Interesse und auf Tatsachen stützt und die dadurch überzeugend wirkt. Daß sie es lernen, eine Politik der Aktionseinheit der Massen zu entwickeln, die sich an jedem Punkt des Klassenkampfes auf den Zusammenschluß der Massen für den nächsten notwendigen Schritt konzentriert, ohne einmal das Ziel der sozialen Revolution des Proletariats aus den Augen zu verlieren. Eine Politik der Aktionseinheit, die sich an die Massen nicht wendet als permanente Zumutung, sich irgendetwas anzueignen und auch noch mit vertreten zu müssen, sondern sich an die Massen wendet, indem sie die Forderung aufgreift, auf der gegenwärtig die Massen sich im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat zusammenschließen können. Bezüglich des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge ist dies die Forderung: Die Isolations- und Vernichtungshaft muß weg. Für die Durchsetzung dieser Forderung sich führend einzusetzen, ist die Aufgabe der Kommunisten, unbeirrt durch die Hetze der Bourgeoisie und falsche Vorschläge von "wohlmeinenden Freunden" der Arbeiterklasse.

–J.S.–

Erfolgreiche Solidarität mit der ZANU

Rex Chiwara, ein Vertreter der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) berichtete auf zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen in westdeutschen Städten über den Kampf seines Volkes gegen das rhodesische Siedlerregime. Die Veranstaltungen, die stattfanden im Rahmen der Aktion "Landrover für den Kampf das Volkes von Zimbabwe" waren überall überaus erfolgreich. Wir fordern alle unsere Leser auf, sich an der Aktion zu beteiligen, damit die Solidaritätsaktion noch erfolgreicher wird.

Herne. Die Solidaritätsveranstaltung zum Kampf des Volkes von Zimbabwe stieß auf großes Interesse. Ca. 100 Menschen besuchten die Veranstaltung, darunter eine große Zahl von Leuten, die zum ersten Mal eine solche Veranstaltung besuchten.
Bester Ausdruck der Begeisterung über die Erfolge der Befreiungsbewegung von Zimbabwe war das Ergebnis der Spendensammlung auf der Veranstaltung: 656,49 DM, insgesamt sind damit bis jetzt in Herne 1 200 DM gesammelt worden.

Bochum. Bei 120 Besuchern sind über 770 DM gesammelt worden, und so haben wir in Bochum insgesamt jetzt schon 1 400 DM zusammenbekommen.

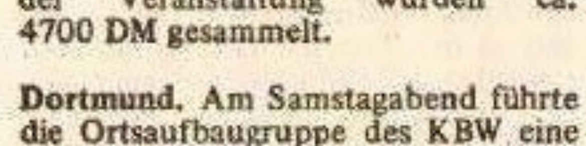
Westberlin. Am Donnerstag, den 28.11. kamen im Auditorium Maximum der Technischen Universität ca. 600 Menschen zusammen, um ihre Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe zu bekunden.
Die Ortsgruppe veranstaltete mehrere kleinere Veranstaltungen der Zellen in der Stadt, organisierte ein Skattournier mit Mindesteinsatz 7,– DM und ein Fußballspiel gegen Kollegen von Fritz Werner, was auch Eintritt kostet. Der Erlös geht jeweils an die ZANU für die Landrover.
Auf der Veranstaltung wurden 3 260,00 DM gesammelt.

Trier. Etwa 120 Menschen nahmen **an der** Solidaritätsveranstaltung teil. **Obwohl fast** ausschließlich Lehrlinge, **Schüler und** Studenten anwesend wa**ren, konnten 360 DM** gesammelt werden.

Rex Chiwara, Vertreter der ZANU – Große Begeisterung herrschte auf den Solidaritätsveranstaltungen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe.

Frankfurt. An der Veranstaltung mit Rex **Chiwara nahmen ca.** 800 Menschen teil, **eingeleitet wurde sie durch** Sketche und **Solidaritätslieder, vorge**tragen von der **Agit-Prop-Gruppe der** Ortsgruppe des **KBW Frankfurt. Die** revolutionäre Zuversicht **des Genos**sen R.Chiwara in den **Sieg des Volkes** von Zimbabwe machte auch **hier je**dem klar: Der Kampf der Völker um Befreiung ist nicht aufzuhalten. Auf der Veranstaltung wurden ca. 4700 DM gesammelt.

Dortmund. Am Samstagabend führte die Ortsaufbaugruppe des KBW eine Veranstaltung mit dem Genossen Rex Chiwara von der ZANU durch, 750 Dm wurden gespendet.



Was ist die ZANU?

Auszug aus einem Dokument der ZANU

Die ZANU ist die nationale Befreiungsbewegung, die Spitze der national-demokratischen Revolution in Zimbabwe.

Welche Rolle spielt die ZANU in der Revolution von Zimbabwe?
Die ZANU ist die Vorhut der Revolution in Zimbabwe. Sie ist die höchste Autorität, jede ihrer Entscheidungen und Ziele müssen von den verschiedenen Organen der Revolution durchgeführt werden.

Welches ist die Ideologie der ZANU?
Die ZANU arbeitet nach den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Ihr Ziel ist es, eine sozialistische Revolution zu erreichen. Ehe jedoch eine solche sozialistische Revolution erreicht werden kann, ist eine Übergangsphase der national-demokratischen Revolution notwendig. Die national-demokratische Revolution ist die notwendige Vorbereitung für die sozialistische Revolution und die sozialistische Revolution ist die unvermeidliche Fortsetzung der national-demokratischen Revolution. Je gründlicher die national-demokratische Revolution ist, desto besser sind die Bedingungen für die sozialistische Revolution.

Welches sind die politischen Ziele der ZANU?
Die politischen Hauptziele der ZANU sind, ein freies, demokratisches, unabhängiges und sozialistisches Zimbabwe zu schaffen und die politische Vorherrschaft des fremden Elements in unserer Gesellschaft und seine imperialistischen und kapitalistischen Wurmfortsätze zu beseitigen. Unser Ziel ist wahrhafte nationale Unabhängigkeit und sozialistischer Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Was ist die gegenwärtige Politik der ZANU in Zimbabwe?
Die ZANU ist verpflichtet, die nationale Unabhängigkeit durch den **bewaffneten Kampf** zu erreichen. Wir verurteilen aufs schärfste die Politik der Zusammenarbeit mit den Siedlern in Südafrika. Da wir die Motive und Gründe der Unterzeichner des Lusaka-Manifests kennen (in diesem wird ein Eingreifen Großbritanniens zur Lösung des "Rhodesien-Problems" befürwortet – die Red.), verwerfen wir strikt deren Herangehen an dieses Problem und bekräftigen unsere Entschlossenheit zum bewaffneten Kampf.

Welche Außenpolitik verfolgt die ZANU?
Die Außenpolitik der ZANU ist durch zwei Hauptprinzipien bestimmt: gegen den Imperialismus kämpfen und sich mit allen fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt vereinen. Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt sind in einen riesigen weltweiten Konflikt gegen Imperialismus und Kapitalismus verwickelt. Da die Feinde, die wir bekämpfen, sowohl lokal wie international sind, haben wir unser Gewicht auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte in der Welt geworfen. Wir unterstützen die Politik der Afrikanischen Einheit, wie sie in der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) niedergelegt ist.

Ein sinnvolles Spielzeug

Ich war auf der Veranstaltung mit Rex Chiwara in Mannheim. Dort rollten mir plötzlich Genossen einen Spielzeug-Landrover zu, auf dessen Seiten je ein Schild mit der Aufschrift "ZANU" klebte. Die Genossen forderten mich auf, diesen Landrover für 10 DM zu kaufen. Diese Idee halte ich für ausgezeichnet. Denn einmal ist es eine der vielfältigen Möglichkeiten, die Solidarität mit dem Volk von Zimbabwe zu propagieren. Zum anderen freuen sich die Kinder über solch Spielzeug, das sie vielseitig verwenden können. Und die Eltern können mit einem solchen Geschenk beginnen, ihre Kinder über die Zustände auf der Welt aufzuklären und ihnen zu zeigen, warum ein Volk wie das von Zimbabwe für seine Befreiung kämpft und dazu Landrover braucht.
Die Genossen in anderen Städten, vor allem dort, wo noch Veranstaltungen mit Rex Chiwara stattfinden, sollten sich diese Idee zu eigen machen. Die Spielzeug-Landrover kann man auch gut für Basare und Flohmärkte verwenden.

–U.S., Weinheim–

Spendenliste



Spender	Betrag
R.K., Biblis	200,00 DM
H.L., Kaiserslautern	30,00 DM
OG Sammlung im Büro Mannheim	124,00 DM
L.Ha., Bielefeld	50,00 DM
KG Mörfelden	50,00 DM
J.R., Frankfurt	152,60 DM
W.L., Westberlin	200,00 DM
KVZ-Leserkreis Sandhausen	17,00 DM
M.K., Hamburg	200,00 DM
P.SK., Hamburg	200,00 DM
Sammlung auf einer Feier in Kerkrade, Holland	30,00 DM
KG Gummersbach	83,42 DM
Ch.H., u. S.L., Offenbach	100,00 DM
KHG/Zelle Soziologie Westberlin	271,73 DM
KSO/Zelle Medizin Gießen	58,00 DM
U.K., Offenbach	200,00 DM
KAJB-Klöckner,Bremen	60,00 DM
W.H., Münster	343,42 DM
H.K., Ravensburg	100,00 DM
H., Stuttgart	50,00 DM
SG des KBW Schwerte	39,50 DM

Spendenkonto
Landrover für Zimbabwe (ZANU)
Volksbank Mannheim
Konto Nr. 10 683 26

Spender	Betrag
Sammlung des KSB Kassel	92,35 DM
Basar der Studenten der HBK/GHK, Kassel	747,39 DM
H.K., Eine Samstags-Schicht, Bremen	50,00 DM
R.M., Ellerau	200,00 DM
St.B., Bremen	200,00 DM
Sammlung auf der Veranstaltung Darmstadt	200,00 DM
Politisches Buch, Sammlung ehem.Katalog-Red.,Bremen	816,61 DM
W.U., Braunschweig	20,00 DM
E.G., Gießen	30,00 DM
D.Reichert, Mannheim	204,50 DM
H.Th., Heidelberg	50,00 DM
Sammlung GUV Gießen	500,00 DM
H.Ro., Heidelberg	1 000,00 DM
Sammlung im Büro der OG Wolfsburg	30,00 DM
SG des KBW Herne	305,63 DM
Fr.Ne., Kiel	15,00 DM
H.R., Bischmisheim	20,00 DM
Sammlung im Studentenwohnheim in Köln	35,00 DM
Al.P., Kiel	200,00 DM
Dr.R.R., Frankfurt (Gallus)	1 200 ,00 DM
H.Co., Heidelberg	200,00 DM
J.W., München	10,00 DM
OAG Celle	93,00 DM

Der Kontostand am 28.11.1974 ist: 22 479,56 DM
Der Kontostand ist wegen der langen "Bankwege" immer ca. eine Woche im Rückstand gegenüber dem Zeitpunkt der Spende.

Unsere Kinder, Obdachlose von morgen?

Aachener Obdachloseneltern wehren sich

Aus der Obdachlosensiedlung Feldchen in Aachen gehen über 70 % der Kinder auf Sonderschulen. Diese Tatsache ist auf die miserablen Wohn- und Lebensbedingungen in der Siedlung und die uns allen bekannte Schulmisere zurückzuführen. Mehrere Eltern aus der Siedlung schilderten uns ihre Situation:

Die meisten von uns haben zu kleine und nasse Wohnungen. Die Sachen in den Kleiderschränken vermodern und die Schuhe werden schimmlig. Die Herren von der Stadt behaupten, daß wir die Wohnungen nicht lüften und zuviel Möbel drinstehen haben. Dabei stehen nur die Möbel drin, die wir wirklich brauchen. Die wirkliche Ursache für die Feuchtigkeit ist der sumpfige Boden. Vor den letzten Bundestagswahlen versprach man uns Duschen, aber bis heute ist noch nichts geschehen. Die Kinder haben keine Spielgelegenheiten, außer an den stinkenden Mülltonnen. Wenn unsere Kinder Schwierigkeiten in der Schule haben, können wir ihnen nicht helfen. Deswegen brauchen wir eine Lernhilfe!
Vor neun Monaten haben wir die Forderung nach einer Lernhilfe aufgestellt. Die ist uns auch versprochen worden, aber bis auf eine Schulaufgabenaufsicht, die behelfsmäßig im Kindergarten durchgeführt wird (schlechte Räume, zu wenig Personal), ist bis heute nichts geschehen.

Die Räume, die innerhalb der Siedlung für die Lernhilfe bereitgestellt wurden, stehen seit Monaten ungenutzt leer, da weder Stadt noch Caritas (Träger der Lernhilfe) bereit sind, die Kosten für die Renovierung und Einrichtung zu übernehmen, obwohl sie schon monatelang immer wieder Versprechungen machen, daß wir das Geld bekommen.
Die Schulaufgabenaufsicht, die auch nicht reicht, um unseren Kindern über die Schwierigkeiten zu helfen, die aber in letzter Zeit Fortschritte machte, nachdem endlich ein Leiter für die Lernhilfe gefunden wurde, zerstören Stadt und Caritas jetzt dadurch, daß sie den Leiter unter dem Vorwand, daß er Kommunist ist, rausschmeissen.
Die notwendige Zusammenarbeit mit den Schulen und uns Eltern ist jetzt kaum mehr möglich, da die anderen, die in der Schulaufgabenaufsicht arbeiten, keine Zeit für diese Arbeit haben. Wir Bewohner wollen den Leiter behalten, weil er mit unseren Kindern gut gearbeitet hat. Uns ist es egal, ob einer Kommunist ist, oder nicht, die Hauptsache ist, daß er gut arbeitet und sich für uns und unsere Kinder einsetzt. Aber genau das wollen die da oben nicht.
Deswegen haben wir eine Unterschriftensammlung gemacht und die sofortige Wiedereinstellung gefordert. Wir sind nicht damit einverstanden, daß unsere Kinder zu Sonderschülern herangezüchtet werden und damit wieder die zukünftigen Bewohner solcher Siedlungen wie Feldchen sind.

Kommunistisches Kollektiv Aachen
Zelle Feldchen

Demonstration gegen Flächenabriß

Osnabrück. Wie wir schon in der KVZ Nr. 24 berichteten, hat sich in Osnabrück eine breite Kampffront gegen die geplante Stadtsanierung gebildet, durch die in der Innenstadt viel erhaltenswerter billiger Wohnraum zerstört und auch einige historische Gebäude auf der Strecke bleiben würden. Am Dienstag, dem 26.11. 1974 demonstrierten nun 800 Osnabrücker, mehr als je in den letzten Jahren, durch die Innenstadt zum Rathaus, wo sie dem Stadtrat 5 000 Unterschriften übergaben.
Der Oberbürgermeister machte zu der Forderung "Sofortiger Sanierungsstop" keine klaren Aussagen, er wolle, sich aber die Pläne noch einmal anschauen.
Der Aufruf zur Demonstration war am Donnerstag zuvor auf einer Versammlung von 400 Menschen beschlossen worden. Bei der Abstimmung hoben alle die Hände für den Beschluß bis auf den Oberbürgermeister und den Vertreter der Neuen Heimat.

Gegen Fahrpreiserhöhung!

Hannover, den 22.11.74
Schülervertretung der
integrierten Gesamtschule
Roderbusch/Bornhof 8

An die
Hannoversche Allgemeine Zeitung
Neue Hannoversche Presse
Kommunistische Volkszeitung
Unsere Zeit
An die Verbandsversammlung
des Großraumes Hannover

ausgearbeitet:
Wie die Erhöhung der Gas- und Stromtarife, so wird auch die geplante Erhöhung der Fahrpreise die Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Rentnern, Schülern und Studenten in nicht geringem Maße belasten. Alle diese Maßnahmen führen zu einer Verschlechterung unserer Lebenshaltung, wogegen wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen werden!

Gegen Fahrpreiserhöhung!

Hannover, den 22.11.74
Schülervertretung der
integrierten Gesamtschule
Roderbusch/Bornhof 8

An die
Hannoversche Allgemeine Zeitung
Neue Hannoversche Presse
Kommunistische Volkszeitung
Unsere Zeit
An die Verbandsversammlung
des Großraumes Hannover

Betr.: Geplante Fahrpreiserhöhung im Großraum Hannover

Die Schülervertretung IGS-Roderbusch hat am 21.11.1974 einstimmig beschlossen, die geplanten Fahrpreiserhöhungen kompromißlos abzulehnen!
Ein von der SV beantragter Arbeitsausschuß hat folgende Begründung

ausgearbeitet:
Wie die Erhöhung der Gas- und Stromtarife, so wird auch die geplante Erhöhung der Fahrpreise die Haushalte von Arbeitern, Angestellten und Rentnern, Schülern und Studenten in nicht geringem Maße belasten. Alle diese Maßnahmen führen zu einer Verschlechterung unserer Lebenshaltung, wogegen wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen werden!

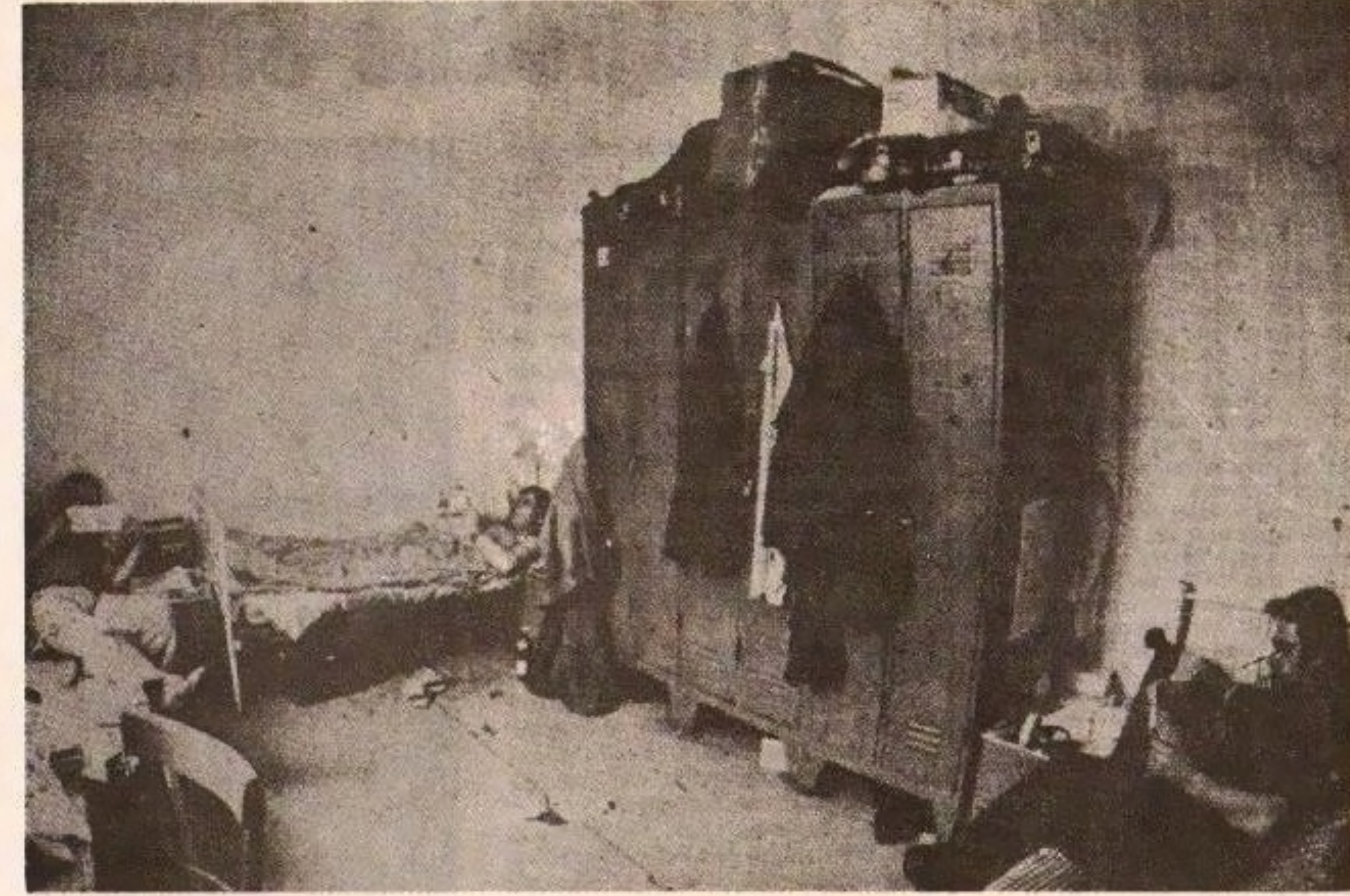
I.A. der Schülervertretung
gez.: Frank Jentzsch

Im Übrigen hat die SV beschlossen, am Mittwoch, dem 27.11.1974 um 16.30 Uhr vor dem Rathaus eine Kundgebung gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen durchzuführen.

I.A. der Schülervertretung
gez.: Frank Jentzsch



Fechenheim. Am Samstag, dem 23.11. demonstrierten in Fechenheim bei Frankfurt 80-90 Menschen gegen den geplanten Bau eines Großkraftwerks im Mainbogen, der eh schon unter der Umweltzerstörung durch die Industrie schwer zu leiden hat. Aufgerufen hatte das Komitee "Kampf dem Bau des Großkraftwerks Fechenheim". Obwohl die Bevölkerung schon lange unmißverständlich ihre Ablehnung gegen das Werk kundgetan hat – zuletzt auf einer Veranstaltung mit Rudi Arndt, dem Frankfurter Oberbürgermeister – haben die Verantwortlichen nun sogar vor, 2 Kraftwerke in der Gegend zu bauen.



Ca. 10qm für drei ausländische Arbeiter

Kaserne für ausländische Arbeiter

Das Ausländerwohnheim der Firma Alfred Teves (ITT) in Bergneustadt

Liebe Genossen,

Ich glaube, daß in der KVZ die Darstellung und Anprangerung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der ausländischen Arbeiter in der BRD zu kurz kommt.
Ich möchte mit meinem Bericht über das Ausländerwohnheim der Fa. Alfred Teves (ITT) in Bergneustadt dazu beitragen, daß dieser Mangel behoben wird.

Als dieses Heim von einigen Jahren eröffnet wurde, war die lokale Presse voll des Lobes über die 'soziale Großtat' der Fa. Teves, die den ausländischen Arbeitern die Möglichkeit bot, 'aus dem Mief der Barackenatmosphäre in eine menschenwürdige Lebenssituation' überzuwechseln.
Wie stellt sich nun die Menschenwürde hier konkret dar?

In dem sechsstöckigen Wohnhaus wohnen bei voller Belegung 220 ausländische männliche Arbeiter in Vierbettzimmern von etwa 16 Quadratmeter und Zweibettzimmern von 8 bis 9 Quadratmetern. Jeder Arbeiter bezahlt 75 DM Miete – ein 16 Quadratmeter großes Zimmer bringt also 300 DM ein, das ganze Haus 16 500 DM im Monat.
Während der Zeit der Hochkonjunktur wurde ein 23 qm großer Keller, in dem Tischtennis gespielt werden konnte, in einen 'Wohnraum' umgewandelt: 10 Menschen hausen dort in einem kahlen Raum mit 5 Doppelstockbetten, ein kleines vergittertes Fenster gibt wenig Licht, so daß man auch am Tag die Neonbeleuchtung eingeschaltet lassen muß. Bade- und Duschgelegenheiten sind für die Kellerbewohner nicht da. Dieser Keller bringt dem Vermieter im Monat 500 DM ein.

Die Hausordnung stellt die Heimbewohner vor viele schwerwiegende Probleme:

- Der Aufenthalt von Nicht-Heimbewohnern in den Wohnungen und Zimmern ist verboten. Die ausländischen Arbeiter haben nicht die Möglichkeit, ihre Freunde und Bekannte zu bewirten, zu feiern usw.
- Es herrscht absolutes Frauenverbot im Haus. Kein Kollege kann seine Frau oder Freundin mit nach Hause bringen; der sexuelle Notstand dem die ausländischen Arbeiter sowieso in der Bundesrepublik unterworfen sind, weil es für sie recht schwierig ist, deutsche Frauen und Mädchen kennenzulernen, wirkt sich hier verschärft aus und isoliert die ausländischen Kollegen noch mehr von der deutschen Bevölkerung.
- Die Wäsche darf nicht im Haus gewaschen werden. Die Kollegen sind gezwungen, ihre Wäsche für viel Geld bei der Reinigung waschen zu lassen.

Für Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten werden von der Fa. Teves in der letzten Zeit fast keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt, beim Reinigungspersonal wird rationalisiert, so daß das Haus zusehends vergammelt.

Die Möglichkeiten der Kollegen, gegen diese Zustände aufzutreten, sind beschränkt:
Ein Mietstreik ist aussichtslos, da die Miete direkt vom Lohn abgezogen wird; das Wohnrecht im Haus wird direkt aus dem Arbeitsverhältnis abgeleitet, und bei Kündigung des Arbeitsplatzes muß das Heim in 14 Tagen verlassen sein. Mit der Unterschrift unter die Heimordnung verliert der Arbeiter die meisten seiner Rechte: Wegen der geringsten Verstöße kann ihm vom Heimleiter oder der Personalabteilung der Fa. Teves gekündigt werden.
Im Übrigen ist die Situation in der Kleinstadt Bergneustadt so, daß es auf dem 'freien Wohnungsmarkt' für ausländische Arbeiter fast unmöglich ist, eine Wohnung zu mieten, so daß sie auf die betriebliche Wohnkaserne angewiesen sind.

R.S. Bergneustadt

bettzimmern von etwa 16 Quadratmeter und Zweibettzimmern von 8 bis 9 Quadratmetern. Jeder Arbeiter bezahlt 75 DM Miete – ein 16 Quadratmeter großes Zimmer bringt also 300 DM ein, das ganze Haus 16 500 DM im Monat.
Während der Zeit der Hochkonjunktur wurde ein 23 qm großer Keller, in dem Tischtennis gespielt werden konnte, in einen 'Wohnraum' umgewandelt: 10 Menschen hausen dort in einem kahlen Raum mit 5 Doppelstockbetten, ein kleines vergittertes Fenster gibt wenig Licht, so daß man
Möglichkeit, ihre Freunde und Bekannte zu bewirten, zu feiern usw.
– Es herrscht absolutes Frauenverbot im Haus. Kein Kollege kann seine Frau oder Freundin mit nach Hause bringen; der sexuelle Notstand dem die ausländischen Arbeiter sowieso in der Bundesrepublik unterworfen sind, weil es für sie recht schwierig ist, deutsche Frauen und Mädchen kennenzulernen, wirkt sich hier verschärft aus und isoliert die ausländischen Kollegen noch mehr von der deutschen Bevölkerung.
unter die Heimordnung verliert der Arbeiter die meisten seiner Rechte: Wegen der geringsten Verstöße kann ihm vom Heimleiter oder der Personalabteilung der Fa. Teves gekündigt werden.
Im Übrigen ist die Situation in der Kleinstadt Bergneustadt so, daß es auf dem 'freien Wohnungsmarkt' für ausländische Arbeiter fast unmöglich ist, eine Wohnung zu mieten, so daß sie auf die betriebliche Wohnkaserne angewiesen sind.
R.S. Bergneustadt

Kein Grund zum Feiern

Ein "Kartoffelsalat-Solidaritätsessen" sollte den Kartoffelsalat-Kapitalisten Grenz rehabilitieren

Am Samstag hat in Neuhofen/Ludwigshafen ein besonderes Fest stattgefunden. SPD-Gemeinderatsfraktion und die "Interessengemeinschaft Neuhofener Gewerbetreibender" (ING) haben alle Neuhofener zum großen Solidaritäts-Kartoffelsalatessen in der Sporthalle eingeladen.
Die Solidarität sollte dem Kapitalisten Grenz gelten, dessen 17-Mann-Betrieb am 23. Oktober geschlossen worden war unter dem dringenden Verdacht, daß eines seiner Produkte – der Kartoffelsalat – Ausgangspunkt der Typhusepidemie sei.

Inzwischen haben die staatlichen Ämter, die mit den Untersuchungen im Betrieb befaßt waren, Herrn Grenz bescheinigt, daß sie keine Typhus-Bakterien gefunden haben. Der illegal errichtete Brunnen, den Grenz zur Umgehung der hohen Trinkwasserpreise bereits seit 1968 benutzte, wurde zugeschüttet.
Seit 27.11. produziert die Firma Grenz wieder und dies sollte jetzt gefeiert werden.
Und sie kamen. Bürgermeister und SPD-Gemeinderäte, Kapitalist Grenz mit Familie, die Mitglieder der ING, die Presse, das Fernsehen.

Wir verteilten ein Flugblatt, in dem wir feststellten, daß es wirklich keinen Grund zum Feiern gibt. Darüber, daß die Infektionsquelle für mehr als 400 Typhuskranke nicht gefunden wurde, kann sich die Bevölkerung nicht freuen. Im Gegenteil. Wer das Vorgehen der Ämter und zuständigen Ministerien verfolgt hat, muß zutiefst empört sein über die offensichtliche Mißachtung seiner Interessen, darüber, daß zum Schutz des Volkes nichts getan wurde.
Im Flugblatt und in Gesprächen mit Besuchern der Gaststätte und einigen, die zum Werbefest gekommen waren sind wir auf viele Widersprüche in den Zeitungsberichten eingegangen. Wir haben gezeigt, daß alle wichtigen Tatsachen wie Untersuchungsbefunde des Brunnenwassers, Angaben über die Verkaufsstellen des Grenz'schen Kartoffelsalats der Öffentlichkeit vorenthalten wurden.

–A.B., OAG Ludwigshafen–

Fristlos entlassen

Medizinalassistentin wurde von den Gesundheitsbehörden gekündigt

Die Stuttgarter Medizinalassistentin Dorle Lange, die zusammen mit drei weiteren Ärzten in einem offenen Brief das Verhalten der Gesundheitsbehörde in der Typhusepidemie kritisiert hatte, ist jetzt fristlos entlassen worden. In dem offenen Brief hatte es u.a. geheißen: "Wir vier Mediziner klagen die Stadtverwaltung, insbesondere die Gesundheitsbehörden an, fahrlässig die katastrophalen Zustände in einigen der Stuttgarter Krankenhäuser mitverschuldet zu haben."
In einer darauffolgenden Presseerklärung hatte die Ärztin ihre Vorwürfe noch einmal wiederholt und bekräftigt. **Fristlos entlassen wurde sie jetzt, weil sie sich mit ihren Vorwürfen an die Öffentlichkeit und nicht an den Ärztlichen Direktor gewandt habe. Offensichtlich will die Gesundheitsbehörde und die Krankenhausverwaltung mit allen Mitteln verhindern, daß die Zustände im Gesundheitswesen an die Öffentlichkeit gelangen.** Die Typhusepidemie hat aber deutlich gezeigt, wie die staatlichen Gesundheitsbehörden mit den Kapitalisten auf Kosten der Gesundheit der Volksmassen zusammenarbeiten. Deshalb ist es auch gut, wenn sich Ärzte, wie die Unterzeichner des offenen Briefes, an die Öffentlichkeit wenden.
Laut FR vom 26.11. haben sich bisher insgesamt 500 Kollegen der ÖTV und Ärzte anderer Krankenhäuser durch ihre Unterschrift mit der Medizinalassistentin solidarisiert, gegen deren Entlassung inzwischen Klage auf Wiedereinstellung von der ÖTV eingelegt worden ist.

-e.r.-

Kündigung zurückgewiesen trotzdem arbeitslos

Bremen. 3 der 4 Ende August/Anfang September fristlos entlassenen Lehrlinge haben den Prozeß gegen die Bremer Werkzeug- und Maschinenbau GmbH in erster Instanz gewonnen. Das Gericht hat die Kündigung als unbegründet zurückgewiesen. Der Prozeß der vierten Kollegin wurde auf den 12.12.74 10.30 Uhr in der Brahmstr. 25 vertagt, weil die Gründe für diese Kündigung dem Gericht als ausreichend erschienen. Es ist zu erwarten, daß in diesem Prozeß die inhaltlich Auseinandersetzung über die parteipolitischen Ziele der Kollegin geführt werden.

Anläßlich dieser ersten Verhandlung verfaßte die Geschäftsleitung einen Schriftsatz, in dem sie die "Schandtaten" aufzählte, um zu begründen, daß solche "Elemente" im Betrieb untragbar sind.

Es wird ihnen z. B. vorgeworfen, eine Stempelordnung nicht eingehalten zu haben, die vorsieht, daß ein Ausbilder neben der Stempeluhr stehend die Lehrlinge überwacht und die Reihenfolge genau überprüft; die betroffenen Lehrlinge hatten sich nicht genau an die Reihenfolge gehalten. Weiter wird ihnen vorgeworfen:
- mit 30 Lehrlingen Solidarität mit dem Streik der Metaller im März 1974 bekundet zu haben;
- sich für die Zurücknahme der fristlosen Kündigung des Kollegen Busse eingesetzt zu haben, nachdem dieser auf einer Betriebsversammlung gesprochen hatte;
- dagegen protestiert zu haben, daß ein Lehrling, der im Eßraum verbotenerweise geraucht hatte, in Zukunft zur Strafe an seiner Drehbank essen sollte.

All dies nennt die Firma in ihrem Schreiben "Zusammenrottung", "Aufhetzung", "frech", "arrogant", "renitent": sie würden ein anderes Ziel als ihre Ausbildung verfolgen.
Im Betrieb wird über sie von der Geschäftsleitung verbreitet, sie würden so tun, als ob sie sich für die Kollegen einsetzen würden, in Wirklichkeit wollten sie nur "Rabatz" machen, um im Betrieb Kommunisten "anzuwerben".
Sie werfen den Kollegen vor, sie wollen nur Unruhe stiften und den "Betriebsfrieden" stören. Mit Hetze versuchen die Kapitalisten zu vertuschen, daß die Ursachen der Unruhe unter den Lehrlingen die schlechten Verhältnisse sind.
Zwei Lehrlinge, bei denen das Gericht die Kündigung nicht anerkannte, durften trotzdem nicht am nächsten Tag in den Betrieb. Ihnen wurde mit der Polizei gedroht, falls sie es dennoch versuchen würden.



Solidaritätsdemonstration für die entlassenen Lehrlinge



Solidaritätsdemonstration für die entlassenen Lehrlinge

Personalversammlung aller Bremer Lehrer

1700 Lehrer erschienen/Gegen die Bremer Lehrerentlassungen

Am 26. November fand in Bremen die Personalversammlung aller Bremer Lehrer statt. Rund 1 700 Kollegen erschienen auf dieser Versammlung. Ursprünglich war sie anberaumt worden, um dagegen zu protestieren, daß die Lehrer nicht in die Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst einbezogen werden sollten. Als sie jetzt stattfand, standen aber die Entlassungen der Lehrer K. Maier und S. Faulstich im Mittelpunkt der Debatte.

Auch der VBLE, der Spalterverein der GEW in Bremen, hatte seine Mitglieder zur Teilnahme an dieser Personalversammlung aufgefordert. Der Vorsitzende des VBLE Mews hatte noch tags zuvor den Ausschluß der Kollegen Maier, Faulstich und Kühn aus der GEW beantragt und beim Landesvorstand durchgesetzt.
In dem Rechenschaftsbericht des Personalrates begründete der Vorsitzende Meyer die mehrheitliche Zustimmung des Personalrates zur Einleitung eines Entlassungsverfahrens damit, daß es die Aufgabe des Personalrates gewesen wäre, den betroffenen Kollegen "ein faires Verfahren zu ermöglichen" und nicht, "die Rolle eines Verfassungsschutzorganes zu übernehmen". Damit wollte er erklären, warum die entlassenen Kollegen vom Personalrat weder über die Einleitung eines Verfahrens informiert, noch zur Sache gehört wurden, bevor er – ausschließlich auf die Begründungen des Dienstherrn gestützt – seine Zustimmung zu dessen Entlassungsanträgen gab. Gleichzeitig leitete er aber ein Feststellungsverfahren gegen ein Personalratsmitglied ein, das seiner Meinung nach die Schweigepflicht des Personalrates verletzt hatte, weil der Kollege die Betroffenen informiert hatte. Die Versammelten waren jedoch der Meinung, daß ein Personalrat, der gegenüber Kollegen ganz wie die Behörde selbst verfährt, für die Interessen der Kollegen unnütz ist. Mit überwältigender Mehrheit nahmen sie deshalb einen Antrag an, der den Personalrat in seinen Aktivitäten bei Disziplinarmaßnahmen der Behörde gegen Kollegen festlegt, und mißbilligten damit indirekt das vom Personalrat bisher praktizierte Vorgehen. In der Resolution heißt es:

"Die Personalversammlung fordert den PRS auf, bei Anträgen des Dienstherrn auf Entlassung bzw. Disziplinarmaßnahmen gegen Kollegen:
1. *Die betroffenen Kollegen von allen beamtenrechtlichen Verfahren, die der Dienstherr ihnen gegenüber ergreift, sofort zu informieren.*
2. *Über Anträge, die der Dienstherr mit dem Ziel dienstrechtlicher Maßnahmen gegen Kollegen stellt, erst dann zu entscheiden, wenn die Betroffenen selbst zu den Begründungen gehört worden sind.*
3. *Dem Dienstherrn gegenüber das Recht der Kollegen, Einsicht in die für das Verfahren relevanten Unterlagen zu erhalten, energisch zu vertreten.*
4. *Die Schweigepflicht nicht gegen die Kollegen, die er vertritt, zu wenden, sondern zugunsten der Betroffenen so extensiv wie möglich auszulegen."*

Verabschiedet wurde dann noch mit großer Mehrheit die Forderung nach Streichung einer Pflichtstunde für alle Kollegen und die Aufforderung an den Senat, sofort einen Stufenplan zur Durchsetzung dieser Forderung vorzulegen. Außerdem forderten die Versammelten angesichts der katastrophalen Personalsituation die Aufstockung der Stellen für Junglehrer und Extra-Lehrerstunden für ausländische Kinder.

m.k., Bremen

Arbeitslose Referendare

Hessischer Landesschülerrat beschließt Demonstration

Nach Berechnungen der GEW wollen am 1. Februar 1975 an hessischen Schulen 2 540 Referendare ihre Ausbildung aufnehmen. Es werden jedoch höchstens 1 500 Ausbildungsplätze frei. Danach werden 1 000 Referendare arbeitslos sein. Bewerbern um ein Referendariat, die nach dem 15. Oktober 1974 ihr Examen ablegen, teilte ein Sprecher des Regierungspräsidiums Darmstadt auf Anfrage mit, sie könnten auf keinen Fall mit einer Einstellung zum

Arbeitslose Referendare

Hessischer Landesschülerrat beschließt Demonstration

Nach Berechnungen der GEW wollen am 1. Februar 1975 an hessischen Schulen 2 540 Referendare ihre Ausbildung aufnehmen. Es werden jedoch höchstens 1 500 Ausbildungsplätze frei. Danach werden 1 000 Referendare arbeitslos sein. Bewerbern um ein Referendariat, die nach dem 15. Oktober 1974 ihr Examen ablegen, teilte ein Sprecher des Regierungspräsidiums Darmstadt auf Anfrage mit, sie könnten auf keinen Fall mit einer Einstellung zum

1. Februar 1975 rechnen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. November).

Nicht besser sieht es bei den ausgebildeten Lehrern aus: Gegenwärtig sind 600 Planstellen unbesetzt. Dazu kommen noch etwa 500 durch Pensionierungen frei werdende Stellen. Demgegenüber suchen aber zum 1. Februar 1975 etwa 1 700 Lehrer eine Stelle in Hessen. Also werden zusätzlich zu den 1 000 Referendaren 600 Lehrer arbeitslos sein.
Man sieht: Während der Staat den Kapitalisten aus Steuermitteln 7,5 % Investitionsprämie in den Säckel schiebt, spart er am Schulwesen, wo immer es nur geht. Obwohl in Hessen nach Angaben des Kultusministeriums noch 3 300 Lehrer fehlen, will der Staat 1 600 arbeitslose Lehrer schaffen.

Angesichts des zu erwartenden Widerstandes versucht der Staat die Lehrer zu spalten. Erstens sollen für die Einstellung zum 1. Februar 1975 sogenannte Kriterienkataloge erstellt werden, zweitens plant die Regierung die Einführung sogenannter Schulassistenten, also von Hilfslehrern, die bei weniger Lohn und mehr Stunden anweisungsgemäß Unterricht geben. Die Einrichtung von Schulassistenten ermöglicht dem Staat, Lehrer, die zweimal mit "genügt nicht den Anforderungen" beurteilt werden, als Schulassistenten zurückzustufen.

Angesichts dieser Maßnahmen nimmt der Unmut der Eltern, Lehrer und Schüler über die Zustände an den hessischen Schulen zu. Die Demonstration, die auf Anregung des hessischen Landesschülerrates am 7. Dezember in Wiesbaden durchgeführt wird, kann nur ein vorläufiger Höhepunkt im Kampf gegen die sich verschärfende Situation im Schulwesen sein. Auf Elternabenden, Personal-, Schul- und gewerkschaftlichen Schulgruppenversammlungen müssen jetzt Beschlüsse gegen die Sparmaßnahmen gefaßt werden.
Die Schulmisere ist ein Problem, das hauptsächlich die Arbeiterjugendlichen betrifft. Deshalb müssen sie in den Jugendvertretungen und allen gewerkschaftlichen Gliederungen auf Entschließungen dringen, die die Zustände enthüllen und in denen die Einstellung aller Referendare und Lehrer zum 1. Februar 1975 gefordert wird.

V.P./R.F. Darmstadt

Telefonisch abgefertigt

Für die Mehrheit fällt Berufsschulunterricht aus

Bremen. Seit mehreren Wochen fällt für die Mehrheit der Stahlbauschüler (Anlernlinge, die bis zu ihrem 18. Lebensjahr "ausgebildet" werden) auf dem Vulkan der Berufsschulunterricht aus. Sie besuchen normalerweise die allgemeinbildende Berufsschule in Bremen. Als Begründung für diesen Ausfall nannte die Schulleitung Raum- und Lehrermangel. Ganz nebenbei ließ man aber auch durchblicken, daß der Unterricht für die Kollegen wohl keinen Sinn habe.

Auf den Druck des Betriebsrates hin wurde es den Herren der Schulbehörde unangenehm. Sie begannen mit Zusagen die Kollegen zu vertrösten. So wurde behauptet, man wolle im Gerhard-Rohlfs-Gymnasium Raum und Lehrkräfte für die Stahlbauschüler bereitstellen. Doch das ist der reinste Hohn, da im Gerhard-Rohlfs-Gymnasium schon Raum- und Lehrermangel herrscht. So wurde dann auch vor einigen Tagen von der Behörde zugegeben, daß es keinen Platz dort gebe. Somit waren die Herren auch mit ihrem Latein am Ende. Daraufhin hat der Kollege Adam vom Betriebsrat versucht, beim Bildungssenator Thape anzurufen, um ihm dieses Problem vorzutragen. Doch hier zeigte sich deutlich, wie offen die Ohren solcher "Volksvertreter" für die Fragen der Kollegen sind. Die Vorzimmerdame fertigte den Kollegen Adam kurz ab und hatte die Frechheit, ihm einen Termin für ein Telefonat nicht vor dem 15.Dezember in Aussicht zu stellen. Da die betroffenen Kollegen von den Kapitalisten nur als williges Arbeitsvieh mißbraucht werden sollen, wird ihnen nicht einmal der gesetzlich vorgesehene Unterricht erteilt.
Die Jugendvertretung des Vulkan will die Angelegenheit in die Öffentlichkeit tragen. Die Demonstration gegen die Schulmisere am 11.12. ist dazu eine gute Gelegenheit.

Zelle Vulkan Bremen

Seit 2500 Jahren ungelöst

Für das Mathematikstudium war es ja schon immer kennzeichnend, daß man als Student bei vielen Dingen, die man an der Uni lernen soll, um seine Prüfungen schaffen zu können, nicht weiß, wozu sie eigentlich gut sein sollen.
In der Vorlesung 'Elementare Zahlentheorie' zum Beispiel geht es um Primzahlen (Zahlen, die nicht durch ganze Zahlen teilbar sind), die Teilbarkeit von Zahlen und ähnliches. Es ist sicher sinnvoll, die Anzahl der Teiler einer Zahl zu bestimmen, aber als der Dozent die Frage nach der Summe der Teiler, die Summe der Quadrate der Teiler usw. ins Spiel brachte, war es ihm selbst wohl nicht mehr so ganz geheuer und er meinte: "Was man damit anfangen kann, kann ich Ihnen auch nicht sagen, aber es ist ja

Da werden also Dinge betrieben, von denen keiner hier weiß, wozu sie gut sind; und wenn man die verrücktesten Fragestellungen aufwirft, dann gibt es natürlich auch eine Menge ungelöste Probleme, mit denen man sich beschäftigt. Da kann man nur hoffen, daß sich die Mathematiker nicht noch 2 500 Jahre mit diesen Dingen beschäftigen werden und in der Zeit von den Menschen, die den materiellen Reichtum produzieren, ernährt werden müssen. Besser wird sein, man hofft nicht nur, sondern sorgt dafür, daß Leute an den Hochschulen nicht irgendwelchen Blödsinn betreiben, sondern im Dienst des Volkes arbeiten.

–R.M.–

Kampf um Aufenthaltsraum

Um der Forderung nach der Einrichtung eines Aufenthaltraumes für die Schüler Nachdruck zu verleihen, veranstalteten die Schüler der Martin-Luther-Schule in Rimbach am 21. November zwischen 10 und 11 Uhr eine Protestaktion. Mit Tischen und Stühlen wurde ein "Schülerraum" aufgebaut, Getränke wurden für 20 Pfennig ausgeschenkt, und auf Transparenten waren unsere Forderungen zu lesen. Die Schülerschaft wurde von der Schülervertretung aufgefordert, in der vierten Stunde nicht in den Unterricht zu gehen, sondern die Forderung nach einem Aufenthaltsraum durch ihre Anwesenheit auf dem Schulhof und das Rufen von Sprechchören zu unterstützen.
Durch diese Aktion sollten die Zustände an der Schule einerseits der Bevölkerung, die ja schließlich die Schulen finanziert, aufgezeigt werden und andererseits durch die Solidarität der Schüler Druck auf die Schulleitung ausgeübt werden.
Trotz Einschüchterungsversuchen von Seiten der Lehrer war ein Großteil der Schüler auf dem Schulhof. Es hat sich gezeigt, daß die Schüler bereit sind, für ihre Forderungen einzustehen, sich nicht einschüchtern zu lassen, denn diese Forderung ist berechtigt.

H.S., Rimbach

Warnstreik der Eltern hat Erfolg gehabt !

Der Warnstreik der Eltern der 165 Kinder in der Grundschule Insheim, Kreis Landau, hat Erfolg gehabt. Die Eltern haben gegen die total vergammelten und völlig unhygienischen schuleigenen Toiletten protestiert. (vgl. KVZ Nr. 26)
Die Gemeinde hat den Kindern jetzt zwei mit Wasserspülung und Handwaschbecken ausgerüstete WCs im angrenzenden Bürgermeisteramt zur Verfügung gestellt, die seit der Verlegung der Verwaltung in die Verbandsgemeinde Herxheim kaum noch benutzt werden.

Fristlose Entlassung

Kassel. Am 13. November wurde ein Bediensteter der Gesamthochschule Kassel vom Dienst suspendiert und auf Veranlassung der Präsidentin der Gesamthochschule vom Kultusministerium fristlos entlassen. Vorgeworfen wurde ihm Verteilung von Flugblättern des KBW und daß er in agitatorischer Weise mit Bediensteten der Hochschule diskutiert habe. Gegen diese Entlassung erhob sich breiter Protest. Über 1 000 Bedienstete, Hochschullehrer und Studenten haben Solidaritätserklärungen unterschrieben.

Demonstration in Mainz

Mainz. Am 27. November demonstrierten in Mainz 500 Schüler und Studenten gegen einen Gesetzesentwurf des Landes Rheinland-Pfalz zur Ausbildung von Sozialarbeitern und -pädagogen. Nach dem Gesetzesentwurf soll das einjährige Berufspraktikum im Anschluß an das Fachhochschulstudium durchgeführt werden. Die Studenten fordern aber, daß das Berufspraktikum als Teil des Studiums durchgeführt wird, so daß eine engere Verbindung der theoretischen und praktischen Ausbildung gewährleistet ist.

AStA-Wahlen

Konstanz. Am 27. November fanden an der Universität Konstanz die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß statt. Diese Wahl wird in Konstanz durch eine Wahlvollversammlung durchgeführt, auf der 600 der knapp 2 000 Studenten erschienen waren. Im zweiten entscheidenden Wahlgang entfielen auf die Koalition von MSB Spartakus/Sozialistischer Hochschulbund 51,37 % und auf die Kommunistische Hochschulgruppe 32,13 %. 16,49 % enthielten sich der Stimme.

len zum Allgemeinen Studentenausschuß statt. Diese Wahl wird in Konstanz durch eine Wahlvollversammlung durchgeführt, auf der 600 der knapp 2 000 Studenten erschienen waren. Im zweiten entscheidenden Wahlgang entfielen auf die Koalition von MSB Spartakus/Sozialistischer Hochschulbund 51,37 % und auf die Kommunistische Hochschulgruppe 32,13 %. 16,49 % enthielten sich der Stimme.

Warnstreik

Oldenburg. Gegen die unzumutbaren Ausbildungsbedingungen an der Universität Oldenburg führen die Oldenburger Studenten vom 2. bis 6.12. einen Warnstreik durch. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter werden eine Woche lang Dienst nach Vorschrift machen. Die Studenten fordern: eine berufsqualifizierte Ausbildung, eine ausreichende materielle Ausstattung der Hochschulen und eine kostendeckende elternunabhängige Ausbildungsförderung.

4 000 demonstrierten

Hamburg/Bremen. 4 000 Studenten demonstrierten am 3.12. in Hamburg gegen die Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte der Allgemeine Studentenausschuß. Die Demonstration verlief u. a. unter der Parole: "Die Ausbildung soll dem Interesse des Volkes nützen und nicht die Interessen der Kapitalisten schützen". Eine weitere Forderung war gegen die geplante Tariferhöhung im öffentlichen Nahverkehr gerichtet. Eine Demonstration mit den gleichen Zielen wurde am selben Tage in Bremen durchgeführt. An ihr beteiligten sich rund 900 Studenten.

Einstellungsverzögerung in Hildesheim

Hildesheim. Seit fast zwei Monaten wartet Almut Lüpkes auf ihre Einstellung als Studienreferendarin am Staatlichen Studienseminar für das Handelslehramt in Hildesheim. Die Anhörung hat bis heute noch nicht stattgefunden, weil Almut Lüpkes nicht auf ihr Recht verzichtete, zu dem Gespräch einen Rechtsanwalt hinzuzuziehen.
Die Verweigerung des Rechtsanwaltes hat eine breite Empörung hervorgerufen. Fast täglich flattern dem Regierungspräsidenten Protestresolutionen und Unterschriften mit inzwischen über 2 000 Namen auf den Tisch.

Die Isolations- und Vernichtungshaft muss weg!

Die Häftlinge Verena Becker und Wolfgang Grundmann befinden sich in akuter Lebensgefahr. Auch bei den anderen hungernden Häftlingen ist die Lage äußerst bedrohlich geworden. Die Häftlinge setzen ihr Leben ein, weil sie unter den Bedingungen der Isolations- und Vernichtunshaft nicht leben können, es sei denn, sie lassen sich das Gehirn waschen, es sei denn, sie lassen sich umdrehen, es sei denn, sie lassen sich körperlich und geistig verkrüppeln. Die verantwortlichen Politiker und der Justizapparat sind bisher nicht bereit, die gerechten Forderung der Häftlinge zu erfüllen, obwohl sie wissen, daß sie den Hungerstreik durch Aufhebung der Isolationsmaßnahmen mit einem Schlag beenden können. Um von ihrer Verantwortung abzulenken, haben sie eine Debatte darüber angezettelt, ob man die Häftlinge zwangsernähren oder gleich verrecken lassen soll.

Es ist notwendig, überall die Anklage gegen die Haftbedingungen zu verbreiten und sie mit der Anklage gegen die neuen Willkürmaßnahmen des staatlichen Gewaltapparates zu verbinden. Die zahlreichen Proteste gegen die Haftbedingungen zeigen, daß die Isolations- und Vernichtungshaft nicht mehr totgeschwiegen werden kann.

Sofortige Erfüllung der gerechten Forderungen des Hungerstreiks!

–H.V.–

Westberlin. Am 22.11. hat in Westberlin eine Veranstaltung von 1200 Menschen stattgefunden, die sich in einer Erklärung dann entschieden gegen die Isolations- und Vernichtungshaft ausgesprochen haben. Zu der Veranstaltung hatten auf Intiative der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland über 5 000 Personen durch ihre Unterschrift aufgerufen, darunter auch die Teilnehmer verschiedener Lehrveranstaltungen und die Schule für Erwachsenenbildung.

Frankfurt. In Frankfurt haben zahlreiche Ärzte in einer Resolution gegen die Isolationshaft protestiert. Insbesondere wandten sich die Ärzte auch gegen eine Gefängnismedizin, die sich zum Erfüllungsgehilfen einer Justiz machen läßt, die die Zerstörung der Persönlichkeit der politischen Gefangenen zum Ziel hat.

Eine öffentliche Erklärung gegen Isolationshaft und Sonderbehandlung hat die öffentliche SV-Versammlung der Krankenpflegeschulen der Universitätskliniken vom 25.11.74 verabschiedet, der sich noch weitere Beschäftigte der Universitätsklinik angeschlossen haben.

Hamburg. Die Vollversammlung der Hamburger Kunststudenten hat eine Resolution gegen Isolations- und Vernichtungshaft verabschiedet.

Gegen den Redakteur der Zeitung "Kulturfront" der sozialistischen Studentengruppe, die die Resolution veröffentlichte, ermittelt nun die Polizei wegen § 90 a: Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und § 185ff politisch üble Nachrede.

Neuwied. Dem Jugendrat des Neuwieder Hauses der Jugend hat die Stadtverwaltung einen Diskussionsabend über den Tod von Holger Meins ohne jede Begründung verboten und das Haus für den geplanten Termin schließen lassen.

Stockholm. Die große schwedische Tageszeitung "Daggenf Nyeter" vom 22.11.1974 meldete, daß die schwedische Hilfsorganisation für Gefangene KRUM an die westdeutsche Organisation "Rote Hilfe" eine Solidaritätsadresse geschickt hat. Darin spricht die Organisation ihre Solidarität mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen aus, gegen die psychische Folter, der sie seit Jahren ausgesetzt sind. Darin heißt es: "Die Drohung der Hamburger Gefängnisleitung, die Versorgung der Hungerstreikenden mit Flüssigkeit einzustellen . . . erfüllt uns mit Abscheu."

Diskussionen im Betrieb

Über Isolationshaft und die Sonderbehandlung politischer Häftlinge

Zerstörung der Persönlichkeit der politischen Gefangenen zum Ziel hat.

Eine öffentliche Erklärung gegen Isolationshaft und Sonderbehandlung hat die öffentliche SV-Versammlung der Krankenpflegeschulen der Universitätskliniken vom 25.11.74 verabschiedet, der sich noch weitere Beschäftigte der Universitätsklinik angeschlossen haben.

die westdeutsche Organisation "Rote Hilfe" eine Solidaritätsadresse geschickt hat. Darin spricht die Organisation ihre Solidarität mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen aus, gegen die psychische Folter, der sie seit Jahren ausgesetzt sind. Darin heißt es: "Die Drohung der Hamburger Gefängnisleitung, die Versorgung der Hungerstreikenden mit Flüssigkeit einzustellen . . . erfüllt uns mit Abscheu."

Schlimmer als KZ

Beim KVZ-Verkauf kam ich mit einem Mann ins Gespräch, der sich den Artikel zur Isolationshaft auf unserem Agitationsständer aufmerksam durchlas. Ich fragte ihn, ob er die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Isolationshaft für richtig hält.

Der Mann antwortete mir: "Die Forderung ist vollkommen richtig! Die Isolationshaft macht einen Menschen seelisch und körperlich kaputt! Ich war unter den Faschisten im KZ gewesen. Dort gab es auch politische Häftlinge, die wurden von den Faschisten ganz bewußt von den übrigen KZ-Insassen abgeschirmt. Die Faschisten haben diese Häftlinge in Isolationshaft gehalten, um uns und der Bevölkerung später zeigen zu können, daß sich nur Geisteskranke oder Krüppel gegen die bestehende Ordnung auflehnen. Verschwiegen haben sie dabei, daß diese Menschen durch die Isolationshaft zu Geisteskranken und Krüppeln geworden sind.

Ich lag mit 56 Mann in einem Raum, wir mußten täglich mehr als 12 Stunden für die Nazis schuften, bekamen wenig zu essen und obendrein jede Menge Prügel und wurden schikaniert. Die meisten von uns haben dies aber lebend überstanden; von den Menschen, die sie in Isolationshaft gehalten hatten, haben wir kaum einen wiedergesehen.

Die Isolationshaft ist eine Sauerei. Ich finde, solche Sachen sollten nicht gegen Menschen eingesetzt werden." –CdZ, Trier–

Heinz Brand, Redakteur bei der IG Metall, der selbst im KZ isoliert gewesen ist, hat auf einer Veranstaltung am 11.3.1973 diese Einschätzung bestätigt: "Die Isolierungshaft, die ich durchgemacht habe, ist schlimmer, gefährlicher und zerstörender, als es für mich und alle Genossen und Widerstandskämpfer des KZ gewesen ist, weil wir eben gesellschaftliche Wesen sind, weil es gegen die Existenzbedingungen des Gattungswesen Mensch verstößt, ihn zu isolieren."

Heinz Brand, Redakteur bei der IG Metall, der selbst im KZ isoliert gewesen ist, hat auf einer Veranstaltung am 11.3.1973 diese Einschätzung bestätigt: "Die Isolierungshaft, die ich durchgemacht habe, ist schlimmer, gefährlicher und zerstörender, als es für mich und alle Genossen und Widerstandskämpfer des KZ gewesen ist, weil wir eben gesellschaftliche Wesen sind, weil es gegen die Existenzbedingungen des Gattungswesen Mensch verstößt, ihn zu isolieren."

Jugenpolitisches Forum

Stellungnahme gegen Jugendpolitik der Regierung ist notwendig

Vom 6.-8. Dezember findet in Frankfurt ein "Jugendpolitisches Forum" statt zum Thema "Jugend in der Klassengesellschaft". Aufgerufen haben dazu der Bund Demokratischer Jugend/Bund Deutscher Pfadfinder, die Deutschen Jungdemokraten, die Naturfreundejugend Hessen und die Sozialistische Aktion, ein vor allem von Sozialarbeitern und Studenten der Sozialpädagogik getragener Zusammenschluß, der politisch in der Nähe des Sozialistischen Büros Offenbach steht.

Im Aufruf zu dem Forum heißt es: "Das Forum soll Jugendlichen, Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern in Ausbildung und Beruf die Möglichkeit bieten, Schwierigkeiten und Unklarheiten innerhalb dieser Bewegung (". . .der Jugendlichen und der sie unterstützenden Berufsgruppen. . .") offen zu diskutieren, Entwicklungstendenzen der herrschenden Jugendpolitik (z. B. Jugendgesetze) besser einzuschätzen, Erfahrungen auszutauschen, die Solidarität zu stärken und Widerstands- und Handlungsperspektiven zu entwickeln."

Mit anderen Worten: Das Forum hat kein Programm, verfolgt keine erklärte politische Arbeit, sondern sein Programm ist die "offene Diskussion" und die politische Absicht der Veranstalter bleibt im Dunkeln. Worin kann aber das politische Programm eines solchen Forums bestehen, auf dem besonders stark Sozialarbeiter und Studenten der Sozialpädagogik vertreten sein werden? Es kann politisch nützlich sein, wenn man sich darauf beschränkt, daß dort Leute, die vom bürgerlichen Staate zwecks Gängelung und Kontrolle der Jugend angestellt sind, gegen die Jugendpolitik dieses Staates öffentlich Stellung nehmen und die Kritik an ihrem Dienstherren führen und die Praktiken in den Ämtern enthüllen. Eine solche öffentlich erhobene Anklage von Leuten, die sich auskennen, würde zweifellos die Jugendlichen bei ihrem Aufbegehren gegen Bevormundung und Schikane nutzen, und es würde der Arbeiterklasse und den Volksmassen erleichtern, sich in diese Verhältnisse einzumischen. Richtig ist es deshalb, wenn die Jugendlichen, die nach Frankfurt kommen und die z. T von den Jugendzentren geschickt sind und wenn die Kommunisten unter den Sozialarbeitern mit den versammelten Sozialarbeitern eine öffentliche politische Stellungnahme gegen die Jugendpolitik der Bundesregierung beraten, und zwar eine, die sie auf eigene Kappe abgeben und als Sozialarbeiter und Lehrer verabschieden und nicht namens "der Jugend". Eine solche Stellungnahme, erst einmal von 100Sozialarbeitern unterschrieben und zu Hause in den Ämtern weiter herumgereicht, eine Stellungnahme, in der die Jugendpolitik der Regierung kritisiert und selbstverwaltete Jugendzentren gefordert werden, kann für die Forderungen der Jugendlichen hilfreich sein. Viel hilfreicher auf jeden Fall als 3 Tage "offene Diskussion", bei der am Ende nichts im Sieb bleibt.

–W.M.–

26. November 1974

Heidelberg: Um 6.00 Uhr früh drangen 20 mit MPs bewaffnete Zivilisten mit Brachialgewalt in das Studentenwohnheim Kollegium Akademikum ein. Sie brachen die Eingangstür auf und schlugen Fensterscheiben ein und stürzten in das Zimmer des türkischen Studenten Hilmi Karaboran. Karaboran wurde an den Haaren aus dem Bett gezerrt und barfuß, in Unterwäsche und unter Schlägen abgeführt. Ein Zimmernachbar, der wissen wollte, warum Karaboran abgeschleppt wurde, erhielt einen Schlag auf den Kopf. Eine Plaztwunde mußte in der Klinik genäht werden.
Landkarten und Pläne, die der Geographie-

stellte sich heraus, daß der Durchsuchungsbefehl gar nicht für Holger Heide ausgestellt war, sondern wir jemanden, der ebenso wie er, im Komitee gegen die Isolationsfolter mitgearbeitet hatte. Dennoch wurden die verschiedensten Gegenstände beschlagnahmt. Ebenso terroristisch geht die Polizei bei der Durchsuchung einer Wohnung in der Fährstraße vor.
(siehe Augenzeugenberichte)
Schon um 14 Uhr versammeln sich in der Universität 300-400 Universitätsmitglieder, die eine Protesresolution gegen die Willkürmaßnahmen verabschieden und erneut die Erfüllung der gerechten Forderun-

Diskussionen im Betrieb

Über Isolationshaft und die Sonderbehandlung politischer Häftlinge

In der Woche nach der Beerdigung von Holger Meins und der Propaganda-Veranstaltung der Bourgeoisie in Westberlin anläßlich des Todes des Richters von Drenkmann fanden in unserer Abteilung heftige Debatten statt. Was war daran bemerkenswert? Bemerkenswert war, daß ich nicht initiativ zu werden brauchte, sondern daß Kollegen zu mir kamen und mich fragten, was ich als Kommunist von der RAF und von dem Hungerstreik halte.

Ein Kollege, ehemaliger Bäckermeister und Faschistenfreund, der mit seinen Auffassungen unter den Kollegen bisher nie recht landen konnte, versuchte auszunutzen, daß die RAF-Anarchisten im Volk isoliert sind und keine Sympathie genießen. Er wandte den altbekannten Trick an, Anarchisten, DKP und die DDR und die westdeutschen Kommunisten in einen Topf zu werfen, um die Kommunisten bzw. mich zu isolieren. So griff er in seine Klamottenkiste und versuchte vorhandene Vorurteile bei Kollegen zu verstärken: "Die RAF-Anarchisten, das seien Kriminelle und Mörder, die sollte man fertigmachen, am besten vergasen. Das seien alles Studenten, die man zusammen mit den Kommunisten in die DDR jagen sollte."

Ich hielt ihm entgegen, daß der Hungerstreik der Häftlinge gerecht ist. Denn die hungern nicht aus Jux und Dollerei, sondern weil sie sich gegen die Isolationshaft und gegen die Sonderbehandlung politischer Häftlinge wehren. Die Isolationshaft ist nichts anderes als eine "feinere" Art von Folter. Und was ist das für ein Staat, der politische Gegner seelisch und körperlich zerbrechen muß? Offensichtlich hat der Staat nicht viel Vertrauen in seine eigenen Gesetze und in seine Überzeugungskraft. So versucht dieser Staat politische Gegner zu Kriminellen abzustempeln. Der Staat nutzt den Fehler der RAF aus, einen Privatkrieg gegen den Staat zu führen, um besondere Methoden gegen alle politischen Gegner ohne großen Widerstand einführen zu können. Und was läßt denn Menschen zu Gegnern dieses Staates werden? Es sind die Verhältnisse selbst, die Tatsache, daß der Staat das Geld den Kapitalisten in den Rachen wirft, während überall, sei es im Wohnungsbau, im Gesundheitswesen usw., die Lage für das Volk unerträglich wird; die Tatsache, daß die Preise steigen, die Mieten steigen, die Steuern drücken, zu wenig Ärzte und Lehrer da sind, und die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit wächst und die Arbeitshetze steigt. Und wie sieht's denn hier bei VW aus: Kurzarbeit, Aufhebungsverträge, Angst um den eigenen Arbeitsplatz, steigende Akkord-Stückzahlen und immer unverschämter werdende Schikanen der Werksleitung. (Die neueste Schikane ist, daß die Kollegen in den Maschinenabteilungen praktisch bis zur letzten Minute arbeiten müssen, während sie früher zehn Minuten vor Arbeitsende mit der Stückzahl und dem Putzen der Maschine fertig waren und in die Waschkaue gehen konnten.)

Das zweite Bemerkenswerte war, daß Kollegen, die sonst eher mit ihrer Meinung zurückhaltend waren, mich unterstützten und die Auffassung des reaktionären Kollegen auseinandernahmen. Besonders verschissen hatte dieser Kollegen, als er diesen Staat verteidigte. Ein Kollege: "Seitdem die SPD an der Regierung ist, zahle ich keinen Parteibeitrag mehr. Keine Partei hat für uns was getan, weder die CDU noch die SPD oder FDP. Und die NPD, das ist auch keine Partei für uns." "Wo hat sich denn was geändert? Was ist denn von den versprochenen Reformen übrig geblieben?" Für die RAF war keiner der Kollegen, aber dagegen, wie der Staat mit politischen Gegnern umspringt, und daß es gerecht ist, sich dagegen zu wehren, und sei es mit Hungerstreik. Klar war auch allen Kollegen, daß der Staat bei der RAF Foltermethoden ausprobiert, die er gegen alle Gegner dieses kapitalistischen Systems anwenden will. Gezeigt hat sich, daß die Bourgeoisie trotz ihrer großangelegten Propaganda- und Hetzkampagne in Presse und Fernsehen den Meinungskampf bisher noch nicht gewonnen hat.

Weg mit der Isolations- und Vernichtungshaft!

KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter, H.U.

Polizeiterror

1. Eine Hausdurchsuchung darf nach § 105 StPO (Strafprozeßordnung) nur durch den Richter angeordnet werden; lediglich bei "Gefahr im Verzug" darf die Staatsanwaltschaft die Maßnahme anordnen. Die Polizei konnte keinen richterlichen Durchsuchungsbefehl vorlegen. Die Voraussetzung "Gefahr im Verzug" lag nicht vor. Die Maßnahme war schon wochenlang geplant und im konkreten Fall schon tagelang vorbereitet worden: Man hatte sich bereits mit Plänen der Inneneinrichtung des Hauses versehen und den Betroffenen während der vorangegangenen Nächte mit Scheinwerfern in die Fenster geleuchtet. Gefahr im Verzug aber liegt nur vor, wenn aus Zeitgründen die richterliche Anordnung nicht eingeholt werden kann.

2. Nach § 105 Abs. 2 StPO muß die Polizei, wenn eine Durchsuchung ohne Beisein des Richters oder des Staatsanwalts stattfindet, mindestens zwei Zeugen hinzuziehen. Diese Zeugen müssen nach Möglichkeit Gemeindebeamte oder sonst Mitglieder der Gemeinde sein. Die Einhaltung dieser Vorschrift versuchte die Polizei dadurch zu umgehen, daß in einem Fall bei Durchsuchung der unteren Etage die Bewohner der oberen und umgekehrt als Zeugen dienen sollten.

3. Nach § 106 StPO darf der Inhaber der durchsuchten Wohnung der Durchsuchung beiwohnen. In einem Fall wurden die Bewohner von Beamten in ihrem Schlafraum festgehalten, während die übrigen Räume durchsucht wurden. In einem anderen Fall konnte der Wohnungsinhaber zwar die Durchsuchungstätigkeit eines Beamten beobachten, während andere Beamte sich in den übrigen Räumen zu schaffen machten.

. Einer richterlichen Anordnung bedarf auch die körperliche Untersuchung eines Beschuldigten (§ 81a Abs. 2 StPO). Auch dieser Grundsatz wurde unter dem Vorwand der Gefahr im Verzug übergangen. Besonderen Einschränkungen unterliegt die körperliche Untersuchung einer Frau. Sie darf nach § 81 d StPO nur durch eine Frau oder einen Arzt vorgenommen werden.

Am 26.11. mußte sich eine Frau in Bremen unter den Augen bewaffneter Polizisten nackt ausziehen. Der Vorschrift des § 81 d StPO wurde lediglich dadurch Rechnung getragen, daß es eine Frau war, die in alle Körperöffnungen griff, während die männlichen Polizisten ungeniert zuschauten.

26. November 1974

Heidelberg: Um 6.00 Uhr früh drangen 20 mit MPs bewaffnete Zivilisten mit Brachialgewalt in das Studentenwohnheim Kollegium Akademikum ein. Sie brachen die Eingangstür auf und schlugen Fensterscheiben ein und stürzten in das Zimmer des türkischen Studenten Hilmi Karaboran. Karaboran wurde an den Haaren aus dem Bett gezerrt und barfuß, in Unterwäsche und unter Schlägen abgeführt. Ein Zimmernachbar, der wissen wollte, warum Karaboran abgeschleppt wurde, erhielt einen Schlag auf den Kopf. Eine Plaztwunde mußte in der Klinik genäht werden.

Landkarten und Pläne, die der Geographiestudent für seine Doktorarbeit angefertigt hatte, wurden von den Wänden gerissen. Ebenfalls verhaftet wurde der Arbeiter Hermann Grings.

Parfüm und Weinflaschen wurden als verdächtiges Material beschlagnahmt. Als Durchsuchungsgrund gab die Polizei an, der Student habe ein Attentat geplant. Der Kontakt mit dem Rechtsanwalt wurde verweigert.

Mehrere Studentenvertretungen, darunter der Verband der Studenten der Fachochschulen haben sofort gegen die Verhaftungen protestiert. (Über die Demonstration in Heidelberg gegen die Verhaftungen haben wir schon in der letzten Nummer berichtet.)

Hamburg' In Hamburg wurden 14 Wohnungen durchsucht, ohne irgendwelchen "Erfolg", wie die Polizei zugeben mußte. Insbesondere wurden die Büros der RAF-Anwälte stundenlang durchsucht. Mit den hanebüchesten Begründungen wurde Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard verhaftet: er habe die Anarchistengruppe "2. Juni" bewußt unterstützt, die mit der Tötung von Ulrich Schmücker zu tun haben soll und ein Drittel der Beute beansprucht haben! Die Beamten nahmen auf Weisung der Bundesanwaltschaft fast die gesamte Verteidigerpost der vom Anwaltsbüro Günnemann, Jacobi, Reinhard vertretenen Gefangenen mit. Offenbar hofft man, auf diese Weise aus der Beweisnot gegenüber den Gefangenen herauszukommen.

Westberlin: 7 Stunden sammelten die Fahnder in den Büros der Anwälte von RAF-Gefangenen Material, das sie nach drei Tagen ungeschmälert zurückbrachten.

Frankfurt: Die Polizei verhaftete u. a. die Soziologin Brigitte Heinrich, der laut 'Spiegel' schon 1971 vergeblich Hilfeleistung für RAF-Mitglieder nachzuweisen versucht worden ist. In einer Wohnung brechen die Polizisten mit einem Durchsuchungsbefehl ein, der auf einen ganz anderen Namen ausgestellt ist.

Kiel: Vier Studenten einer Wohngemeinschaft werden morgens um 6 Uhr mit Handfesseln zum Verhör geschleppt und wenig später wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Angestellter, der nachts im großen Wagen seines Chefs dienstlich unterwegs ist, wird, weil er aus Furcht vor einem Überfall davonfährt, von Zivilfahndern beschossen.

Hannover: 7 Menschen werden früh um 6 Uhr in einer Wohngemeinschaft festgenommen, nach 10 Stunden wieder freigelassen, ohne weitere Verfahren.

Bremen: Morgens um 6 Uhr dringen mit MP bewaffnete Polizisten in das Haus des Hochschullehrers Holger Heide ein. Jedes Buch und die gesamten Arbeitsunterlagen wurden mehrfach untersucht. Schließlich stellte sich heraus, daß der Durchsuchungsbefehl gar nicht für Holger Heide ausgestellt war, sondern wir jemanden, der ebenso wie er, im Komitee gegen die Isolationsfolter mitgearbeitet hatte. Dennoch wurden die verschiedensten Gegenstände beschlagnahmt. Ebenso terroristisch geht die Polizei bei der Durchsuchung einer Wohnung in der Fährstraße vor.

(siehe Augenzeugenberichte)

Schon um 14 Uhr versammeln sich in der Universität 300-400 Universitätsmitglieder, die eine Protesresolution gegen die Willkürmaßnahmen verabschieden und erneut die Erfüllung der gerechten Forderungen der Hungerstreikenden fordern.

Am nachmittag bekräftigen 300 Menschen diesen Protest mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz.

Augenzeugenbericht

Das Haus Fährstraße 5 wurde um 6 Uhr von zirka 40 uniformierten Polizisten mit Maschinenpistolen umstellt. Zivile Terrorkommandos der politischen Polizei brachen die Haustür auf und besetzten sämtliche Räume des Hauses. Wir wurden mit Waffengewalt gezwungen, uns im Flur auf den Boden zu legen. Die Kinder wurden aus dem Bett gezerrt und durften trotz ihrer Ängste nicht zu ihren Eltern. Nachdem bei einer oberflächlichen Durchsuchung keine Waffen gefunden wurden, begann die systematische Durchsuchung der einzelnen Räume. Kistenweise wurden beschlagnahmte Gegenstände (leere Wasserkanister, Kästchen mit alten Hausschlüsseln, Bücher und Zeitschriften, die in jeder Buchhandlung zu kaufen sind, Luftgewehrmunition, die jeder 18-jährige frei erwerben kann, persönliche Briefe, Telefonbücher usw.) gegen unsern Widerspruch abtransportiert. Das Recht, einen Anwalt zu benachrichtigen, wurde uns unter Androhung körperlicher Gewalt verweigert.

Hetze gegen Gegner der Isolationshaft

Wie der Mannheimer Morgen vom 3. Dezember berichtet, hat der Parteivorstand der Berliner SPD einer Reihe von SPD-Mitgliedern brieflich "Maßnahmen" angedroht, falls sie sich nicht innerhalb einer Woche schriftlich von einer Erklärung distanzieren, die sie am 22. November als Anzeige veröffentlich hatten. Die Erschießung Drenkmanns, hatte es darin geheißen, werde dazu benutzt, "die staatlichen Repressionsmaßnahmen zu verschärfen, um politisch fortschrittliche Kräfte zu unterdrücken." Außerdem hatte sich die Unterzeichner mit den Forderungen der Hungerstreiker solidarisiert.

Heinrich Lummer, der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende teilte in Namen seiner Fraktion mit, die CDU werde zu einem Festakt anläßlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille nicht erscheinen, weil die Preisträger Heinrich Böll und der Theologe Gollwitzer zu denjenigen gehörten, "die in unserem Lande–die Saat der Gewalt gepflegt und kultiviert haben."

Die Hetze gehört zur Ausbildung der Polizei

Bericht über ein Gespräch mit Polizeischülern/ Der Staat verhetzt systematisch seine Beamten

Am Freitag Abend fuhr ich mit dem Zug von Mölln nach Kiel zurück. In Eutin stiegen ziemlich viele junge Männer, fast noch Kinder, zu, die ich erst für Bundeswehr hielt, wegen ihres Alters jedoch eher für Schüler. Fünf von ihnen setzten sich in mein Abteil, und im Verlauf ihres Gesprächs, das sie laut führten, (wohl um meine Aufmerksamkeit zu erringen. was ihnen ja auch voll gelungen ist! stellte sich heraus, daß es sich um Polizeischüler der Eutiner Bereitschaftspolizei handelte, die am Wochenende aus ihren Kasernen raus und nach Hause dürfen.

Nach den üblichen plastischen Beschreibungen, wie man das Wochenende verbringen wollte ("ordentlich durchsaufen", "die Alte mal richtig vornehmen" etc.) kam man auf "Interna" aus Eutin zu sprechen. Wichtig schienen mir dabei folgende Gesichtspunkte:

1. Der Haß auf Vorgesetzte ist einhellig und ziemlich groß. Gruppen- und Zugführer waren gleichermaßen verhaßt, vor allem wegen ihrer Methoden.
2. Das Leben in der Kaserne empfanden die meisten als "Einsitzen", obwohl mir hinterher im Gespräch gesagt wurde, es ginge weniger militärisch zu als in Bundeswehrkasernen. Die Vergleichsmöglichkeiten fehlten diesen jungen Männern jedoch, da sie alle von der Schule weg zur Polizei gegangen waren.
3. Minderwertigkeitsgefühle werden anscheinend systematisch geschürt; man bescheinigte sich gegenseitig Schwachsinn, Hirnkrankheiten etc. und ging sogar soweit, Aufgabe des Geistes als Voraussetzung für den Polizeidienst zu bezeichnen.
4. Diese Minderwertigkeitsgefühle werden durch systematischen Hetzunterricht und Vermittlung des Gefühls, man habe Macht, man übe Macht aus, Polizeiwagen, Waffen und Uniform seien Macht, kompensiert.
   Resultat:
   Diese Jugendlichen waren frech, dreist, unsicher, laut etc.
5. **Man freute sich händereibend auf einen für die nahe Zukunft fest versprochenen ersten Großeinsatz in Kiel, wo man "feste auf die Kommunisten knüppeln" dürfe.**

Auf meine Frage, ob denn alle Demonstranten Kommunisten und alle Kommunisten niederzuknüppeln seien und ob sie sich schon einmal überlegt hätten, warum alle möglichen Menschen von ihrem demokratischen Recht auf Demonstration Gebrauch machten, hörte ich, daß sie in Eutin im Bürgerkundeunterricht (!) beigebracht bekommen haben:

- Alle Demonstranten sind Kommunisten.
- Die meisten Demonstranten sind lediglich zum Krawallmachen da.
- Fast alle Demonstrationen sind illegal.
- Polizeieinsätze seien immer gerechtfertigt, da sie das Schlimmste verhindern, was diese Menschen vorhaben.
- Ohne die Ordnungskräfte wären ganze Städte verwüstet, außerdem müssen Bürger mit Recht um ihr Leben fürchten. In Frankfurt habe es jedenfalls **massenhaft** Demonstrationen ohne Polizeieinsatz gegeben, deren Resultat **mehrere ermordete Bürger** waren.

In diesem Stil ging es weiter. Am Ende der Diskussion waren 15 junge Polizisten in diesem Abteil versammelt und diskutierten mit – wahrscheinlich aber ohne Einsicht in meine Einwände. Für mich war diese Diskussion jedoch ein deutlicher weiterer Beweis, wie systematisch der Staat seine Beamten verhetzt, um ihrer "Treue" und "Loyalität" sicher zu sein.

Ohne diese Verhetzung wäre es wohl nicht möglich, Leute zum Einsatz und zum Knüppeln zu motivieren, mindestens nicht mit der Begeisterung.

Aus: Ortsbeilage Kiel der KVZ Nr. 26

Der Leutnant sucht die Flugblätter

Mannheim. Der Offizier von der Wache, Leutnant Werel, hatte kürzlich der Wache befohlen, den Soldaten die "Mannheimer Soldatenzeitung" (MSZ) abzunehmen, die von Angehörigen der "Antimilitaristischen Gruppe Mannheim" vor dem Tor verteilt wurde. Viele Soldaten haben sich die Zeitung aber nicht abnehmen lassen oder ließen sich zwei Exemplare geben, von denen sie eins an der Wache abgaben. In Erkenntnis der Wirkungslosigkeit seines Befehls hat Leutnant Werel dann einige Tage später zusammen mit dem Spieß während der Abwesenheit der Soldaten die Stuben der Ausbildungskompanie durchsucht und alle MSZs mitgehen lassen. Der Leutnant versuchte die jeweiligen Stubenältesten dafür verantwortlich zu machen, daß "zersetzendes Material" auf ihren Stuben gefunden wurde. Über dieses unverschämte Verhalten des Offiziers herrscht unter den Soldaten der gesamten Kaserne große Empörung.

(nach einer Korrespondenz der AGM Mannheim)



Grundausbildung: Die Soldaten sollen das Umgehen mit der Gewehrgranate lernen, eine panzerbrechende Waffe, die mit dem Gewehr abgefeuert wird, jedoch selten trifft.

Der 'Fahrer vom Dienst'

Vor kurzem traf ich in einer Diskothek einen Soldaten in seiner geschniegelten Ausgehuniform. Ich fragte mich, wieso zieht der eigentlich diesen Kram an, wenn er hierher kommt. Freiwillig kann er das wohl kaum gemacht haben, den übrigen Gästen war sein Auftreten sichtlich unangenehm. Keiner wollte hier an die Bundeswehr erinnert werden. Die meisten waren in dem Alter, wo sie ihre schlechten Erfahrungen mit dem Bund schon gemacht haben.
Im Gespräch erzählte er mir dann, daß er sich auch sehr unwohl fühle, aber er hatte den Befehl, seinen Bataillonskommandeur Weigel und andere Offiziere aus Hessisch-Lichtenau zu einer feuchtfröhlichen Party im Dienstwagen zu fahren. Die Herren wollten sich dort einen schönen Abend mit Sekt und anderen Herrlichkeiten machen. Für den Fahrer war allerdings auf dem Fest kein Platz. Er bekam 10 DM in die Hand gedrückt, die er in irgendwelchen Kneipen in Cola umsetzen sollte. Er mußte ja nüchtern bleiben, damit die Herren sich einen antrinken konnten. Außerdem hatten sie 'ihren Fahrer'. Mit so einem 'Luxus' konnten sie natürlich bei ihren Freunden aus der gehobenen Gesellschaft gleichziehen.

K, Melsungen

Fahrer bekamen keinen Schlaf

Husum/Schleswig-Holstein. Am letzten Tag des Nato-Manövers "Bold Guard" mußten wir von morgens früh arbeiten und dann noch abends bis 23 Uhr unser Lager abbrechen. Danach wurden die LKWs unseres Zuges zu einer Marscheinheit zusammengestellt. Nachdem wir noch eine Stunde schlafen konnten, fuhren wir in unseren Standort zurück. Mitten in der Nacht, bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h, ohne die vorgeschriebenen Pausen, 5 Stunden lang. So wunderte es keinen, daß wegen Übermüdung Unfälle passieren. Ein LKW, beladen mit 4 600 Litern Benzin, landete dann auch im Graben, weitere LKWs entgingen nur knapp einem Verkehrsunfall.

Dies zeigt, daß auf das Leben und die Gesundheit der Soldaten nur wenig Rücksicht genommen wird. Sie sollen funktionieren, genau wie ein Panzer oder eine Kanone. Für die Imperialisten sind die Soldaten nur Kanonenfutter.

U.S., Monheim

ein Panzer oder eine Kanone. Für die Imperialisten sind die Soldaten nur Kanonenfutter.

U.S., Monheim

Wenn der Vertrauensmann den Dienst einteilt

Wenn der Vertrauensmann den Dienst einteilt

Aus Merlau/Mücke schreibt uns ein Soldat, daß es bei seiner Einheit üblich ist, daß der Vertrauensmann der Mannschaften die Einteilung der Wache, GvD, UvD und Bereitschaftsdienst, vornimmt. Dieses Recht sei vor zwei Jahren von einem Vertrauensmann durchgesetzt worden, die Soldaten seien auch dafür gewesen, denn man hoffte, die Einteilungen angenehmer und rücksichtsvoller vornehmen zu können.
Dieser Zustand wird von dem Korrespondenten kritisiert. Er schreibt:
"Der Spieß hat weiterhin das Recht, in den Dienstplan einzugreifen und Druck zu verteilen, was er bei uns auch tut. Der Konflikt, der früher zwischen Mannschaften und Spieß entstand, wird nun zwischen Mannschaften und Vertrauensmann ausgetragen. (...) Nun wird auch verständlich, warum die Offiziere diesen Vorschlag so schnell billigten: jeglicher Streit und jegliche Konfrontation ist so auf praktische Art und Weise aus ihrem Bereich geschafft." Was erst für Soldaten vorteilhaft aussah, ist so tatsächlich von großem Nachteil: der Vertrauensmann ist der direkte Büttel der Offiziere. Aber Schlechtes läßt sich in Gutes verwandeln, wenn man bedenkt: *"Das eigentliche Interesse eines jeden ist natürlich, zu keinem Dienst eingeteilt zu werden!"* Daran sollte sich der Vertrauensmann halten!

Schluss mit dem Nachappell

In den letzten KVZ's haben wir einige Artikel von Soldaten über die Bundeswehr gelesen. Wir finden dies eine gute Möglichkeit, um Unterdrückungsmaßnahmen und Schweinereien, die es beim Barras genügend gibt, zu veröffentlichen. Aus diesem Grund wollen wir schreiben, wie es bei uns in der letzten Woche zuging. Am Dienstag fing es an. Da waren wir trotz Kälte und Regen bis 23.00 Uhr im Gelände. Dies hatte zur Folge, daß wir bereits nach wenigen Stunden durchnäßt und durchgefroren waren. Außerdem waren unsere persönliche Ausrüstung und unsere Großgeräte total verdreckt und verschlammt. Am Donnerstagnachmittag mußten wir dann diese Geräte putzen, wobei für ein Gerät (FLG = Feuerleitgerät) ein Appell angesetzt war. Da das FLG des 4. Zuges kaputt war, hatte er ein anderes FLG mit im Gelände, und dies mußte dann natürlich vom 4. Zug wieder appellfähig gemacht werden. Dieses FLG kam dann auch beim Appell durch. Doch nach Dienstschluß kam dann der große Hammer. Das kaputte FLG kam beim Appell nicht durch. Das konnte es auch nicht, da niemand wußte, daß dieses Gerät ebenfalls appellmäßig geputzt werden muß. Doch selbst, wenn es bekannt gewesen wäre, hätte die Zeit nicht gereicht, um beide Geräte zu putzen. Der Schirmmeister und der Hauptmann gaben dann dem 4. Zug die Zeit, dies von 19.00 bis 21.00 Uhr noch nachzuholen. Am Freitag wurde dann noch ein unangekündigter Haarappell von Hauptfeldwebel Mohr (Spieß) durchgeführt. Alle Soldaten, die bei diesem Appell "aufgefallen" sind, mußten sich dann am Freitagabend um 18.00 Uhr mit geschnittenen Haaren melden, obwohl am Freitagnachmittag normalerweise um 15.00 Uhr Dienstschluß ist. Diese Beispiele zeigen, wie willkürlich die Vorgesetzten mit unserer Freiheit umgehen. Dadurch wird es uns Soldaten fast unmöglich gemacht, Beziehungen zu Freunden oder Freundinnen außerhalb der Kaserne aufrechtzuerhalten. Außerdem ist es kein Zufall, daß solche Nachspiele am Wochenende durchgeführt werden. Vielen Soldaten wird dadurch die Möglichkeit genommen, übers Wochenende heimzufahren. Dadurch sollen sie gezwungen werden, sich in Zukunft den Unterdrückungsmaßnahmen zu beugen.

2 Soldaten des 4. FlaBtl. 210, Bayernkaserne München

Konterrevolution

Zwei Bücher, die zeigen, was mit den Truppenbüchereien los ist

Konterrevolution

Zwei Bücher, die zeigen, was mit den Truppenbüchereien los ist

Die "Vorbereitungsgruppe für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Goslar" stellt hier zwei Bücher vor, die sie in der Truppenbücherei des dortigen Standorts aufgespürt hat. Beide Bücher befassen sich damit, wie revolutionäre Bewegungen der Arbeiterklasse und des Volkes ideologisch und militärisch von seiten der militärischen und politischen Führung der Bourgeoisie in Westdeutschland zu bekämpfen sind.

1. Hellmuth Rentsch, Partisanenkampf, Frankfurt/M. 1961, ca. 200 Seiten, Bernhard + Graefe-Verlag für Wehrwesen.

In diesem Buch werden die Methoden der Konterrevolution in militärischer und politischer Hinsicht sehr ausführlich und übersichtlich beschrieben. Wie ist , der "Partisanenkampf" zu bekämpfen, fragt der Verfasser.
Das letzte Kapitel dieses Lehrbuches der Konterrevolution geht ausführlich auf den Partisanenkrieg und die Proletarische Revolution in China ein. Dabei wird Mao Tse-tung seitenlang zitiert. Das Kapitel wird wie folgt, eingeleitet: *"Warum stellen wir das Thema China? (...) Wir stellen das Thema, weil die erfolgreiche revolutionäre Politik der kommunistischen Partei in China einen Paradefall, ein Schulbeispiel darstellt, nach dessen Vorbild andere revolutionäre Ereignisse in anderen Ländern ablaufen können."*

2. Ernst Grimmel, Partisanen im Schwarzwald, Bremen 1964. 35 Seiten, Relais-Verlag. Der Autor hat unter dem Namen Bärwald zuletzt bis zur Auflösung das Ostbüro der SPD geleitet und sich in dieser Funktion als Saboteur betätigt. Das Ostbüro hat Geheimdienst- und Sabotageaufträge in der DDR ausgeführt.
Dieses Buch ist in Form einer Broschüre gehalten und leicht lesbar. Hier ein paar Zitate, die für sich selbst - aussagen: *"Die Angenehmste Lösung des Problems der Verteidigung gegen den 'verdeckten Kampf' (Partisanenkampf, Anm. d. Verf.) wäre natürlich durch die Polizei und gegebenenfalls Feuerwehr und Technisches Hilfswerk. Da ein Initiator des 'verdeckten Kampfes' uns vermutlich größere Schwierigkeiten als die Koordinierung der Länderpolizeien und ihre zahlenmäßige Verstärkung machen will, wird man auch unangenehme Lösungen ins Auge fassen müssen. Alle haben irgendwo mit Militär zu tun. (...) Besonders unklar ist noch, welche Rolle die Bundeswehr in verdeckten Kämpfen spielen darf oder muß. (...) Es wäre eine Tragödie, wenn ein US-Bataillon dem Hilferuf eines deutschen Betriebsrates und seiner Firmenleitung folgt, weil der deutsche Chef einer Fallschirmjägerkompanie noch keine Auskunft von seinem Rechtsberater hat." (...) "Außerdem gibt es – jedenfalls bei der Bundeswehr – Spezialeinheiten für psychologische Kampfführung. Macht man von diesen Mitteln rechtzeitig und planmäßig Gebrauch und gibt man allen Behörden und der Polizei entsprechende Befugnisse und Kampfmittel, so müßten 'verdeckte Kämpfe' niederzuschlagen sein. Voraussetzung ist allerdings, daß wir jetzt schon durch planmäßige Arbeit unseren Sieg wahrscheinlich machen."*
Diese Broschüre wird übrigens beim Bundesgrenzschutz als Schulungsmaterial benutzt.
Es wird bestimmt sehr interessant für die eingezogenen Lehrlinge, Jungarbeiter und Schüler sein, sich einmal in den Truppenbibliotheken unter dem Bereich Bundeswehr und Wehrkunde umzuschauen, um zu sehen, mit welchen Mitteln sie gegen ihre Klassengenossen eingesetzt werden sollen. Weiterhin beachtenswert sind die Bundeswehrzeitschriften "Informationen für die Truppe", "Wehrausbildung" und alle Sorten von Erlassen, Befehlen und Rundschreiben.
Lest die Lehrbücher und Schulungszeitschriften unserer Feinde, studiert sie sehr genau, diskutiert sie und verwendet sie im offenen Auftreten gegen die Offiziersclique and gegen den Militarismus, wo er auftaucht (Schulen usw.)!

Salmonellenverdacht

Koblenz. Am vergangenen Freitag vor 14 Tagen durften die Soldaten des schweren Pionierbataillons 310 in Koblenz nicht in den Wochenendurlaub. Sie mußten am Standort bleiben, weil Verdacht auf Salmonellen-Infektion bestand. Die medizinische Überwachung der Soldaten beschränkte sich darauf, an jedem Tag desWochenendes den Stuhlgang von jedem Einzelnen in Empfang zu nehmen. Ob der Stuhl tatsächlich untersucht wurde, steht dahin. Ansonsten wurden den Soldaten keinerlei Auflagen gemacht, und sie konnten sich frei bewegen in der Kaserne, der Kantine und überhaupt in Koblenz, obwohl niemand wußte, ob die Soldaten angesteckt waren oder nicht. Auch wurden die Soldaten überhaupt nicht darüber informiert, woher der Verdacht kam, wie sich der Einzelne am besten gegen die Ansteckung schützt. Das Ergebnis der Stuhlproben wurde ebenfalls nicht mitgeteilt, nur nebenbei erfuhren die Soldaten später, daß der Verdacht unbegründet war. Man sieht: Die für die Gesundheit der Soldaten verantwortlichen Stellen der Bundeswehr in Koblenz sind die Sache in einer nicht nur für die Soldaten, sondern für die ganze Bevölkerung in Koblenz schädlichen Weise angegangen.

(Nach einer Korrespondenz eines Soldaten des sPiBtl 310 in Koblenz)

3,60 DM sind zu wenig

Hildesheim. Die Zivildienstleistenden (ZDL) haben den Kampf aufgenommen für eine Erhöhung des Verpflegungsgeldes an dienstfreien Tagen. An diesen Tagen bekommen sie auf Beschluß des "Bundesamtes für den Zivildienst" 3,60 DM. Die ZDLer erklären in ihren Beschwerdebriefen an das BfdZ, daß von diesem Geld niemand leben kann. Wie aus einer Korrespondenz hervorgeht, verlangen sie eine sofortige Erhöhung auf 10,– DM.

Arbeitslosigkeit in den USA

In den USA verschlechtert sich die Lebenslage der Arbeiter von Tag zu Tag. Von insgesamt 92 Millionen arbeitsfähigen Amerikanern sind heute bereits 5 Millionen arbeitslos (6 %).
Besonders betroffen sind die Automobilarbeiter. Im Weihnachtsmonat werden nahezu 30 % der Arbeiter dieser Branche ohne Job sein (230 000 von 750 000). Allein 100 000 Fließbandarbeiter erhalten im Dezember Zwangsurlaub. So wird General Motors im Dezember 30 000, Ford 35 000 und Chrysler ebenfalls 35 000 Arbeiter auf die Straße setzen.
Regional sieht die Verelendung noch katastrophaler aus: Allein in Chicago-Westend erreicht die Arbeitslosenquote 40 %.

Sinkende Arbeitseinkommen

Die Teuerungsrate in den USA beträgt momentan 12 %. Etwa 50 % der Tarifverträge enthalten eine Inflationsanpassungsklausel. Doch diese dient eher dazu, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, als ihre Lebenslage aufrechtzuerhalten. Das Einkommen des US-Arbeiters sank verglichen mit 1973 um 5,2 % und verglichen mit 1972 sogar um 7,4 %. Zählt man den Einkommensausfall infolge der Arbeitslosigkeit hinzu, so liegt die Einkommensverminderung erheblich höher.
Viele Familien sind heute gezwungen, ihren Gürtel enger zu schnallen und weniger Lebensmittel einzukaufen. Andere kaufen statt teurem Schweine- und Rindfleisch billiges Pferdefleisch. Familien, die bis vor kurzem kirchliche Speisenverteilungszentren finanziell unterstützten, sehen jetzt keinen anderen Ausweg, als selbst dort um eine Gabe zu bitten.

–A.M.–

USA: Bergarbeiterstreik



USA: Bergarbeiterstreik



Seit Montag vor 14 Tagen streiken in den USA 120 000 Bergleute für ihre gerechten Forderungen: Mehr Lohn (40 bis 50 % innerhalb von drei Jahren), höhere Pension (Bergarbeiter bekommen 150 Dollar im Monat, Stahlarbeiter 500 Dollar), bessere Sicherheitsleistungen und ausreichendes Krankengeld. Da die gesamte Stahl- und Energieindustrie der USA von der Kohleproduktion abhängt (Vorräte reichen für 18 bis 84 Arbeitstage) und damit die Konzerne große Profiteinbußen zu erwarten haben, versuchen sie die Kampffront der Bergarbeiter zu spalten.

Busfahrerstreik in den USA

Am 18. November sind die 16 000 Busfahrer und Angestellten der "Greyhound Bus Lines", Amerikas größtem privaten Busunternehmen, in den Streik getreten. An diesem Streik beteiligten sich die Busfahrer, die Angehörigen der Busbahnhöfe und das technische Personal. Man rechnet mit einem mindestens dreiwöchigen Streik, da am letzten Montag die Greyhound-Kapitalisten die Forderungen der insgesamt 30 Gewerkschaften, die die Arbeiter und Angestellten in diesem Arbeitskampf vertreten, zurückgewiesen haben.
Die Streikenden haben gute Aussichten, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie sind in der Lage, den öffentlichen Ferntransport in den USA, der infolge der unzulänglichen anderen Verbindungen von den privaten Unternehmen abhängig ist, fast völlig lahmzulegen.

M.K., zur Zeit
Columbus/Ohio, USA,
21. November



Das Bild zeigt arbeitslose Amerikaner in New York vor einem Amt für Sozialhilfe. Die Arbeitslosen stellen sich bereits am Abend vorher an, weil das die einzige Gewähr bei dem riesigen Andrang ist, am nächsten Tag auch wirklich im Amt vorgelassen zu werden. Die schlechte Lage der Massen in den USA zeigt auch folgende Meldung, die ein Korrespondent dem amerikanischen Fernsehen entnommen hat: Der Verkauf von Hunde- und Katzenfutter ist in den vergangenen Monaten um 12 % gestiegen, ein Drittel davon wurde von Menschen verzehrt.

Sozialimperialistische Landnahme

Die Sozialimperialisten wollen sich Spitzbergen und die Barent-See einverleiben

Ähnlich wie zahlreiche Staaten der Dritten Welt und besonders Island hat Norwegen die Absicht geäußert, seine Hoheitsrechte über die Küstengewässer von drei auf fünfzig Meilen auszudehnen. Diese Absicht hat sofort die Führung der UdSSR auf den Plan gerufen. Sie hat im Namen der "Freiheit der Meere" gegen Norwegen Stellung bezogen. Sie fürchtet um die Durchfahrt zwischen Nordnorwegen und Spitzbergen. Dazwischen liegt die Barent-See, die Durchfahrt für die auf der Halbinsel Kola stationierte russische Nordflotte in die Nordsee.

Gleichzeitig aber wurden viel weitergehende Absichten der UdSSR-Führung bekannt, wie aus einem Artikel der norwegischen marxistisch-leninistischen Zeitschrift "Klassenkampen" vom 29. Oktober 1974 hervorgeht. Dort wird aufgedeckt, daß die Sowjetunion bereits im März anläßlich der Vorbereitungen des Besuchs des norwegischen Ministerpräsidenten Bratelli in der Sowjetunion einen Vorschlag unterbreitet habe, wonach Norwegen und die Sowjetunion sich die Souveränität über die Barent-See und Spitzbergen teilen sollten. Über Spitzbergen hat aufgrund internationaler Verträge allein Norwegen die Souveränität mit der Einschränkung, daß es jedem Staat die Beteiligung an der Ausbeutung der Bodenschätze von Spitzbergen und die freie Fahrt in den Küstengewässern erlauben muß.

Spitzbergen steht derzeit im Mittelpunkt bei der Suche nach Öl: Anfang 1974 hatte die norwegische Regierung insgesamt 1 261 Bohrkonzessionen an die Caltex, die belgische Fina, eine russische Ölgesellschaft und an eine norwegische vergeben. Außerdem werden auf Spitzbergen bereits sowohl von Norwegen als auch von der Sowjetunion jährlich je 400 000 Kohle gefördert; Norwegen ist dabei, eine neue Grube in Betrieb zu nehmen, die jährlich 800 000 Tonnen fördern soll.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung von Spitzbergen und der Barent-See hat die Sowjetunion zunächst vorgeschlagen, die Barent-See nach dem sogenannten Sektorenprinzip zwischen den beiden Ländern zu teilen. In einem zweiten Schritt soll eine von Norwegen und der UdSSR gemeinsame Verwaltung über den Festlandsockel von Spitzbergen errichtet werden. Dieser schlaue Vorschlag zeigt das wahre Gesicht der Sozialimperialisten: An Spitzbergen selber können sie wegen der internationalen Abmachungen nicht heran, deshalb haben sie es auf den Festlandsockel abgesehen, über den in den Verträgen nichts steht. Dazu wollen sie sich der Absicht Norwegens bedienen, seine Fischereigrenze auf 50 Meilen auszudehnen. Gleichzeitig gehen sie davon aus, daß sie mit dem schwachen "norwegischen Partner" leichtes Spiel haben werden und ihnen die ganze Macht leicht zufällt. Über dem Festlandsockel wollen sie ihre Herrschaft errichten, um ganz Spitzbergen in die Kontrolle zu bringen. Denn wer den Festlandsockel in seiner Gewalt hat, der kann mit einer entsprechenden Kriegsflotte jeden anderen am Zugang zum Festland selber hindern. Den gerechten Anspruch vieler Küstenländer auf die Ausdehnung ihrer Hoheit über die territorialen Gewässer versuchen die Sozialimperialisten sich so zunutze zu machen für ihre Weltherrschaftspläne. Da sieht man, was für ein Wolf in dem Schafspelz steckt.

Dänemark 100 000 demonstrieren

Kopenhagen. Am Dienstag, den 26. November, haben 100 000 Arbeiter in der dänischen Landeshauptstadt gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage demonstriert. Sie forderten den Rücktritt der Regierung. Die Aktion wurde organisiert von einzelnen Gewerkschaften. Der Dachverband der dänischen Gewerkschaften (LO) hat die Aktion der Arbeiter nicht unterstützt. Viele der Teilnehmer waren Arbeitslose. In Dänemark steht die Arbeitslosigkeit bei über 9 %. Außerdem ging es um die neuen Tarifverträge. Die dänischen Unternehmer haben jede Lohnerhöhung abgelehnt. Sie verlangen von den Gewerkschaften, die Laufzeit der Tarifverträge auf zwei Jahre auszudehnen.

Französischer Poststreik beendet

Paris. Am letzten Wochenende, nach 6-wöchiger Dauer, beendeten die Arbeiter und Angestellten der französischen Post ihren Streik. Das Ergebnis des Streiks ist die Zusicherung der Regierung, mehrere Tausend neue Kollegen in den Postdienst einzustellen.

Dort wird aufgedeckt, daß die Sowjetunion bereits im März anläßlich der Vorbereitungen des Besuchs des norwegischen Ministerpräsidenten Bratelli in der Sowjetunion einen Vorschlag unterbreitet habe, wonach Norwegen und die Sowjetunion sich die Souveränität über die Barent-See und Spitzbergen teilen sollten. Über

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung von Spitzbergen und der Barent-See hat die Sowjetunion zunächst vorgeschlagen, die Barent-See nach dem sogenannten Sektorenprinzip zwischen den beiden Ländern zu teilen. In einem zweiten Schritt soll eine von Norwegen und der UdSSR gemeinsame Verwaltung

gang zum Festland selber hindern. Den gerechten Anspruch vieler Küstenländer auf die Ausdehnung ihrer Hoheit über die territorialen Gewässer versuchen die Sozialimperialisten sich so zunutze zu machen für ihre Weltherrschaftspläne. Da sieht man, was für ein Wolf in dem Schafspelz steckt.

Paris. Am letzten Wochenende, nach 6-wöchiger Dauer, beendeten die Arbeiter und Angestellten der französischen Post ihren Streik. Das Ergebnis des Streiks ist die Zusicherung der Regierung, mehrere Tausend neue Kollegen in den Postdienst einzustellen.

Verlorenes andernorts wiedergewinnen

Der Streit zwischen den Supermächten und den westlichen entwickelten Ländern um die Öldollars/Kuwait kauft Daimler-Benz-Aktien

Am Donnerstag letzter Woche wurde bekannt, daß die Quandt-Gruppe ihre Daimler-Benz-Aktien für etwa 1 Milliarde DM an ein Ölland des mittleren Ostens verkauft hat. Wie es heißt, seien die Aktien – etwa 14 % der Daimler-Benz-Aktien – zunächst dem größten Benz-Aktionär, Flick, angeboten worden und auch der Deutschen Bank, die 27 % der Benz-Aktien hält. Beide Aktionäre aber hätten den geforderten Preis nicht zahlen können. Die Tatsache, daß daraufhin die Aktien an ein Land der Dritten Welt gegangen sind, zeigt den Wandel in den internationalen Beziehungen, in den Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern seit der Ölkrise des letzten Jahres. Besonders die westlichen imperialistischen Länder haben seitdem viel an Boden verloren. Wie wollen sie diesen verlorenen Boden wiedergewinnen?

Die Supermächte und die westlichen entwickelten Länder führen derzeit einen heftigen Streit darüber, wie sie sich von den Ölländern die Dollars zurückholen können, die sie zusätzlich für das Erdöl bezahlen müssen mit den Preiserhöhungen vom letzten Oktober. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) gehen dabei so vor, daß sie bei den erdölproduzierenden Ländern Kredite aufnehmen. So hat Frankreich im Juli des Jahres einen Kredit über 1 Milliarde Dollar vom Iran erhalten. Ähnliche Summen fließen in die Bundesrepublik, und Großbritannien hat seit letzten Oktober rund 6 Milliarden Dollar von den Erdölländern erhalten zur Finanzierung seines enormen Zahlungsbilanzdefizits. Großes Aufsehen hat die Tatsache erregt, daß 25 % der Aktien des Krupp-Konzerns an den Schah von Persien verkauft wurden.
Noch viel schärfer als die EG sind die Sozialimperialisten auf die Erdöl-Dollars. Sie haben die Erdölländer aufgefordert, ihre Guthaben in der UdSSR anzulegen. Außerdem haben sie an der weltweiten Verknappung des Erdöls kräftig mitverdient, nach dem Motto: "Billig kaufen und teuer verkaufen". Zu niedrigen Preisen haben sie mit den Erdölländern vor Oktober 1973 Lieferverträge geschlossen. Das Öl haben sie dann teuer an die entwickelten westlichen Länder verkauft.
Jetzt hat der US-Außenminister Kissinger einen Stufenplan veröffentlicht, um das an einem Ort Verlorene sich andernorts wieder zu holen.

Die Kontrolle der "Erdöl-Dollars"

Verloren haben die Supermächte und die entwickelten westlichen Länder ihre unbeschränkte Beherrschung des Erdölsektors. Gebrochen ist ihr Preismonopol. Zu Bruch geht ihre weltwirtschaftliche Ordnung, die auf Ausplünderung, Versklavung und Vormacht beruht. Wiedergewinnen wollen sie diese Stellung. Das versuchen sie, indem sie sich die Verfügungsgewalt über die "Erdöl-Dollars" aneignen und den Erdölländern die Kontrolle über ihre Devisen nehmen. Das geschieht auf verschiedene Weise. Ein Weg hat sich auf der Welternährungskonferenz gezeigt, wo die US-Imperialisten von den Ölländern verlangten, einen gemeinsamen Fonds zu gründen zur Unterstützung der armen Länder. Der Hintergedanke der Imperialisten ist, daß mit diesem Fonds Käufe der armen Ländern finanziert werden sollen, die sie in den entwickelten kapitalistischen Ländern unternehmen. Kissinger hat jetzt im Rahmen seines Stufenplans erneut einen solchen Fonds vorgeschlagen. Und weil das nicht ausreicht, um die "Erdöl-Dollars" in die Verfügung der entwickelten kapitalistischen Länder zu transportieren und auch ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten dadurch nicht behoben werden, hat er einen zweiten Fonds vorgeschlagen, der direkt als Geldreservoir den entwickelten Ländern zur Verfügung stehen soll. Die Ölländer sollen dort hinein 25 Milliarden Dollar zahlen. Diese Summe soll den entwickelten Ländern als Kredit zur Finanzierung ihrer Defizite zur Verfügung stehen. Das Zahlungsbilanzdefizit, das allein durch die Steigerung der Ölpreise zustandegekommen ist, beläuft sich für die Supermacht USA und die westlichen entwickelten Länder zusammengenommen im Jahr 1974 auf 40 Miliarden Dollar.
Indem die Ölländer zur Finanzierung dieser Defizite herangezogen werden, werden ihnen die Erdöl-Dollars wieder entzogen. Zugleich werden sie fest an das Schicksal dieser Länder gekettet. Ihre verlorene Monopolstellung in der Kontrolle der Erdölproduktion wollen die Imperialisten so über den Geldmarkt zurückgewinnen. Das ist der eine Gedanke, der in dem Kissinger-Plan und hinter dem Versuch steckt, Anleihen bei den Ölländern zu tätigen.

Die "Ölagentur" der Verbraucherländer

Der zweite Gedanke dieses Plans ist die direkte Erpressung. Die US-Imperialisten haben vorgeschlagen, ein Kartell, eine "Ölagentur" der Verbraucherländer zu gründen. Sie wollen alle erdölverbrauchenden Länder zusammenfassen und innerhalb dieser "Agentur" den Ölverbrauch festlegen. Eine Senkung des Verbrauchs um 10 % ist vorgeschlagen, gemeinsam sollen Vorräte angelegt werden, um sich vor einem neuen Ölstopp der erdölproduzierenden Länder zu schützen. Die Suche nach neuen Erdölfeldern sowie nach anderen Energiequellen soll weltweit beschleunigt werden. Damit verfolgen die US-Imperialisten zwei Ziele: Einmal wollen sie innerhalb der Verbraucherländer ihre Vormachtstellung sichern. Zum anderen aber wollen sie die ölverbrauchenden Länder dafür gewinnen, die erdölproduzierenden Länder zu erpressen: Mit dem Verbraucherkartell wollen die US-Imperialisten die Initiative zurückgewinnen und die Preise gegenüber den erdölproduzierenden Ländern diktieren, wie das ihre Erdölmonopole vor dem Oktober 1973 getan haben. Die Ölländer sollen also in die Zange genommen werden: auf der einen Seite dadurch, daß die "Erdöl-Milliarden" ihrer Kontrolle entzogen werden, und auf der anderen Seite durch eine Politik der Erpressung und des Preisdiktats. Das Ziel der Imperialisten ist, Verlorenes anderorts wiederzugewinnen.
In der Peking-Rundschau Nr. 42 heißt es in dem Artikel "Was steckt hinter dem Run auf 'Erdöl-Dollars'? ":
"Aber die Entwicklungsländer, die schon das koloniale Joch abgeschüttelt und nationale Unabhängigkeit errungen haben, werden den anderen nicht erlauben, ihr Erdöl-Einkommen nach Belieben zu manipulieren und zukontrollieren und die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft zu behindern. Sie werden den Supermächten und entwickelten westlichen Ländern auch nie erlauben, die Positionen im internationalen Wirtschaftsleben weiter zu monopolisieren. Abgesehen von der Verwendung ihres Einkommenswachstums für die Beschleunigung der Entwicklung ihrer eigenen nationalen Wirtschaft werden die Erdöl produzierenden Länder eine positive Rolle der Unterstützung einiger Entwicklungsländer, die Schwierigkeiten haben, und der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Ländern der Dritten Welt auf dem Boden der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens spielen.

Der Kampf der Erdöl und Rohstoffe produzierenden Länder gegen die Ausplünderung ihrer nationalen Ressourcen, für deren Wahrung und zur Erlangung ihrer legitimen Rechte und Interessen schreitet erfolgreich voran. Der Kampf ist kompliziert und voller Windungen. Aber die Strömung der Geschichte ist unwiderstehlich. Die alte Struktur und Ordnung des Kolonialismus und Hegemonismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist im Zusammenbruch begriffen, während die neuen internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die auf der Basis der Respektierung der staatlichen Souveränität, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens errichtet wurden, durch fortdauernden Kampf Sieg auf Sieg erringen werden."

– g.j. –

„Diese Besatzung ist schlimmer als andere Besatzungsregimes"

Interview mit zwei vom Westufer ausgewiesenen Mitgliedern der Palästinensischen Nationalen Front

Beirut (Libanon). Ali Al Kateib, der Chefredakteur der auf den Westbanks erscheinenden palästinensischen Zeitung "al-Shaab" und der Rechtsanwalt Dr. Mustafa Mulkemn wurden aus ihrer Heimat, den sogenannten Westbanks, von der israelischen Regierung ausgewiesen. Dieses Gebiet westlich des Jordan steht seit dem Juni-Krieg 1967 unter der Herrschaft der israelischen Besatzer. Dieser Teil Palästinas wurde 1948 von König Abdallah von Jordanien nach der Niederlage der Palästinenser gegenüber dem israelischen Unterdrückerstaat annektiert. Sein Sohn Hussein wurde im Oktober 1974 auf der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat gezwungen, auf dieses Gebiet zu verzichten, und es wurde der alleinigen Verantwortung der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), der einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, unterstellt. Die Ausgewiesenen sind Mitglieder der PNF (Palästinensische Nationale Front), einer Organisation, die im August 1973 in den von Israel besetzten Gebieten gegründet wurde mit dem Ziel, den Kampf gegen die Besatzerherrschaft zusammenzufassen und politisch zu organisieren. Seither hat die PNF große Erfolge erzielt. (Siehe Berichte in KVZ Nr. 26)

Sie sind nicht die einzigen PNF-Mitglieder, die von den israelischen Behörden verfolgt werden. Bereits wenige Monate nach der Gründung wurden acht nach Ostjordanien abgeschoben. Am 21. November, also nach diesem Interview, wurden erneut fünf PNF-Vertreter in den Libanon abgeschoben.



Ali Al Kateib, Chefredakteur der "al-Shaab" und Rechtsanwalt Dr. Mustafa Mulkemn, die beiden von den Westbanks ausgewiesenen PNF-Mitglieder, mit denen das nebenstehende Interview gemacht wurde.

Frage: Was war das konkrete Ereignis, das Ihre Ausweisung aus den Westbanks bewirkte?

Antwort: Entsprechend den Aussagen der Behörden wurde ihre Sicherheit durch unseren Verbleib in den besetzten Gebieten gestört oder gefährdet, da wir Aktionen gegen die Besatzer gemacht haben und Mitglieder der PNF sind.

Frage: Wie ist die Situation in den besetzten Gebieten und die Politik der Besatzer?

Antwort: Zur Besatzungspolitik: Diese Besatzung ist besonders drückend. Das kann man sehen, wenn man sie mit anderen Besatzungsregimes vergleicht: Andere Besatzungen wollen vor allem die Naturreichtümer eines Landes ausbeuten; der Ursprung und das Hauptziel der zionistischen Besatzer aber liegt in der Vertreibung von Menschen von ihrem Heimatland. Das ist die schlimmste Art der Besatzung der ganzen Welt.

Frage: Wie ist die Politik der Besatzer gegenüber den Bauern, die sie vertreiben, und dem Besitz der Palästinenser?

Antwort: Das Verhalten der Besatzer besteht seit 1967 darin, Menschen von ihrem Land zu vertreiben, das Land in Besitz zu nehmen durch Gewalt, gegen den Willen der Eigentümer. Sie wollen immer mehr und glauben offensichtlich, daß das ihr Land sei. Sie wollen ihr Gebiet erweitern über die besetzten Gebiete hinaus nicht aus Sicherheitsgründen, wie sie sagen, sondern um Platz zu haben für alle Juden, die einwandern.

Die Methoden der zionistischen Besatzung und die Behandlung der politischen Gefangenen

Frage: Könnt Ihr konkrete Beispiele nennen?

Antwort: Es gibt viele Beispiele; eines davon: In der Nähe von Hebron entstand eine große Siedlung. Auf unseren Protest hin hieß es, aus Sicherheitsgründen. Das war aber nicht wahr. Inzwischen ist das eine große Stadt mit 15 000 Einwohnern, mit einer regelrechten Stadtverwaltung usw. Ebenso: An der Hauptstraße von Hebron nach Jerusalem sind jetzt vier große Siedlungen entstanden. Dieses Vordringen erfolgt durch Gewalt. Zum Beispiel der arabische Sektor von Jerusalem wurde mit jüdischen Siedlungen umgeben, jetzt wird von dort aus nach Jenine eine Reihe von neuen Niederlassungen in Angriff genommen. Um das durchzuführen, brauchen die Zionisten leeres Land, deshalb wurden drei Dörfer nahe Ramallah ausgelöscht; Häuser werden zerstört und Menschen getötet; 25 Einwohner wurden deportiert.

Frage: Welche Methoden werden angewandt, um die Menschen zu vertreiben?

Antwort: Immer gewaltsame Methoden. Manche Häuser werden zerstört über den Köpfen der Besitzer, wir fanden unter zerstörten Häusern zum Beispiel drei alte Frauen.

Frage: Wie werden die palästinensischen Arbeiter behandelt?

Antwort: Wie Sklaven; sie haben überhaupt keine Rechte, weder soziale Sicherheit noch sonst; sie haben keine medizinische Versorgung, keine Sterbeversicherungen, nicht einmal Ferienbezahlung. Wenn du auf diese Weise eingestellt bist und wirst nur geringfügig krank, wirst du sofort gefeuert ohne irgendeine Entschädigung.

Frage: Wie ist es mit Arbeit, werden Palästinenser eingestellt?

Antwort: Sie bekommen nur die schwerste Dreckarbeit; mehr als 200 arabische Arbeiter wurden schon beim Straßenbau getötet, ohne daß ihre Familien eine Entschädigung bekommen hätten. Sie werden behandelt wie eine Ware. Der israelische Unternehmer wirbt die arabischen Arbeiter an für 3,30 israelische Pfund pro Tag; wenn sie aber bezahlt werden, bekommen sie nur die Hälfte ausbezahlt, die Zwischenspanne bleibt beim Unternehmer. Das ist der Charakter des israelischen Systems, eine brutale Ausbeutung.

Frage: Es wurden viele Siedlungen an den Grenzen gebaut, um eine Kontrolle nach innen und außen zu haben. Passiert das jetzt auch in den Westbanks?

Antwort: Entlang des Jordan sind überall militärische Niederlassungen zu sehen, jedes Jahr kann man neue zählen.

Frage: Wie verhält sich die Polizei der Besatzer gegenüber den Palästinensern?

Antwort: Sie behandeln uns wie Menschen dritter Klasse. Sie attakieren uns überall, auf der Straße, zu Hause. Mitten in der Nacht kommen sie, fragen nach jemandem, suchen jemand usw. Das erinnert an die faschistischen Methoden in Europa seinerzeit.

Frage: Wie ist die Situation der arabischen politischen Gefangenen?

Antwort: Das kann man sich kaum vorstellen. Sie werden grausam gefoltert, oft aufgrund unwahrer Beschuldigungen. Man bindet ihnen die Hände zusammen, hängt sie daran auf, manchmal abwechselnd erst an der einen Hand, dann an der anderen; sie bekommen Schläge mit harten Gegenständen auf den Kopf. Zwischenrein lassen sie dir fünf Minuten zum Gestehen, dann kommt ein neues Folterteam und macht weiter. Zum Beispiel ein Genosse von uns: Wenn du ihn siehst, kannst du merken, daß er seine Augen und Ohren verloren hat. Er ist Kommunist. Wir haben von den Nazis und den KZ's gehört; die Gefängnisse hier sind so ähnlich.

Die Lage auf dem Gaza-Streifen

Frage: Wie ist die Besatzungspolitik im Gaza-Streifen? Wir haben gehört, daß sie dort schlimmer ist als in den Westbanks.

Antwort: Ja, das stimmt, es ist eine noch schwerer erträglichere Art. Aber dasselbe System.

Frage: Was ist die Reaktion der Massen darauf, welche Forderungen erheben sie?

Antwort: Sie wehren sich seit Beginn der Besatzung.

Frage: Mit welchen Aktionen?

Antwort: Demonstrationen, Flugblätter, Briefe an die UNO und die Menschenrechtskommission usw.

Frage:Mit welchen konkreten Forderungen?

Antwort: Aufhebung der Besatzung und Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes.

Entstehung und Aufgaben der Palästinensischen Nationalen Front (PNF)

Frage: Könnt Ihr uns etwas erzählen über die PNF und ihre Entstehung?

Antwort: Widerstand leisten wir schon seit 1967, aber der Widerstand war zersplittert in verschiedene Parteien. Seit zweieinhalb Jahren ist uns klar geworden, daß die verschiedenen Interessen innerhalb des Widerstandes gegen die israelischen Besatzer zusammengefaßt werden müssen, daß die einzige Lösung die Bildung einer gemeinsamen Front, der PNF, ist.

Frage: Welche Beziehungen hat die PNF zur PLO und wie arbeitet sie?

Antwort: In unserer Gründungserklärung steht, daß die PNF zur PLO ein politischer Arm der PLO ist.

Frage: Beispiele für die Arbeit der PNF?

Antwort: Wir arbeiten kontinuierlich, geben eine geheime Zeitung heraus, machen Aktionen gegen Steuern und jede Art von Aggression. Außerdem haben wir ein Memorandum an Arafat geschickt, daß die PNF die PLO als alleinige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt. Er hat dieses Dokument in Rabat (auf der arabischen Gipfelkonferenz, Anmerkung der Red.) verlesen.

Frage: Aber es gibt auch Kollaborateure mit den Israelis; wer ist das?

Antwort: Es sind sehr wenige; wir nennen sie die "traditionellen Führer", also hauptsächlich Grundbesitzer (Notable) usw. Aber sie können auch nicht mehr so wie sie wollen, der Druck des Volkes ist zu groß.

Frage: Welche Haltung habt ihr zu Hussein?

Antwort: Wir lehnen ihn ab, aber die Völker in Ost- und Westjordanien sind gleich; der einzige Unterschied ist das System, unter dem sie leben.

Frage: Wie war die Reaktion der Massen in den besetzten Gebieten auf den Oktoberkrieg und wie haben sie ihn unterstützt?

Antwort: Die Reaktion war positiv, da das Bewußtsein, daß Israel geschlagen werden kann, gestärkt wurde. In den besetzten Gebieten wurden z.B. Brücken zerstört und israelische Soldaten getötet.

Frage: Wie waren die Reaktionen auf die Konferenz in Rabat?

Antwort: Nun, wir waren froh, es ist klar, daß die Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die arabischen Staaten ein großer Erfolg ist.

Das Interview wurde von H.J. Hager, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitee des KBW, und H. Leberl während ihres Aufenthalts im Libanon aufgrund einer Einladung der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas gemacht. Vorspann und Zwischenüberschriften von der Redaktion der KVZ.

Chile-Minister in Bonn

Am 29. November wurde bekannt, daß Daimler-Benz mit der chilenischen Junta über die Errichtung eines Montagewerkes im Werte von 250 Millionen DM verhandelt. Einen Tag später meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, daß sich der chilenische Minister für wirtschaftliche Koordination für 14 Tage in der Bundesrepublik aufhält. Sein Besuch dient dem Ziel, die westdeutschen Kapitalisten zu Investitionen in Chile zu bewegen. Sein Köder ist eine Garantieerklärung für die Gewinne: Ausländische Kapitalisten haben das "Recht zum Transfer des investierten Kapitals und der Erträge und Gewinne"; teilweise "sind die Nettoerlöse von jeder Abgabe, Steuer oder Belastung befreit". So heißt es im Statut der chilenischen Junta vom 11. Juli 1974 über die Regelung der ausländischen Investitionen. Der Koordinationsausschuß von 52 westdeutschen Chile-Komitees hat zu dem Besuch des Ministers der Junta eine Presseerklärung herausgegeben, die wir im Folgenden in Auszügen veröffentlichen.

Der Besuch von Staatsminister Wischnewski in Chile, dessen Ergebnis die Zusicherung eines 21-Millionen-Kredits der Bundesregierung und andererseits die Erklärung der chilenischen Junta war, 14 politische Gefangene in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen, hat diese Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten mit Chile vorbereitet. Die Bundesregierung und die SPD benutzen die politischen Gefangenen, um die Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten mit der chilenischen Junta abzudecken gegenüber der westdeutschen Bevölkerung und der breiten Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärherrschaft. Die Forderungen der Solidaritätsbewegung aber lauten:

"Keine Unterstützung für die Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse", "Freilassung aller politischen Gefangenen" – es gibt 20 000 in den chilenischen Gefängnissen und KZ's – "Uneingeschränkte Einreise der politischen Flüchtlinge in die Bundesrepublik".

Presseerklärung

Wie wir soeben erfahren haben, ist am 30. November 1974 der chilenische Minister für wirtschaftliche Koordination, Raul Saez, zu einem zweiwöchentlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik eingetroffen.

"Saez wird in den zwei Wochen seines Aufenthalts in der Bundesrepublik vor allem mit Unternehmern zusammentreffen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. November), um mit ihnen über günstige Bedingungen für Kapitalinvestitionen in Chile zu verhandeln. Wie wir aus chilenischen Quellen erfahren haben, dient der Besuch vor allem Verhandlungen mit der "Metallgesellschaft" (Westdeutschlands größtem Kupferverarbeiter), einer 25-prozentigen Tochter der "Allgemeinen Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen", München, (ein Drittel Allianz-Versicherung, ein Drittel Deutsche Bank, ein Drittel Siemens). Ähnlich wie bei Daimler-Benz geht es hier um die Errichtung eines Verarbeitungswerkes. Die Imperialisten nutzen in wachsendem Maß die Terrorherrschaft der Militärjunta und die für sie äußerst günstigen Produktionsbedingungen durch das Verbot von politischer und gewerkschaftlicher Betätigung und das äußerst niedrige Lohnniveau dafür aus, nicht nur die Rohstoffe auszuplündern, sondern sie gleich am Ort weiterzuverarbeiten, um auf diese Weise riesige Profite zu erzielen. All diejenigen, die diese Bedingungen ausnutzen, sind mitverantwortlich für die äußerste Unterdrückung in Chile, weil ihre wirtschaftlichen Investitionen die Terrorherrschaft der Militärherrschaft insgesamt stabilisieren.

Wir protestieren schärfstens gegen den Besuch von Raul Saez. Mehr denn je sind wir entschlossen, alle Verbindungen zwischen dem westdeutschen Kapital, seinen Verbänden und Parteien sowie der Bundesregierung mit den chilenischen Unterdrückern ans Licht zu ziehen und zu bekämpfen.

Der Koordinationsausschuß im Auftrag von 52 westdeutschen Chile-Komitees

Außenstelle des chilenischen Geheimdienstes in der BRD

Wie uns von verläßlicher Seite mitgeteilt wurde, befinden sich derzeit mindestens 20 Agenten der chilenischen Geheimpolizei DINA in Bonn, einige zusätzlich in anderen Städten der Bundesrepublik. Die DINA ist in Chile die Zentrale des konterrevolutionären Terrors: Von ihr werden Morde, Folterungen, Bespitzelung und Verfolgung organisiert.

Mit der Außenstelle in der Bundesrepublik will die Junta die Chilenen, die nach dem Putsch in die Bundesrepublik flüchteten, überwachen. Daß dies bis zur Verschleppung und Auslieferung an die faschistischen chilenischen Militärs reicht, ist leicht ersichtlich und kann durch die Aktivitäten anderer Geheimdienste in der Bundesrepublik bestätigt werden. In dieser Tätigkeit werden die DINA-Spitzel eine wichtige Stütze des westdeutschen Verfassungsschutzes sein, der derzeit in einer Reihe von Fällen Material gegen Chilenen in der Bundesrepublik sammelt, um ihre Ausweisung zu rechtfertigen.

P.F.

Die bürgerliche Kultur ist teuer

Als ich neulich eine Kultursendung (zu später Stunde) im Fernsehen sah, fiel ich doch fast vom Hocker. Ich erfuhr so nebenbei, daß ein Intendant einer Oper im Jahr 150 000 DM bekommt. Das sind Steuergelder, denn von den paar verkauften Eintrittskarten können solche Gehälter nicht bezahlt werden. Damit nicht genug: Über die 150 000 DM hinaus bekommt jeder Intendant, egal ob in München, Frankfurt oder Bremen, für jede Inszenierung, für jede Aufführung, in der er Regie führt oder sonstwas tut, noch Riesensummen an Gagen. Und das für "Kulturprodukte", die nun wahrlich nicht für die Masse der arbeitenden Bevölkerung sind, für die sie aber zahlen müssen.

Der nächste Schock kam in der Fernsehsendung gleich danach: Einer dieser Intendanten, der zur Zeit in New York weilt, wurde telephonisch gefragt, wozu ein Intendant gut ist. Zunächst kam keine Antwort, dann kam, unter viel Gestammel, vielen 'ähs' und 'hmms', daß ein Intendant da sein müsse, der halt alles leiste. Auf die eindringliche Frage des Journalisten hin erst stotterte der Gutbezahlte, der Intendant müsse halt über alle künstlerischen, Personal- und Finanzangelegenheiten **allein** (!) entscheiden.

Ein Mann bekommt also für seine Tätigkeit über 10 000 Mark im Monat und kann nicht einmal sagen, wozu seine Tätigkeit gut ist. (Außer ein paar Allgemeinplätzen.)

Der dickste Hammer aber kam noch. In einem Interview mit dem bayrischen Kultusminister wurde dieser gefragt, ob nicht diese Wahnsinnsgehälter mit an der "Kostenexplosion der Opernhäuser in Westdeutschland" schuld seien, und ob man die Gehälter nicht auf 8 000 Mark im Monat (!!) reduzieren könne. Die Antwort lautete, nicht solche Gehälter und Gagen seien schuld daran, daß in die Opern so viele Steuern gesteckt werden müßten, sondern, man höre und staune, **die Einführung der 40-Stunden-Woche bei den Bühnenarbeitern und Angestellten (ÖTV)!!**

Wird aber dieser Staat, der solche Einrichtungen für eine Minderheit, die Kapitalisten und ihren Anhang, unterhält, aufgefordert, ein Haus und einige Tausend Mark zur Verfügung zu stellen, damit Jugendliche ihren einfachsten Freizeitbedürfnissen nachkommen können,so ist angeblich kein Geld da. Nehmen sich arbeitende Jugendliche dann einfach ein leerstehendes Haus, dann geht man mit brutaler Polizeigewalt gegen sie vor wie neulich in Frankfurt.

Die Sendung erinnerte mich schlagartig an eine Stelle im Programm des KBW, wo es heißt, daß sich die Bourgeoisie "in einen schmarotzenden Auswuchs am Körper der Gesellschaft verwandelt, umgeben vom Lumpenpack ihrer Politiker, Advokaten und Pfaffen, ihrer Huren, Leibärzte und Künstler".

–G.P.B., KSB Frankfurt–

Büro- und Postadressen der Ortsorganisationen des KBW

4800 Bielefeld
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Ulrike Kirchhof
Ehlentrupper Weg 1
Telefon 0521/67 610
Do. 15 – 20 Uhr, Fr. 18.30 20.30 Uhr

3300 Braunschweig
Ortsgruppe / Postadresse:
"Das Buch"
Bultenweg 94
Telefon 0531/33 99 29
Mo. – Fr. 10 – 18.30 Uhr
Sa. 10 – 13 Uhr

2800 Bremen
Ortsgruppe / Büro:
Gröpelinger Heerstraße 261
Telefon 0421/61 61 604
Öffnungszeit Mo. – Fr. 14 – 20 Uhr

3100 Celle
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Reinhard Krainau
3101 Bockelskamp
Flackenhorsterweg

3392 Clausthal
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Rollplatz 1a
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 19 Uhr

6100 Darmstadt
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Landwehrstraße 2
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 16.45 – 20 Uhr
Sa. ab 11 Uhr

2870 Delmenhorst
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Koppelstraße/Bahnhofstraße
Telefon 04221/2948
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 20 Uhr

4600 Dortmund

4600 Dortmund
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Uhlandstraße 82
Mo.–Fr. 18-20⁰⁰ h
Telefon 0231/83 13 13

7830 Emmendingen
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Hubert Reilard
Kleiststr. 12
Telefon 07641/3786
Mo. und Fr. 17 – 19 Uhr

6000 Frankfurt
Ortsgruppe / Büro:
Spohrstr. 46
Telefon 0611/59 72 212
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 20 Uhr
Sa. 10 – 13 Uhr

7800 Freiburg
Ortsgruppe / Büro:
Herrenstraße 53
Telefon 0761/33 742
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 16.30 – 18.30 Uhr

3400 Göttingen
Ortsgruppe / Büro **bis 1.1.75:**
Johannisstraße 27
Telefon 0551/55 320
Öffnungszeit: Mo. – Fr.16.15 – 19 Uhr, Sa. 9 – 14 Uhr
Büro **ab 1.1.75:**
Judenstr. 41
Telefon 0551/46 600

2000 Hamburg
Ortsgruppe / Büro:
2 Hamburg 50 (Altona)
Chemnitzstr. 78
Telefon 040/380 90 31
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 20 Uhr, Sa. 10 – 12 Uhr

4700 Hamm
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Wilhelmstr. 66
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 13.30 – 17 Uhr

Hameln
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
über Ortsgruppe Hannover

3000 Hannover
Ortsgruppe / Büro:
Sedanstr. 53
Telefon 0511/14 521
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 14 – 19 Uhr
Sa. 9 – 13 Uhr

6900 Heidelberg:
Ortsgruppe / Büro:
Lutherstr. 44a
Telefon 06221/46 992
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 14 – 19 Uhr
Sa. 9 – 14 Uhr

3330 Helmstedt
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
"Das politische Buch"
Gröpern 30

3200 Hildesheim
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Marienburgerstr. 70
Telefon 05121/84 460
Öffnungszeit: Mo. – Sa. 17 – 22 Uhr

7500 Karlsruhe
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Ritterstr. 19, Eingang Hermann-Billing-Straße
Öffnungszeit: Mo. – Sa. 17 – 19 Uhr

2300 Kiel
Ortsaufbaugruppe / Büro **bis 15.12.:**
Wilhelmshavener Str. 7
Telefon 0431/81 259
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 16 – 18 Uhr
ab 15.12.:
Kiel-Gaarden, Schulstr. 12

5400 Koblenz
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Altenhof 11
Telefon 0261/36 505
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 18 – 22 Uhr
Sa. 14 – 18 Uhr

5000 Köln

5000 Köln
Ortsgruppe / Postadresse **bis 1.1.75:**
Reinhard Schön
Thebäerstr. 32
Büro **ab 1.1.75:**
Luxemburger Str. 174
Telefon 0221/42 76 26
Öffnungszeit: täglich 15 – 21 Uhr

6700 Ludwigshafen
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Nietzschestr. 55
Telefon 0621/69 44 47
Öffnungszeit: Mo. – Do. 17 – 19 Uhr
Fr. 14 – 19 Uhr, Sa. 10 – 13 Uhr

Ludwigsburg
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Uli Metzger
7142 Marbach
Postfach 21

6800 Mannheim
Ortsgruppe / Büro:
G 2, 13
Telefon 0621/16 279
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 14 – 19 Uhr
Sa. 9 – 14 Uhr

8000 München
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Martin-Greif-Str. 3
Telefon 089/53 66 18
Öffnungszeit: Di. und Do. 17 – 19 Uhr

6903 Neckargemünd
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Neckarstr. 22
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 18 – 20 Uhr

4500 Osnabrück
Ortsgruppe / Büro:
Redlingerstr. 5
Telefon 0541/22 450
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 22 Uhr
Sa. 10 – 14 Uhr

6050 Offenbach
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Mathildenstr. 18
Telefon 0611/81 63 33
Öffnungszeit: Mo., Mi., Fr. 17 – 20 Uhr

2900 Oldenburg
Ortsaufbaugruppe / Büro
Nadorsterstr. 130
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 19 Uhr

5670 Opladen
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Richard Pestemer
Kanalstr. 76

4790 Paderborn
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Ferdinandstr. 62a / Ecke Jahnplatz
Telefon 05251/29 481
Öffnungszeit: Di., Do., Fr. 18 – 20 Uhr

3370 Seesen
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Neustadt 20
Öffnungszeit: Mo. und Mi. 18.30 – 20 Uhr
Sa. ab 15 Uhr

7000 Stuttgart
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
Hannes Doppstadt
7 Stuttgart 30
Kapfenburgstr. 74
Telefon 0711/81 34 30

6720 Speyer
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Herdstr. 7
Öffnungszeit: Mo. und Di. 16 – 18 Uhr
Sa. 12 – 13 Uhr

7050 Waiblingen
Ortsgruppe / Büro:
Sachsenheimergasse 1
Öffnungszeit: Mo. 17 – 22 Uhr
Di. – Fr. 19 – 22 Uhr, Sa. 9 – 17 Uhr

3030 Walsrode/Fallingbostel
Ortsaufbaugruppe / Postadresse:
3036 Bomlitz I
Postfach 45

Postfach 45

6940 Weinheim
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Hauptstr. 129
Telefon 06201/62 129
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 14 – 18.30 Uhr
Sa. 9 – 14 Uhr Tel. 06201/62129

6330 Wetzlar
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Niedergirmeserweg 24
Öffnungszeit: täglich ab 16 Uhr

6200 Wiesbaden
Ortsgruppe / Büro:
Grabenstr. 11
Telefon 06121/37 09 56
Öffnungszeit: Mo. – Sa. 9 – 19 Uhr

6908 Wiesloch
Ortsgruppe / Büro:
Beethovenstr. 22
Telefon 06222/51 589
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 17 – 18.30 Uhr

2940 Wilhelmshaven
Ortsaufbaugruppe / Büro:
Marktstr. 149
Öffnungszeit: Do. 17 – 19 Uhr

3180 Wolfsburg
Ortsgruppe / Büro:
Rothenfelderstr. 11
Telefon 05361/24 785
Öffnungszeit: Mo., Mi., Fr. 17 – 20 Uhr

1000 Westberlin
Ortsgruppe / Büro:
1 Berlin 62, Leberstr. 8
Telefon 030/78 26 237
Öffnungszeit: Mo. – Fr. 16 – 19 Uhr

In etwa sechzig weiteren Orten gibt es Gruppen, die mit dem KBW zusammenarbeiten. Die meisten dieser Gruppen verfügen über kein öffentliches Büro, sehr viele haben auch keine offizielle Adresse. Leser der KVZ, an deren Ort es keine Orts- oder Ortsaufbaugruppe gibt, bitten wir, Anfragen wegen Information oder Zusammenarbeit direkt an das Zentrale Komitee zu richten.

Das falsche Glück des "Postbeamten" H. Rühmann

Am Freitag, dem 22.11.1974, zeigte das erste Fernsehprogramm den "deutschen Spielfilm: Briefträger Müller" mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle. Der Film zeigt uns die arme Beamtenfamilie Müller im Jahre 1953, restlos glücklich und unbeschwert. Das Familienleben spielt sich ab in einem Häuschen mit Gartenlaube (!), wo Eltern und Kinder scherzend die Sommerabende verbringen.

Durch Zufall erben die Müllers ein Schloß und eine Menge Geld. Dieses Geld verdirbt das Familienidyll. Anstelle des glücklichen, häuslichen Zusammenseins tritt eine völlig zerrissene, durch das neue Geschäftsleben Herrn Müllers gestörte Familienszenerie. Das Geld **treibt** Herrn Müller sogar soweit, daß er sich eine Geliebte zulegt. Der Höhepunkt des Ganzen ist, daß Müller jetzt auch "große Politik" betreibt. Er macht mit dem Geld, das die Familie geerbt hat, Karriere, doch das familiäre Dasein, das verliebte, glückliche, aufrichtige Dasein, wird durch Geld zerstört. Zum Schluß wird Müller – wie nicht anders zu erwarten – wieder arm.

Armut, so lernt man durch den Film, ist das wahre Idyll, in dem man glücklich werden kann. Jeder Versuch, die Lebensbedingungen zu verbessern, schlägt fehl und führt ins Verderben. Also ist es das Beste, die Finger von der Politik und dem Reichtum zu lassen und keine Wagnisse einzugehen, denn ein kleiner Beamter "überdauert jede Revolution", so Herr Müller. Der Film hat insofern Recht, als er den persönlichen Karrierismus in der Person des Herrn Müller kritisiert, der sich als Aufsteiger die Lebensweise der privilegierten Klasse zu eigen macht. Doch die Lösung des Films ist, daß Herr Müller reuemütig in seine ärmlichen Verhältnisse zurückkehrt, um dort das wahre Glück zu finden. Durch die Verherrlichung des armen Lebens soll dem Zuschauer jede politische Aktivität ausgetrieben werden. Gedanken an ein gemeinsames Vorgehen gegen die Herrschenden und zur Verbesserung der Lebensbedingungen sollen verdrängt werden.

Aussagen, wie die dieses Filmes müssen im Kapitalismus unter die Bevölkerung gebracht werden, denn das Wesen des Kapitalismus ist es, das Volk an den Grenzen der Armut leben zu lassen. Und wenn dem Volk Dinge wie Autos usw. gelassen werden, dann nur, um den Unternehmern einen Absatzmarkt für die ihnen profitbringenden Produkte zu erhalten. Die Qualität dieser Produkte beweisen dies.

Solche Filme dienen dazu, uns die unzureichende gesellschaftliche Situation – Lohnraub und Arbeitslosigkeit, Skandale bis zur Vergiftung der Bevölkerung durch fahrlässige Lebensmittelkontrolle – zu verherrlichen.

–A.u.R., Darmstadt–

An die Redaktion

Ich kaufte bei einem Besuch in Köln Ihre Zeitung "Kommunistische Volkszeitung" vom 14.11.74 Jg. 2 Nr. 24 auf der Straße. Dazu ein Flugblatt. Bei dieser Gelegenheit ließ ich mich in eine Diskussion betreffs der Informationsfreiheit ein, denn die Polizei wollte die Flugblattaktion stoppen, was ihr aber nicht gelang. Ich habe diese Zeitung zum ersten Mal gelesen. Eine sehr gute Zeitung mit vielen Informationen. Ich bin Rentner, war früher Bergmann im Ruhrpott gewesen. Habe die Märzunruhen in den 20ger Jahren noch gut in Erinnerung. Bin 1903 geboren. Ich hätte sehr großes Interesse, Ihre Zeitung zu abonnieren. . . .

W., Vettelschoß

Ein Jahresabonnement der KVZ kann man einfach durch Einzahlung bestellen. Siehe Kleingedrucktes im Kopf der Zeitung.